

Gesetz- und Verordnungsblatt

der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche

Nr. 4 Kiel, den 4. April 2005

	Inhalt	Seite
I. Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsanordnungen		
Kirchengesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Änderung des Disziplinargesetzes vom 2. November 2004 Vom 9. März 2005		82
Kirchengesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Änderung des Pfarrergesetzes Vom 2. November 2004		82
Bekanntmachung der Neufassung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands Vom 2. November 2004		86
II. Bekanntmachungen		
Finanzsatzung des Ev.-Luth. Kirchenkreises Flensburg Vom 21. Juni 2004		106
Kirchengericht für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten nach § 9 KGMVG-NEK Beschluss des Kollegiums des Nordelbischen Kirchenamtes vom 15. Februar 2005 – Besetzung des Kirchengerichts –		111
Ungültigkeitserklärung eines Kirchensiegels		111
Pfarrstellenerrichtung		111
III. Pfarrstellenausschreibungen der Landeskirchen Nordelbiens, Mecklenburgs und Pommerns		
		112
IV. Stellenausschreibungen		
		117
V. Personalnachrichten		
		118

I. Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsanordnungen

Bekanntgabe des Kirchengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Änderung des Disziplinargesetzes vom 2. November 2004

Vom 9. März 2005

Nachstehend wird das Kirchengesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Änderung des Disziplinargesetzes vom 2. November 2004 (ABl. VELKD Bd. VII S. 246) für den Bereich der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche bekannt gegeben.

Kiel, den 9. März 2005

Nordelbisches Kirchenamt

Im Auftrage

Stoltenberg-Groth

Az.: 1427-1 – P SG

*

Kirchengesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Änderung des Disziplinargesetzes

Vom 2. November 2004

Artikel I

Das Kirchengesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über das Verfahren und die Rechtsfolgen bei Amtspflichtverletzungen (Disziplinargesetz – DiszG) in der Fassung vom 4. Mai 2001 (ABl. Bd. VII, S. 150) wird wie folgt geändert:

1. § 13 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Der Pfarrer oder die Pfarrerin hat ein Recht auf Einsicht in die Ermittlungsakten und die beigezogenen Schriftstücke sowie ein Recht auf Unterrichtung über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten für diese Akten, soweit dies ohne Gefährdung des Ermittlungszwecks möglich ist.“

2. § 87 wird wie folgt geändert:

a. In Absatz 1 Satz 2 werden nach den Worten „§§ 82 und 88 Abs.“ die Worte „1 und 2“ durch die Worte „2 und 3“ ersetzt.

b. In Absatz 1 wird nach Satz 3 folgender Satz 4 angefügt:
„Die Übertragung einer Pfarrstelle in der bisherigen Gemeinde oder der bisherigen allgemeinkirchlichen Aufgabe ist ausgeschlossen.“

c. Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Stellt die Disziplinarkammer nach Absatz 1 fest, dass die vollzogene Maßnahme auf Grund anderer Vorschriften als vollzogen gilt, so kann das Urteil gleichzeitig bestimmen, dass eine im Zusammenhang mit diesem Vollzug gezahlte Umzugskostenvergütung zurückzufordern ist.“

3. § 113 wird wie folgt geändert:

a. In § 113 werden in Satz 1 nach § 111 das Komma und die Worte „die Ablehnung nach § 112 Abs. 1 und die Erklärung nach § 112 Abs. 2“ sowie Satz 2 gestrichen. Der verbleibende Wortlaut wird Absatz 1.

b. In § 113 werden nach Absatz 1 folgende Absätze 2 bis 4 eingefügt:

„(2) Über die Ablehnung nach § 112 Abs. 1 und die Erklärung nach § 112 Abs. 2 entscheidet die Stelle, der das Mitglied angehört, ohne dessen Mitwirkung.“

(3) Die Stelle verwirft die Ablehnung eines Mitglieds nach § 112 Abs. 1 als unzulässig, ohne dass das abgelehnte Mitglied ausscheidet, wenn durch die Ablehnung offensichtlich das Verfahren nur verschleppt oder nur verfahrensfremde Zwecke verfolgt werden sollen.

(4) Der Beschluss ist unanfechtbar.“

4. Hinter § 135 und hinter der Überschrift „3. Besondere Bestimmungen für das förmliche Verfahren“ wird folgender § 135 a eingefügt:

„§ 135 a

Im förmlichen Verfahren kann der Kirchenbeamte oder die Kirchenbeamtin auch einen anderen Kirchenbeamten oder eine andere Kirchenbeamtin als Verteidiger oder Verteidigerin bestellen.“

Artikel II

Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Februar 2005 in Kraft.

Bekanntgabe des Kirchengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Änderung des Pfarrergesetzes vom 2. November 2004

Vom 9. März 2005

Nachstehend wird das Kirchengesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Änderung des Pfarrergesetzes vom 2. November 2004 (ABl. VELKD Bd. VII, S. 247) für den Bereich der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche bekannt gegeben.

Kiel, den 9. März 2005

Nordelbisches Kirchenamt

Im Auftrage

Stoltenberg-Groth

Az.: 1416 – P SG

*

Kirchengesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Änderung des Pfarrergesetzes

Vom 2. November 2004

Artikel I

Das Kirchengesetz zur Regelung des Dienstes der Pfarrer und Pfarrerrinnen in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (Pfarrergesetz – PfG) vom 17. Oktober 1995 (ABl. Bd. VI, S. 274), zuletzt geändert durch Kirchengesetz vom 22. Oktober 2002 (ABl. Bd. VII, S. 194), wird wie folgt geändert:

1. § 12 Abs. 1 Ziff. 5 wird wie folgt gefasst:

„5. nicht infolge des körperlichen Zustands oder aus gesundheitlichen Gründen bei der Erfüllung der Dienstpflichten wesentlich beeinträchtigt ist und“

2. In § 16 a Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „mehr als zwei Jahren“ durch die Worte „mindestens einem Jahr“ ersetzt.

3. § 54 wird wie folgt gefasst:

„§ 54

(1) Erscheint in einer Pfarrerehe die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft oder ein Antrag auf Ehescheidung unvermeidbar, so hat der Pfarrer oder die Pfarrerin den Bischof oder die Bischöfin oder eine nach gliedkirchlichem Recht dazu beauftragte Person unverzüglich zu unterrichten.

Im Gespräch soll erörtert werden, ob eine Aussöhnung möglich ist und welche Auswirkungen eine Trennung sowie der Umgang der Ehepartner miteinander auf den Dienst haben können. Der Pfarrer oder die Pfarrerin soll in dem Gespräch auf die Möglichkeit hingewiesen werden, sich seelsorgerlich begleiten zu lassen.“

(2) Wird in einer Pfarrerehe die häusliche Gemeinschaft aufgehoben oder ein Antrag auf Ehescheidung gestellt, so hat der Pfarrer oder die Pfarrerin dieses auf dem Dienstweg unverzüglich anzuzeigen.

(3) Soweit es zur Beurteilung der Auswirkungen auf den Dienst erforderlich erscheint, können Auskünfte eingeholt und Unterlagen angefordert werden. Der Pfarrer oder die Pfarrerin ist insbesondere verpflichtet,

1. wesentliche gerichtliche Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft und dem Ehescheidungsverfahren ergehen, auf dem Dienstweg vorzulegen und
2. alle Auskünfte zu erteilen und alle Unterlagen vorzulegen, die der Dienstherr im Rahmen seiner Beteiligung am Ehescheidungsverfahren benötigt.

Die Bestimmungen des kirchlichen Disziplinarrechts über das Recht, Auskünfte zu verweigern, gelten entsprechend.

(4) Wird in einer Pfarrerehe die häusliche Gemeinschaft aufgehoben und ist aus den Umständen zu schließen, dass die Ehegatten nicht beabsichtigen, die häusliche Gemeinschaft wieder herzustellen, so kann dem Pfarrer oder der Pfarrerin von diesem Zeitpunkt an die Ausübung des Dienstes vorläufig ganz oder teilweise untersagt werden. Unter denselben Voraussetzungen kann der Pfarrer oder die Pfarrerin in den Wartestand versetzt werden, wenn die Glaubwürdigkeit des Dienstes gefährdet oder der Frieden in der Gemeinde oder allgemeinkirchlichen Aufgabe gestört ist. § 84 Absatz 4 bleibt unberührt.

(5) Wenn dem Pfarrer oder der Pfarrerin nach Absatz 4 die Ausübung des Dienstes untersagt ist oder er oder sie sich im Wartestand befindet, kann ein anderer angemessener Auftrag erteilt werden. Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen nach Absatz 4 haben keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann die aufschiebende Wirkung nach den allgemeinen Vorschriften des in der Vereinigten Kirche und den Gliedkirchen jeweils geltenden Rechts angeordnet werden.“

4. § 56 wird wie folgt gefasst:

„§ 56

Pfarrer und Pfarrerrinnen dürfen eine Nebentätigkeit (Nebenamt, Nebenbeschäftigung oder ein öffentliches oder kirchliches Ehrenamt) nur übernehmen, wenn dies mit ihrem Amt und mit der gewissenhaften Erfüllung ihrer Dienstpflichten vereinbar ist und kirchliche Interessen nicht entgegenstehen.“

5. Nach § 56 werden die §§ 56 a bis 56 d wie folgt eingefügt:

„§ 56 a

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind verpflichtet, auf Verlangen der Vereinigten Kirche oder ihrer Gliedkirche eine Nebentätigkeit im kirchlichen Interesse auch ohne Vergütung zu übernehmen, soweit sie die erforderliche Eignung dafür besitzen und ihnen die Übernahme zugemutet werden kann.

(2) Mit dem Beginn des Ruhestandes oder des Wartestandes oder mit der Beendigung des Pfarrerdienstverhältnisses endet die Nebentätigkeit nach Absatz 1, wenn im Einzelfall nichts anderes bestimmt wird.

(3) Pfarrer und Pfarrerrinnen, die aus einer auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung übernommenen Tätigkeit in einem Leitungs- oder Aufsichtsorgan einer juristischen Person haftbar gemacht werden, haben gegen die Vereinigte Kirche oder ihre Gliedkirche Anspruch auf Ersatz eines ihnen entstandenen Schadens. Hat der Pfarrer oder die Pfarrerin den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt, so besteht eine Ersatzpflicht nur, wenn der Pfarrer oder die Pfarrerin auf Verlangen einer Person oder Stelle gehandelt hat, deren Dienstaufsicht er oder sie untersteht.

§ 56 b

(1) Die Übernahme einer Nebentätigkeit bedarf der Einwilligung. Das gilt auch, wenn die Nebentätigkeit unentgeltlich wahrgenommen wird. Die Einwilligung kann bedingt, befristet, widerruflich oder mit Auflagen versehen erteilt werden. Jede wesentliche Änderung der Nebentätigkeit ist unverzüglich anzuzeigen.

(2) Die Einwilligung ist zu versagen oder zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nach § 56 nicht oder nicht mehr vorliegen. Ein Versagungs- oder Widerrufsgrund liegt insbesondere vor, wenn zu besorgen ist, dass die Nebentätigkeit

1. nach Art und Umfang die Arbeitskraft des Pfarrers oder der Pfarrerin so stark in Anspruch nimmt, dass die gewissenhafte Erfüllung der Dienstpflichten behindert werden kann,
2. den Pfarrer oder die Pfarrerin in einen Widerstreit mit den Dienstpflichten bringen kann oder
3. geeignet ist, dem Ansehen der Kirche oder der Glaubwürdigkeit ihres Dienstes zu schaden.

§ 56 c

(1) Keiner Einwilligung und keiner Anzeige bedürfen folgende Nebentätigkeiten:

1. die unentgeltliche Vormundschaft, Betreuung oder Pflegschaft bei Angehörigen,
2. eine Testamentsvollstreckung nach dem Tod von Angehörigen,
3. die Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Pfarrers oder der Pfarrerin unterliegenden Vermögens,
4. die Tätigkeit in Pfarrvereinen oder anderen Berufsverbänden,
5. die Übernahme von Ehrenämtern,
6. eine nur gelegentlich ausgeübte schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit,
7. eine nur gelegentlich ausgeübte selbstständige Gutachterstätigkeit.

(2) Keiner Einwilligung, aber einer Anzeige bedürfen Nebentätigkeiten nach Absatz 1 Ziffern 6 und 7, wenn sie nicht nur gelegentlich ausgeübt werden.

(3) Aus begründetem Anlass kann verlangt werden, dass der Pfarrer oder die Pfarrerin über eine Nebentätigkeit nach Absatz 1 oder 2, insbesondere über deren Art und Umfang, schriftlich Auskunft erteilt.

(4) Die Übernahme oder Fortführung einer Nebentätigkeit nach Absatz 1 oder 2 ist zu untersagen, wenn ein Versagungsgrund nach § 56 b Abs. 2 gegeben ist. Sofern es zur sachgerechten und gewissenhaften Erfüllung des Dienstes erforderlich ist, kann die Nebentätigkeit auch bedingt, befristet, widerruflich oder mit Auflagen gestattet werden.

§ 56 d

(1) Die zur Ausführung der §§ 56 bis 56 c notwendigen Regelungen können die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich durch Rechtsverordnung erlassen.

(2) In der Rechtsverordnung kann auch bestimmt werden,

1. dass Pfarrer und Pfarrerrinnen verpflichtet sind, unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres eine Abrechnung über die Vergütungen und geldwerten Vorteile aus Nebentätigkeiten vorzulegen,

2. ob und inwieweit Pfarrer und Pfarrerrinnen verpflichtet sind, die Vergütung aus einer Nebentätigkeit an die Vereinigte Kirche oder ihre Gliedkirche abzuführen, und

3. unter welchen Voraussetzungen ein Pfarrer oder eine Pfarrerin zur Ausübung von Nebentätigkeiten Einrichtungen, Personal oder Material der Vereinigten Kirche oder ihrer Gliedkirche in Anspruch nehmen darf und in welcher Höhe ein Entgelt hierfür zu entrichten ist.“

6. § 72 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Auf Antrag kann während der Elternzeit Teildienst bis zu drei Vierteln eines vollen Dienstumfangs gewährt werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Nimmt der Pfarrer oder die Pfarrerin während der Elternzeit Teildienst in der Pfarrstelle oder in einer allgemeinkirchlichen Aufgabe wahr, so kann ihm oder ihr die Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe abweichend von Absatz 2 belassen werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen.“

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Gliedkirchen können je für ihren Bereich durch Kirchengesetz von Absatz 2 Sätze 2 bis 4 und Absatz 3 abweichende Regelungen treffen.“

d) Absatz 4 wird Absatz 5.

e) Absatz 5 wird Absatz 6.

7. § 73 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 letzter Teilsatz werden die Worte „dafür Ersatz“ durch die Worte „gegen Abtretung etwaiger Ersatzansprüche Ersatz“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ersatz wird nicht gewährt, wenn der Schaden durch ein vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten des Pfarrers oder der Pfarrerin herbeigeführt worden ist.“

8. § 76 wird wie folgt geändert:

Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(5) Werden in einem Erhebungsverfahren nach § 87 Abs. 1 Teilakten geführt, so haben Pfarrer und Pfarrerrinnen ein Recht auf Einsicht in diese Teilakten und ein Recht auf Unterrichtung über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten für diese Akten nur, soweit dies ohne Gefährdung des Erhebungszwecks möglich ist.“

9. § 78 wird wie folgt gefasst:

„§ 78

(1) Für Rechtsstreitigkeiten aus dem Pfarrerdienstverhältnis ist nach Maßgabe des in der Vereinigten Kirche und den Gliedkirchen jeweils geltenden Rechts der Rechtsweg zu den kirchlichen Verwaltungsgerichten oder einer Schlichtungsstelle eröffnet.

(2) Die Vereinigte Kirche und die Gliedkirchen regeln je für ihren Bereich, ob vor Eröffnung des Rechtsweges ein kirchliches Vorverfahren erforderlich ist.

(3) Die in der Anlage zu diesem Kirchengesetz geregelte Ordnung für das Schlichtungsverfahren ist Bestandteil dieses Kirchengesetzes.“

10. § 79 wird aufgehoben.

11. § 84 wird wie folgt gefasst:

„§ 84

(1) Vor einer Versetzung nach § 83 soll dem Pfarrer oder der Pfarrerin Gelegenheit gegeben werden, sich innerhalb einer Frist von bis zu sechs Monaten um eine andere Pfarrstelle oder um eine allgemeinkirchliche Aufgabe zu bewerben.

(2) Ist die Versetzung nach § 83 aus Gründen, die der Pfarrer oder die Pfarrerin nicht zu vertreten hat, binnen Jahresfrist nicht durchführbar, so ist er oder sie in den Wartestand zu versetzen.

(3) Weigert sich der Pfarrer oder die Pfarrerin, der Versetzung nach § 83 Folge zu leisten, so ist er oder sie in den Ruhestand zu versetzen.

(4) An Stelle einer Versetzung nach § 83 kann der Pfarrer oder die Pfarrerin auf eigenen Antrag in den Wartestand versetzt werden.“

12. § 86 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Übertragung einer Pfarrstelle ist ohne Zustimmung des Pfarrers oder der Pfarrerin aufzuheben, wenn ein gedeihliches Wirken auf der bisherigen Pfarrstelle oder in einem mit der Pfarrstelle verbundenen Aufsichtsamt nicht mehr gewährleistet ist. Der Grund braucht dabei nicht in dem Verhalten des Pfarrers oder der Pfarrerin zu liegen.“

13. § 87 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

„Vor Einleitung der Erhebungen ist der Pfarrer oder die Pfarrerin zu hören. Der Kirchenvorstand, der Visitor oder die Visitatorin sind während der Erhebungen zu hören. Die Vertretung der Pfarrerschaft ist zu hören, sofern der Pfarrer oder die Pfarrerin nicht widerspricht.“

- b) In Absatz 1 Satz 6 werden die Worte „nach § 86“ durch die Worte „nach Satz 1“ ersetzt.
- c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
 „(2) Für die Dauer der Erhebungen nach Absatz 1 nimmt der Pfarrer oder die Pfarrerin den Dienst in der ihm oder ihr übertragenen Pfarrstelle nicht wahr. Während dieser Zeit soll eine angemessene Aufgabe übertragen werden. Es kann auch bestimmt werden, dass der Dienst in der übertragenen Pfarrstelle fortgeführt wird.“
- d) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
 „(3) Ergeben die Erhebungen, dass ein gedeihliches Wirken auf der bisherigen Pfarrstelle oder in einem mit der Pfarrstelle verbundenen Aufsichtsamt nicht mehr gewährleistet ist, so ist die Übertragung der Pfarrstelle aufzuheben und der Pfarrer oder die Pfarrerin in den Wartestand zu versetzen. Er oder sie ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn nach dem Ergebnis der Erhebungen auch in einer anderen als der bisherigen Gemeinde oder in einer anderen allgemeinkirchlichen Aufgabe kein gedeihliches Wirken zu erwarten ist.“
- e) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
 „(4) Rechtsbehelfe gegen die in Absatz 3 genannten Maßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann die aufschiebende Wirkung nach den allgemeinen Vorschriften des in der Vereinigten Kirche und den Gliedkirchen jeweils geltenden Rechts angeordnet werden. Die Pfarrstelle kann einem anderen Pfarrer oder einer anderen Pfarrerin erst übertragen werden, wenn die in Absatz 3 genannten Maßnahmen bestandskräftig geworden sind.“
- f) Absatz 5 wird gestrichen.
14. § 88 wird wie folgt gefasst:
 „§ 88
 (1) Werden Pfarrer oder Pfarrerrinnen nach § 87 Abs. 3 Satz 1 in den Wartestand versetzt, so richtet sich ihr Rechtsstatus nach den allgemeinen Bestimmungen über den Wartestand, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt wird.
 (2) Abweichend von § 102 Abs. 1 ist dem Pfarrer oder der Pfarrerin Gelegenheit zu geben, sich innerhalb einer bestimmten Frist um eine andere Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe zu bewerben; dabei kann die Bewerbungsmöglichkeit beschränkt werden. Die Bewerbung um eine Pfarrstelle der bisherigen Gemeinde ist ausgeschlossen.
 (3) Unterlässt der Pfarrer oder die Pfarrerin eine Bewerbung oder führt sie innerhalb der gesetzten Frist nicht zum Erfolg, so kann dem Pfarrer oder der Pfarrerin eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen werden. Bei der Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder einer allgemeinkirchlichen Aufgabe sollen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten die persönlichen Verhältnisse des Pfarrers oder der Pfarrerin berücksichtigt werden.
 (4) Abweichend von § 108 Abs. 2 ist der Pfarrer oder die Pfarrerin nach dreijähriger Dauer des Wartestandes in den Ruhestand zu versetzen. § 108 Abs. 3 gilt entsprechend.
 (5) Der Pfarrer oder die Pfarrerin kann auch während der Dauer des Wartestandes in den Ruhestand versetzt werden, wenn neue Tatsachen festgestellt werden, die erkennen lassen, dass ein gedeihliches Wirken in einer Gemeinde oder einer allgemeinkirchlichen Aufgabe nicht zu erwarten ist.
 (6) Das Wartegeld wird für die Dauer von sechs Monaten von der Bestandskraft der Versetzung in den Wartestand an in Höhe der bisherigen Besoldung gewährt, längstens jedoch für die Dauer von einem Jahr nach Erlass der Entscheidung nach § 87 Abs. 3 Satz 1. Die Gliedkirchen werden ermächtigt, die Frist nach Satz 1 durch kirchengesetzliche Regelung zu verkürzen.“
15. § 100 wird wie folgt geändert:
 § 100 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
 „(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen im Warte- oder Ruhestand haben alles zu vermeiden, was den Dienst ihrer Amtsnachfolger und Amtsnachfolgerinnen erschweren kann.“
 Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.
16. § 101 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
 „(3) Für Pfarrer und Pfarrerrinnen im Wartestand gilt § 56 bis § 56 d entsprechend.“
17. § 105 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
 „(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind auf ihren Antrag oder von Amts wegen vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie wegen ihres körperlichen Zustandes oder aus gesundheitlichen Gründen zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten dauernd unfähig (dienstunfähig) sind.“
18. § 107 Abs. 3 S. 1 wird wie folgt gefasst:
 „(3) Erscheint der Pfarrer oder die Pfarrerin zur Wahrnehmung der Rechte infolge des körperlichen Zustandes oder aus gesundheitlichen Gründen außer Stande, so wird nach Möglichkeit im Einvernehmen mit der Familie ein Beistand für das Verfahren gestellt, solange keine Vertretung nach dem Betreuungsgesetz bestellt ist.“
19. § 113 Abs. 1 S. 2 wird wie folgt gefasst:
 „Ein Unterhaltsbeitrag kann widerruflich, befristet oder unter Auflagen gewährt werden.“
 Nach § 113 Abs. 1 S. 2 wird folgender S. 3 eingefügt:
 Er wird als laufende Zahlung oder als Einmalzahlung gewährt.“
20. In § 117 a Abs. 1 werden die Worte „mehr als zwei Jahren“ durch die Worte „mindestens einem Jahr“ ersetzt.

Artikel II

Die Kirchenleitung wird ermächtigt, das Pfarrergesetz in der Fassung, die es durch dieses Kirchengesetz erhalten hat, neu zu fassen und die Neufassung im Amtsblatt zu veröffentlichen.

Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Juli 2005 in Kraft.

**Bekanntgabe der Bekanntmachung der Neufassung des
Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen
Kirche Deutschlands vom 2. November 2004**

Vom 9. März 2005

Nachstehend wird die Bekanntmachung der Neufassung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 2. November 2004 (ABl. VELKD Bd. VII, S. 250) für den Bereich der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche bekannt gegeben.

Kiel, den 9. März 2005

Nordelbisches Kirchenamt
Im Auftrage
Stoltenberg-Groth

Az.: 1416 – P SG

*

**Bekanntmachung der Neufassung des Pfarrergesetzes
der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche
Deutschlands**

Vom 2. November 2004

Aufgrund von Artikel II Abs. 1 des Kirchengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Änderung des Pfarrergesetzes vom 2. November 2004 (ABl. Bd. VII, S. 247) wird nachstehend der Wortlaut des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in der ab dem 1. Juli 2005 geltenden Fassung bekannt gemacht.

Die Neufassung berücksichtigt:

1. das Pfarrergesetz in seiner ursprünglichen Fassung vom 17. Oktober 1995 (ABl. Bd. VI, S. 274) und
2. das nach Maßgabe seines Artikels II am 1. Juli 2005 in Kraft tretende eingangs genannte Kirchengesetz.

Schleswig, den 13. November 2004

Der Leitende Bischof
Dr. Hans Christian Knuth

*

**Kirchengesetz
zur Regelung des Dienstes der Pfarrer und Pfarrerinnen
in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche
Deutschlands (Pfarrergesetz – PFG)
in der Fassung vom 2. November 2004**

Inhaltsübersicht

	§§
I. Abschnitt	
Grundlegende Vorschriften	1-3
II. Abschnitt	
Ordination	4-10
III. Abschnitt	
Allgemeine Vorschriften über das Dienstverhältnis	11-22
1. Der Probedienst	11-19
2. Bewerbungsfähigkeit	20-21
3. Voraussetzungen für die Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis	22

IV. Abschnitt

Begründung des Pfarrerdienstverhältnisses auf Lebenszeit	23-30
---	-------

V. Abschnitt

Vom Dienst des Pfarrers und der Pfarrerin	31-38
1. In der Gemeinde	31-36
2. In einer allgemeinkirchlichen Aufgabe	37
3. In einem kirchenleitenden Amt	38

VI. Abschnitt

Vom Verhalten des Pfarrers und der Pfarrerin	39-60
1. In der Gemeinschaft der Ordinierten	39
2. In Gemeinde und Kirche	40-50
3. In Ehe und Familie	51-55
4. In der Öffentlichkeit	56-60

VII. Abschnitt

Visitation und Dienstaufsicht	61-65
1. Visitation	61
2. Dienstaufsicht	62-65

VIII. Abschnitt

Verletzung von Pflichten	66-68
--------------------------	-------

IX. Abschnitt

Schutz und Fürsorge, Beteiligung der Gesamtpfarrervertretung	69-80
---	-------

X. Abschnitt

Veränderungen des Pfarrerdienstverhältnisses	81-110
1. Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe, Abordnung, Beurlaubung, Freistellung vom Dienst aus familiären Gründen, Übernahme, Zuweisung und Umwandlung des Dienstverhältnisses	81-98
a) Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe	81-90
aa) Allgemeines	81
bb) Übertragung einer anderen Pfarrstelle auf Bewerbung oder mit Zustimmung	82
cc) Versetzung aus allgemeinen Gründen	83-85
dd) Aufhebung der Übertragung einer Pfarrstelle mangels gedeihlichen Wirkens und Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder einer allgemeinkirchlichen Aufgabe	86-88
ee) Änderung und Aufhebung der Übertragung einer allgemeinkirchlichen Aufgabe	89-90
b) Abordnung	91
c) Beurlaubung	92
d) Freistellung vom Dienst aus familiären oder anderen Gründen	93-95 a
e) Übernahme	96
f) Zuweisung	97
g) Umwandlung des Dienstverhältnisses	98
2. Wartestand und Ruhestand	99-110
a) Allgemeines	99-100
b) Wartestand	101-103
c) Ruhestand	104-110

XI. Abschnitt

Beendigung des Pfarrerdienstverhältnisses	111-119
1. Allgemeines	111
2. Entlassung aus dem Dienst	112-116
3. Ausscheiden aus dem Dienst	117-118
4. Entfernung aus dem Dienst	119

XII. Abschnitt	
Nichtöffentlich-rechtliches Dienstverhältnis	120
XIII. Abschnitt	
Öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis mit eingeschränktem Umfang	121
XIV. Abschnitt	
Dienstverhältnisse auf Zeit bei Beurlaubung	121 a
XV. Abschnitt	
Schluss- und Übergangsvorschriften	122-126
Anlage zu § 78 Abs. 3	
Ordnung für die Schlichtungsstelle	1-9

I. Abschnitt
Grundlegende Vorschriften

§ 1

(1) Dieses Kirchengesetz regelt das Dienstverhältnis der im Dienst der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands oder einer ihrer Gliedkirchen stehenden Pfarrer und Pfarrerrinnen. Es ist ein Dienstverhältnis auf Lebenszeit.

(2) Dieses Kirchengesetz regelt auch das Dienstverhältnis der Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe.

§ 2

Der Dienst der Pfarrer und Pfarrerrinnen ist bestimmt und begrenzt durch den Auftrag, den die Kirche von ihrem Herrn erhalten hat. An diesem Auftrag sind ihre Rechte und Pflichten zu messen.

§ 3

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen stehen in einem kirchengesetzlich geregelten öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis zur Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen; aus diesem ergeben sich die gegenseitigen Rechte und Pflichten.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen haben ein Recht auf Schutz in ihrem Dienst und in ihrer Stellung als Pfarrer oder Pfarrerrin sowie ein Recht auf Fürsorge für sich und ihre Familie.

(3) Pfarrer und Pfarrerrinnen unterstehen der Lehraufsicht und der Dienstaufsicht. Sie sind verpflichtet, sich visitieren zu lassen.

(4) Für Pfarrer und Pfarrerrinnen sind die Agenden, die kirchlichen Gesetze und die sonstigen kirchlichen Ordnungen verbindlich. Auch ihre Pflichten als Glieder der Gemeinde haben sie gewissenhaft zu erfüllen.

II. Abschnitt
Ordination

§ 4

(1) Mit der Ordination werden Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung übertragen; Auftrag und Recht sind auf Lebenszeit angelegt.

(2) Die Ordinierten sind durch die Ordination verpflichtet, das anvertraute Amt in Gehorsam gegen Gott in Treue zu führen, das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche bezeugt ist, rein zu lehren, die Sakramente ihrer Einsetzung gemäß zu verwalten und sich in ihrer Amts-

und Lebensführung so zu verhalten, wie es dem Auftrag entspricht.

(3) Die in der Ordination begründeten Rechte und Pflichten sind für Ordinierte, die in einem kirchlichen Dienstverhältnis stehen, auch Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis.

§ 5

(1) Die Ordination setzt voraus, dass ein geordneter kirchlicher Dienst übertragen werden soll, der die öffentliche Wortverkündigung und die Sakramentsverwaltung einschließt.

(2) Vor der Entscheidung über die Ordination führt der Ordinator oder die Ordinatorin mit den zu Ordinierenden ein Gespräch über die Bedeutung der Ordination und die Voraussetzungen für die Übernahme des Dienstes der öffentlichen Wortverkündigung und der Sakramentsverwaltung.

(3) Soll die Ordination versagt werden, so berät sich der Ordinator oder die Ordinatorin vor der Entscheidung mit anderen zur Vornahme der Ordination berechtigten Personen. Die Versagung der Ordination ist dem oder der Betroffenen gegenüber auf Verlangen zu begründen.

(4) Einzelheiten des Verfahrens und der Zuständigkeit regeln die Gliedkirchen je für ihren Bereich.

(5) Eine kirchengerichtliche Nachprüfung der Versagung der Ordination findet nicht statt; gegen die Versagung der Ordination ist die Beschwerde nur insoweit zulässig, als Verfahrensmängel geltend gemacht werden.

§ 6

(1) Vor der Ordination erklären die zu Ordinierenden schriftlich ihre Bereitschaft, die mit der Ordination einzugehenden Verpflichtungen (§ 4) zu übernehmen. Die Gliedkirchen legen den Wortlaut dieser Erklärung entsprechend der geltenden Agende fest.

(2) Die Ordination wird nach der Ordnung der Agende vollzogen.

(3) Die Ordinierten erhalten eine Ordinationsurkunde.

§ 7

(1) Ordinierte verlieren Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung durch

1. Verzicht,
2. Beendigung des Dienstverhältnisses nach diesem Kirchengesetz oder eines anderen kirchlichen Dienstverhältnisses, es sei denn, dass Auftrag und Recht belassen werden,
3. Spruch in einem Verfahren bei Lehrbeanstandungen,
4. Aberkennung in einem Disziplinarverfahren oder
5. Entzug.

(2) Ordinierten, die nicht in einem kirchlichen Dienstverhältnis stehen, sollen Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung entzogen werden, wenn sie einen geordneten kirchlichen Dienst im Sinne des § 5 Abs. 1 nicht wahrnehmen und ein kirchliches Interesse an der Belassung von Auftrag und Recht nicht besteht. Das Gleiche gilt, wenn die Wahrnehmung der Lehraufsicht und der Aufsicht über die Amts- und Lebensführung unmöglich geworden oder erheblich erschwert ist.

(3) Über den beabsichtigten Entzug von Auftrag und Recht nach Absatz 2 sollen der Ordinator oder die Ordinatorin, der Inhaber oder die Inhaberin eines kirchenleitenden Amtes oder ein ordiniertes Mitglied eines kirchenleitenden Organs mit dem oder der Betroffenen ein Gespräch führen. Der Ent-

zug von Auftrag und Recht ist der Vereinigten Kirche sowie deren Gliedkirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland mitzuteilen.

(4) Die Entscheidung über den Entzug von Auftrag und Recht nach Absatz 2 ist in einem schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid mitzuteilen. Der Bescheid muss auch den Zeitpunkt, von dem ab die Rechtswirkung der Entscheidung eintritt, enthalten. § 78 gilt entsprechend.

(5) Der Verzicht nach Absatz 1 Nr. 1 ist schriftlich zu erklären.

(6) Der Verlust von Auftrag und Recht ist der Vereinigten Kirche sowie deren Gliedkirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland mitzuteilen.

(7) Die Ordinationsurkunde ist zurückzugeben. Wird die Ordinationsurkunde trotz Aufforderung nicht zurückgegeben, so wird sie in geeigneter Weise für ungültig erklärt. Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 8

Der Verlust von Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung schließt die Begründung eines Dienstverhältnisses nach diesem Kirchengesetz aus; § 9 bleibt unberührt.

§ 9

(1) Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung können auf Antrag wieder übertragen werden; die Ordination wird dabei nicht wiederholt. Vor der Wiederübertragung ist eine schriftliche Erklärung entsprechend § 6 Abs. 1 abzugeben.

(2) Für die Wiederübertragung von Auftrag und Recht ist die Kirche zuständig, die den Verlust ausgesprochen hat. Eine andere Kirche kann Auftrag und Recht nach Absatz 1 wieder übertragen, wenn die zuständige Kirche auf Befragen erklärt hat, dass sie nicht widerspricht. Wenn diese Erklärung nicht abgegeben wird, wenn widersprochen wird oder wenn Auftrag und Recht nach den Vorschriften über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen oder des Disziplinargesetzes verlorengegangen waren, ist die Zustimmung der Bischofskonferenz der Vereinigten Kirche erforderlich.

(3) Die Wiederübertragung ist schriftlich mitzuteilen. Die Ordinationsurkunde ist wieder auszuhändigen oder neu auszustellen.

(4) Die Wiederübertragung von Auftrag und Recht ist der Vereinigten Kirche sowie deren Gliedkirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland mitzuteilen.

§ 10

Die Vorschriften dieses Abschnittes über die Ordination gelten für jede Ordination innerhalb der Vereinigten Kirche und binden Ordinierte, auch wenn ein Dienstverhältnis nach diesem Kirchengesetz oder ein anderes kirchliches Dienstverhältnis nicht begründet ist.

III. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften über das Dienstverhältnis

1. Der Probedienst

§ 11

(1) Der Probedienst wird in einem kirchengesetzlich geregelten öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis auf Probe geleistet.

(2) Ein Anspruch auf Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis auf Probe besteht nicht.

(3) Für Pfarrer und Pfarrerinnen auf Probe gelten die Vorschriften dieses Kirchengesetzes über Pfarrer und Pfarrerinnen entsprechend, soweit nicht im folgenden etwas anderes bestimmt ist.

§ 12

(1) In das Pfarrerdienstverhältnis auf Probe kann im Rahmen der vorhandenen Stellen nur berufen werden, wer

1. evangelisch-lutherischen Bekenntnisses ist,
2. einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland angehört,
3. die vorgeschriebene wissenschaftliche und praktische Ausbildung für den Dienst des Pfarrers oder der Pfarrerin erhalten und die erste und zweite theologische Prüfung, letztere in einer der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland, bestanden hat,
4. erwarten lässt, dass er oder sie den Anforderungen nach diesem Kirchengesetz genügen wird,
5. nicht infolge des körperlichen Zustands oder aus gesundheitlichen Gründen bei der Erfüllung der Dienstpflichten wesentlich beeinträchtigt ist und
6. das 37. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

(2) In besonderen Ausnahmefällen kann von den Erfordernissen des Absatzes 1 Nrn. 2, 5 und 6 abgesehen werden.

(3) Von den Erfordernissen des Absatzes 1 Nr. 3 kann abgesehen werden bei

1. Theologen und Theologinnen aus einer nicht der Evangelischen Kirche in Deutschland angehörenden Mitgliedskirche des Lutherischen Weltbundes,
2. Theologen und Theologinnen aus einer lutherischen Freikirche,
3. Dozenten und Dozentinnen der Theologie,
4. ordinierten Missionaren und Missionarinnen,
5. Theologen und Theologinnen aus einer anderen evangelischen Kirche und
6. Theologen und Theologinnen aus einer nichtevangelischen Kirche, die zum evangelisch-lutherischen Bekenntnis übertreten sind.

Die Entscheidung kann von dem Bestehen einer Prüfung oder dem Ausgang eines Kolloquiums abhängig gemacht werden; das Nähere regeln die Gliedkirchen je für ihren Bereich. Im übrigen kann von dem Erfordernis des Absatzes 1 Nr. 3 abgesehen werden, wenn der Nachweis einer gleichwertigen abgeschlossenen Ausbildung erbracht ist.

(4) Sind seit dem Bestehen der zweiten theologischen Prüfung mehr als fünf Jahre vergangen, so kann die Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis auf Probe von dem Ausgang eines Kolloquiums abhängig gemacht werden. Das Nähere regeln die Gliedkirchen je für ihren Bereich.

(5) Pfarrer und Pfarrerinnen auf Probe sollen zu Beginn des Probedienstes ordiniert werden. Kann die Ordination aufgrund gliedkirchlicher Gegebenheiten erst später vollzogen werden, so ist eine kirchengesetzliche Regelung zu treffen, wie die Aufgaben aus dem Dienstverhältnis bis dahin wahrgenommen werden. Die Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis auf Probe setzt voraus, dass der Bewerber oder die Bewerberin die Erklärung nach § 6 Abs. 1 abgegeben hat.

§ 13

(1) Im Probedienst soll innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Eignung für den pfarramtlichen Dienst unter den

besonderen Bedingungen der praktischen Verantwortung für eine übertragene Aufgabe festgestellt werden.

(2) Der Probendienst dauert drei Jahre; Zeiten einer anderen Tätigkeit, die eine Beurteilung der Eignung für den pfarramtlichen Dienst gestatten, können ganz oder teilweise angerechnet werden. Die Gliedkirchen können je für ihren Bereich durch Kirchengesetz bestimmen, dass bei einer Anrechnung nach Satz 1 eine Mindestzeit im Dienstverhältnis auf Probe abzuleisten ist.

(3) Ergeben sich während des Probendienstes Zweifel an der Eignung für den pfarramtlichen Dienst, so soll dem Pfarrer oder der Pfarrerin auf Probe dies alsbald, spätestens zwei Jahre und sechs Monate nach Beginn des Probendienstes, mitgeteilt werden; er oder sie ist dazu zu hören. Über die Zweifel an der Eignung soll mit ihm oder ihr ein Gespräch geführt werden. Wird nach dem Gespräch oder nach Ablauf einer eingeräumten Frist zur Ausräumung der Zweifel die Nichteignung festgestellt, so ist das Probendienstverhältnis auch vor Ablauf von drei Jahren nach § 15 Abs. 2 Nr. 3 zu beenden.

(4) Sind dem Pfarrer oder der Pfarrerin bis zum Ablauf des Probendienstes Zweifel an der Eignung nicht mitgeteilt oder sind solche Zweifel ausgeräumt worden, so ist die Bewerbungsfähigkeit zu verleihen.

(5) Die Gliedkirchen können weitere Regelungen über das Verfahren zur Feststellung der Eignung und Regelungen über die Verlängerung der Fristen nach den Absätzen 2 und 4, insbesondere bei Dienstverhältnissen mit eingeschränkter Aufgabe, treffen; dabei kann der Probendienst höchstens um zwei Jahre verlängert werden. Macht eine Gliedkirche von der Möglichkeit der Verlängerung Gebrauch, so ist in der Regelung zu bestimmen, dass die Verlängerung rechtzeitig vor Ablauf der Zeit nach Absatz 2 schriftlich mitzuteilen ist.

(6) Die Gliedkirchen können für die Freistellung vom Dienst für Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe Regelungen treffen, die von den für Pfarrer und Pfarrerrinnen geltenden Regelungen abweichen.

§ 14

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe werden mit der Verwaltung einer Pfarrstelle oder mit einem anderen pfarramtlichen Dienst, ausnahmsweise mit der Wahrnehmung einer allgemeinkirchlichen Aufgabe, beauftragt. Der Auftrag nach Satz 1 kann aus dienstlichen oder wichtigen persönlichen Gründen geändert werden.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe sind bei Antritt des Dienstes in einem Gottesdienst vorzustellen.

(3) Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe führen die Amtsbezeichnung des Pfarrers oder der Pfarrerin mit dem Zusatz „zur Anstellung“ („z.A.“); die Gliedkirchen können je für ihren Bereich durch Kirchengesetz etwas anderes bestimmen.

§ 15

(1) Das Pfarrerdienstverhältnis auf Probe wird in der Regel durch die Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit umgewandelt.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe sind zu entlassen, wenn

1. ihnen die Ordination versagt worden ist,
2. sie sich weigern, einen Auftrag nach § 14 Abs. 1 zu übernehmen,
3. im Laufe des Probendienstes ihre Nichteignung festgestellt wird,

4. sie sich weigern, den Dienst in einer Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe, die ihnen übertragen werden soll, anzutreten oder

sie sich nicht innerhalb von zwei Jahren nach Verleihung der Bewerbungsfähigkeit beworben haben.

Die Zeiträume nach Satz 1 Nr. 5 und nach § 13 Abs. 2 Satz 1 erster Halbsatz verlängern sich um die Mutterschutzfristen und die Elternzeit. Hinsichtlich der Rechtsfolgen der Entlassung gilt § 113 entsprechend. § 13 Abs. 6 Satz 1 gilt entsprechend.

(3) Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe, deren Bewerbungen nicht innerhalb von vier Jahren nach Verleihung der Bewerbungsfähigkeit zur Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit geführt haben, sind zu entlassen. Die §§ 113 und 114 gelten entsprechend; ein Unterhaltsbeitrag darf längstens für sechs Jahre gewährt werden.

(4) Die Gliedkirchen können durch Kirchengesetz die Anwendung von Absatz 2 Nrn. 1, 3 und 5 ausschließen oder abweichende Regelungen treffen.

§ 16

Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe sind zu entlassen, wenn sie eine Handlung begehen, für die eine Maßnahme unzureichend ist, auf die durch Disziplinarverfügung erkannt werden kann. § 113 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 16 a

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe scheiden aus dem Probendienst aus, wenn sie in einem ordentlichen Strafverfahren durch Urteil eines deutschen Gerichts wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden sind. Das Ausscheiden aus dem Probendienst wird rechtswirksam einen Monat nach Rechtskraft des strafgerichtlichen Urteils.

(2) § 117 b gilt entsprechend.

§ 17

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe sind in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie infolge Krankheit, Verletzung oder sonstiger Beschädigung, die sie sich ohne grobes Verschulden bei der Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen haben, dienstunfähig geworden sind. Sie können in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie aus anderen Gründen dienstunfähig geworden sind. Die §§ 105 bis 107 gelten entsprechend.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe sind zu entlassen, wenn sie dienstunfähig geworden sind und nicht nach Absatz 1 in den Ruhestand versetzt werden; die §§ 113 und 114 gelten entsprechend.

(3) Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Probe können nicht in den Wartestand versetzt werden.

§ 18

Bei der Entlassung nach § 15 Abs. 2 Nrn. 1 und 3 und Abs. 3 ist eine Frist einzuhalten, die bei einer Beschäftigungszeit von

1. bis zu drei Monaten zwei Wochen zum Monatsschluss,
2. mehr als drei Monaten einen Monat zum Monatsschluss,
3. mindestens einem Jahr sechs Wochen zum Schluss eines Kalendervierteljahres

beträgt. Als Beschäftigungszeit gilt die Zeit ununterbrochener Tätigkeit als Pfarrer oder Pfarrerin auf Probe.

§ 19

(1) Pfarrer und Pfarrerinnen auf Probe erhalten über die Entlassung einen mit Gründen versehenen schriftlichen Bescheid; zugleich sind die Rechtsfolgen der Entlassung mitzuteilen. Die Entlassung wird mit dem in dem Bescheid angegebenen Zeitpunkt, jedoch frühestens mit der Zustellung wirksam.

(2) Vor der Entlassung ist die zuständige Vertretung der Pfarrerschaft zu hören.

2. Bewerbungsfähigkeit

§ 20

(1) Die Bewerbungsfähigkeit wird in der Regel nach Bewährung im Probendienst verliehen.

(2) Die Bewerbungsfähigkeit kann auch Bewerbern und Bewerberinnen verliehen werden, deren Eignung für den Dienst des Pfarrers oder der Pfarrerin aufgrund einer Tätigkeit festgestellt worden ist, die zu einer Entscheidung nach § 12 Abs. 3 geführt hat. Die Feststellung der Eignung kann von dem Ausgang eines Kolloquiums abhängig gemacht werden. Das Nähere regeln die Gliedkirchen je für ihren Bereich.

(3) Eine bereits ausgesprochene Verleihung der Bewerbungsfähigkeit kann bis zur Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis widerrufen werden, wenn Tatsachen bekannt werden, die ihr entgegen gestanden haben würden.

§ 21

(1) Die nach diesem Kirchengesetz erworbene Bewerbungsfähigkeit wird von der Vereinigten Kirche und ihren Gliedkirchen anerkannt.

(2) Der Erwerb der Bewerbungsfähigkeit gibt kein Recht auf Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis.

(3) Die Vorschriften der Gliedkirchen über Voraussetzung und Verfahren für die Übertragung von Pfarrstellen oder allgemeinkirchlichen Aufgaben bleiben unberührt.

3. Voraussetzungen für die Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis

§ 22

(1) In das Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit kann berufen werden, wer

1. ordiniert ist,
2. die Bewerbungsfähigkeit erworben hat,
3. die in § 12 Abs. 1 Nrn. 1 bis 5 genannten Voraussetzungen erfüllt und
4. das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

§ 12 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

(2) Bei Ordinierten, die anlässlich der Ordination nicht auf die evangelisch-lutherischen Bekenntnisschriften verpflichtet worden sind, ist diese Verpflichtung nachzuholen.

IV. Abschnitt
Begründung des Pfarrerdienstverhältnisses
auf Lebenszeit

§ 23

(1) Das Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit wird durch die Berufung zum Pfarrer oder zur Pfarrerin der Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen begründet.

(2) Mit der Berufung ist die Übertragung

1. einer Pfarrstelle oder
2. einer allgemeinkirchlichen Aufgabe verbunden.

§ 24

Die in das Pfarrerdienstverhältnis berufenen Pfarrer und Pfarrerinnen werden in einem Gottesdienst in ihr Amt eingeführt.

§ 25

(1) Die Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis wird mit der Aushändigung der Berufungsurkunde zu dem in ihr bezeichneten Tag wirksam. Sie wird in der Regel bei der Einführung ausgehändigt.

(2) Die Urkunde muss die Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis ausdrücken und soll die übertragene Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe, den Dienstsitz und die Amtsbezeichnung angeben.

§ 26

(1) Die Amtsbezeichnung ist „Pfarrer“ oder „Pfarrerin“, soweit kirchengesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(2) Pfarrer und Pfarrerinnen im Wartestand führen die bisherige Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „im Wartestand“ („i.W.“), Pfarrer und Pfarrerinnen im Ruhestand mit dem Zusatz „im Ruhestand“ („i.R.“).

(3) Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 27

(1) Pfarrer und Pfarrerinnen werden bei Begründung des Pfarrerdienstverhältnisses auf die gewissenhafte Einhaltung der kirchlichen Ordnungen und die Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet. Über die Verpflichtung ist eine Niederschrift aufzunehmen.

(2) Ist die Verpflichtung nach Absatz 1 unterblieben, so bestehen trotzdem die in Absatz 1 genannten Pflichten innerhalb und außerhalb des Dienstes.

§ 28

(1) Die Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis ist nichtig, wenn sie von einer unzuständigen Stelle vorgenommen ist oder wenn der oder die Berufene im Zeitpunkt der Berufung nach § 22 Abs. 1 oder § 8 nicht in das Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit berufen werden durfte.

(2) Sobald der Grund für die Nichtigkeit der Berufung nach Absatz 1 bekannt wird, ist die Nichtigkeit unverzüglich festzustellen und dem oder der Berufenen zu eröffnen. Bereits gewährte Leistungen können belassen werden.

§ 29

(1) Die Berufung in das Pfarrerdienstverhältnis kann zurückgenommen werden, wenn sie durch Täuschung oder auf andere unredliche Weise herbeigeführt wurde. Die Möglichkeit, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

(2) Die Rücknahme muss innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Bekanntwerden des Rücknahmegrundes erklärt werden. Der Pfarrer oder die Pfarrerin ist hierzu zu hören.

(3) Vor der Rücknahme kann die Ausübung des Dienstes vorläufig untersagt werden; diese Anordnung unterliegt nicht der Nachprüfung nach § 78.

(4) Die Rücknahme hat die Wirkung, dass das Pfarrerdienstverhältnis von Anfang an nicht bestanden hat. Bereits gewährte Leistungen können belassen werden.

§ 30

(1) Mit der Feststellung der Nichtigkeit oder der Rücknahme der Berufung gehen Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung verloren.

(2) Die Feststellung der Nichtigkeit oder die Rücknahme der Berufung hat auf die Gültigkeit der bis dahin vorgenommenen dienstlichen Handlungen des oder der Berufenen keinen Einfluss.

V. Abschnitt

Vom Dienst des Pfarrers und der Pfarrerin

1. In der Gemeinde

§ 31

Pfarrer und Pfarrerrinnen, denen eine Pfarrstelle übertragen ist, haben Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung in der Gemeinde, als deren Hirten sie berufen sind.

§ 32

(1) Der Auftrag verpflichtet und berechtigt Pfarrer und Pfarrerrinnen zur Leitung des Gottesdienstes, zur Vornahme der Amtshandlungen, zur christlichen Unterweisung und zur Seelsorge. Der Auftrag umfasst auch die Aufgaben, die sich aus der geordneten Zusammenarbeit der Gemeinde mit anderen Gemeinden ergeben.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen sollen sich mit der Gemeinde darum bemühen, die in ihr vorhandenen Gaben zu finden, Gemeindeglieder zur Mitarbeit zu gewinnen und zuzurüsten, damit sich ihr Dienst im rechten Zusammenwirken mit dem der Mitglieder des Kirchenvorstandes und der übrigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zum Aufbau der Gemeinde entfalten kann.

(3) Mit ihnen gemeinsam sollen Pfarrer und Pfarrerrinnen dafür sorgen, dass in der Gemeinde der missionarische Wille und die ökumenische Verantwortung geweckt und dass Liebestätigkeit und christliche Haushalterschaft sowie die kirchlichen Werke gefördert werden.

(4) Der Auftrag nach § 31 verbietet ungeistliches Handeln.

§ 33

Pfarrer und Pfarrerrinnen haben die ihnen obliegenden Aufgaben in der Verwaltung, der pfarramtlichen Geschäftsführung, der Kirchenbuchführung und in Vermögens- und Geldangelegenheiten gewissenhaft zu erfüllen.

§ 34

(1) Bestehen in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen, so sind die Pfarrer und Pfarrerrinnen in der öffentlichen Wortverkündigung und der Sakramentsverwaltung einander gleichgestellt.

(2) Sie sollen ihren Dienst in der Gemeinschaft der Ordinierten tun und dafür Sorge tragen, dass der Zusammenhang der Gemeinde gewahrt und gestärkt wird. Die Verteilung der Aufgaben in der Gemeinde soll durch eine Dienstordnung geregelt werden.

§ 35

(1) Pfarrern und Pfarrerrinnen ist der Dienst an allen Gliedern ihrer Gemeinde aufgegeben.

(2) Amtshandlungen an Gliedern anderer Gemeinden dürfen Pfarrer und Pfarrerrinnen nur vornehmen, wenn ihnen ein Abmelde- bzw. Entlassungsschein des zuständigen Pfarrers oder der zuständigen Pfarrerin vorgelegt wird.

(3) Für Gottesdienst und Amtshandlungen im Bereich einer anderen Gemeinde bedarf es der vorherigen Zustimmung des für diese Gemeinde zuständigen Pfarrers oder der zuständigen Pfarrerin. Durch Kirchengesetz kann bestimmt werden, dass außerdem die Erlaubnis einer anderen kirchlichen Stelle erforderlich ist.

(4) In Notfällen, insbesondere bei Todesgefahr, ist jeder Pfarrer und jede Pfarrerin zu Amtshandlungen unmittelbar berechtigt und verpflichtet. Sie haben darüber dem zuständigen Pfarrer oder der zuständigen Pfarrerin alsbald Mitteilung zu machen.

(5) Wenn in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen bestehen, regelt sich die Anwendung der vorstehenden Vorschriften im Verhältnis der einzelnen Pfarrer und Pfarrerrinnen zueinander und zu ihrer Gemeinde nach dem Recht der Vereinigten Kirche und der Gliedkirchen.

§ 36

Der Leitende Bischof oder die Leitende Bischöfin der Vereinigten Kirche und die Bischöfe und Bischöfinnen der Gliedkirchen sind im Rahmen der geltenden besonderen Bestimmungen zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung in den Gemeinden berechtigt. Das gleiche gilt für diejenigen, denen in ihren Gliedkirchen eine solche Befugnis zusteht.

2. In einer allgemeinkirchlichen Aufgabe

§ 37

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen, denen eine allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen ist, haben Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung im Rahmen ihrer besonderen Aufgabe.

(2) In der ihnen übertragenen allgemeinkirchlichen Aufgabe sollen Pfarrer und Pfarrerrinnen ihren Dienst gleicherweise zum Aufbau der Kirche wie der einzelnen Gemeinde ausrichten. Die ihnen obliegende Verantwortung für Geld und Gut haben sie gewissenhaft zu erfüllen. § 33 gilt sinngemäß.

(3) Dem Pfarrer und der Pfarrerin kann ein gottesdienstlicher Auftrag in einer bestimmten Gemeinde erteilt werden.

(4) Im Übrigen gilt für Gottesdienste und Amtshandlungen § 35 sinngemäß, soweit nicht § 36 Satz 2 anzuwenden ist.

(5) Die Gliedkirchen können bestimmen, dass eine allgemeinkirchliche Aufgabe befristet oder unbefristet übertragen wird.

3. In einem kirchenleitenden Amt

§ 38

(1) Ordinierte Inhaber und Inhaberinnen eines kirchenleitenden Amtes haben Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung im Rahmen ihrer Aufgabe. Ihnen obliegt die Sorge dafür, dass das Wort Gottes schrift- und bekenntnisgemäß verkündigt wird und die Sakramente recht verwaltet werden. Sie haben über Ausbildung und Fortbildung, Amts- und Lebensführung der Pfarrer und Pfarrerrinnen zu wachen und die Gemeinden mit ihren Gliedern zum rechten kirchlichen Leben anzuhalten. Sie haben die Einheit, das Recht und das Ansehen der Kirche zu wahren und zu festigen.

(2) Die ordinierten Mitglieder kirchenleitender Organe tragen im Rahmen ihrer Aufgabe eine gleiche Verantwortung.

(3) Das Recht der Vereinigten Kirche und der Gliedkirchen bestimmt, wer ordinierte Inhaber und Inhaberinnen eines kirchenleitenden Amtes und wer ordinierte Mitglieder eines kirchenleitenden Organs sind, welche Aufgaben ihnen zustehen und welche Rechtsstellung sie haben. Nach diesem Recht bestimmt sich auch, inwieweit und mit welchen Abwandlungen die Vorschriften dieses Kirchengesetzes auf sie anzuwenden sind.

VI. Abschnitt

Vom Verhalten des Pfarrers und der Pfarrerin

1. In der Gemeinschaft der Ordinierten

§ 39

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen stehen in der Gemeinschaft der Ordinierten.

(2) Sie sollen diese Gemeinschaft pflegen und bereit sein, in Lehre, Dienst und Leben Rat und Ermahnung zu geben und anzunehmen; sie sind nach Maßgabe des gliedkirchlichen Rechts verpflichtet, an Pfarrkonventen oder entsprechenden Einrichtungen teilzunehmen.

(3) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind verpflichtet, sich regelmäßig fortzubilden, insbesondere durch theologische Arbeit im Pfarrkonvent, durch Teilnahme an kirchlichen Fortbildungsveranstaltungen und durch Selbststudium. Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

(4) Alle Pfarrer und Pfarrerrinnen sollen einander Achtung und Ehre erweisen.

2. In Gemeinde und Kirche

§ 40

Pfarrer und Pfarrerrinnen sind auf die Fürbitte, den Rat und die Hilfe der Gemeinde angewiesen.

§ 41

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind verpflichtet, das Beichtgeheimnis gegenüber jedermann unverbrüchlich zu wahren.

(2) Ebenso haben Pfarrer und Pfarrerrinnen über alles, was ihnen in ihrer Eigenschaft als Seelsorger und Seelsorgerinnen anvertraut worden oder bekannt geworden ist, zu schweigen. Werden sie in Fällen, die nicht zur Beichte und zum Begehren der Absolution führen, von der Schweigepflicht durch den oder diejenige(n), der oder die sich ihnen anvertraut hat, entbunden, so sollen sie gleichwohl sorgfältig prüfen, ob und inwieweit sie Aussagen oder Mitteilungen verantworten können.

(3) Pfarrer und Pfarrerrinnen müssen bereit sein, Nachteile, die sich aus dem Beichtgeheimnis und der Schweigepflicht nach Absatz 1 oder 2 ergeben, auf sich zu nehmen.

§ 42

Über alle Angelegenheiten, die Pfarrern und Pfarrerrinnen sonst in Ausübung des Dienstes bekannt geworden und die ihrer Natur nach oder infolge besonderer Anordnungen vertraulich sind, haben sie Dienstverschwiegenheit zu bewahren. Über diese Angelegenheiten dürfen sie ohne dienstliche Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Dies gilt auch, wenn ein Dienstverhältnis nicht mehr besteht.

§ 43

Pfarrer und Pfarrerrinnen haben den dienstlichen Anordnungen nachzukommen, die die zur Leitung oder Aufsicht in der Kirche Berufenen im Rahmen ihres Auftrages erteilen.

§ 44

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind verpflichtet, besondere Aufgaben, die ihrer Vorbildung und ihrem Auftrag entsprechen, zu übernehmen.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind zu vorübergehender Vertretung anderer Pfarrer und Pfarrerrinnen, auch außerhalb ihres Dienstbereiches, verpflichtet, insbesondere wenn diese erkrankt oder beurlaubt sind. Das gleiche gilt für die Vertretung in Vakanzfällen.

(3) Notwendige Aufwendungen werden ersetzt. Es kann auch eine Entschädigung gewährt werden.

(4) Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 45

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind verpflichtet, am Dienstsitz zu wohnen. Eine für sie bestimmte Dienstwohnung haben sie zu beziehen. Ausnahmen können in besonders begründeten Fällen genehmigt werden.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen dürfen Teile der Dienstwohnung nur mit Genehmigung an Dritte überlassen. Ohne Genehmigung darf, auch von zu ihrem Hausstand gehörenden Personen, in der Dienstwohnung kein Gewerbe betrieben oder ein Beruf ausgeübt werden.

(3) Wird das Dienstverhältnis verändert oder beendet, so ist die Dienstwohnung freizumachen.

§ 46

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen haben sich in ihrem Dienstbereich aufzuhalten. Unter welchen Voraussetzungen sie sich außerhalb des Urlaubs aus ihrem Dienstbereich entfernen dürfen, wird besonders geregelt.

(2) Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 47

Verlassen Pfarrer und Pfarrerrinnen ohne Urlaub schuldhaft den Dienst, so verlieren sie für die Dauer der Abwesenheit den Anspruch auf Dienstbezüge. Der Verlust der Dienstbezüge ist festzustellen und dem Pfarrer und der Pfarrerin mitzuteilen. Die Möglichkeit, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

§ 48

Wird das Pfarrerdienstverhältnis verändert oder beendet, so haben Pfarrer und Pfarrerrinnen die in ihrem Besitz befindlichen amtlichen Schriftstücke und Gegenstände aller Art zu übergeben und über eine ihnen anvertraute Vermögensverwaltung Rechenschaft abzulegen. Stirbt der Pfarrer oder die Pfarrerin, so hat der Vertreter, die Vertreterin, der Nachfolger oder die Nachfolgerin sich diese Unterlagen aushändigen zu lassen.

§ 49

(1) In ihrem Auftreten sollen Pfarrer und Pfarrerrinnen stets die Würde des Amtes wahren.

(2) Bei Gottesdiensten und Amtshandlungen tragen sie die vorgeschriebene Amtskleidung. Das gleiche gilt bei besonde-

ren Anlässen, soweit es dem Herkommen entspricht oder angeordnet wird.

(3) Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 50

Die Unabhängigkeit der Pfarrer und Pfarrerinnen und das Ansehen des Amtes dürfen durch Annahme von Geschenken nicht beeinträchtigt werden. Deshalb ist es Pfarrern und Pfarrerinnen nicht gestattet, Geldgeschenke für sich persönlich anzunehmen; das Gleiche gilt für sonstige Geschenke, die das örtlich herkömmliche Maß überschreiten, sowie für letztwillige Zuwendungen. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann ausnahmsweise eine Einwilligung erteilt werden.

3. In Ehe und Familie

§ 51

Pfarrer und Pfarrerinnen sind auch in ihrer Lebensführung in Ehe und Familie ihrem Auftrag verpflichtet.

§ 52

Pfarrer und Pfarrerinnen haben ihre Eheschließung und die kirchliche Trauung alsbald anzuzeigen.

§ 53

(1) Werden gegen die Eheschließung des Pfarrers oder der Pfarrerin Bedenken erhoben, die in der Rücksicht auf ihren Auftrag oder die Gemeinde begründet sind, so ist im Einvernehmen mit dem Pfarrer oder der Pfarrerin der Dienst so zu regeln, wie es der Rücksicht auf ihren Auftrag und die Gemeinde entspricht.

(2) Kommt ein Einvernehmen nach Absatz 1 nicht zustande und ist zu erwarten, dass die Eheschließung dem Pfarrer oder der Pfarrerin die Ausübung des Dienstes unmöglich machen oder erheblich erschweren wird, so kann er oder sie ohne eigene Zustimmung versetzt werden. Ist zu erwarten, dass die Eheschließung dem Pfarrer oder der Pfarrerin die Ausübung des Dienstes auch in einer anderen Pfarrstelle oder in einer allgemeinkirchlichen Aufgabe unmöglich machen oder erheblich erschweren wird, so kann er oder sie in den Wartestand versetzt werden.

§ 54

(1) Erscheint in einer Pfarrerehe die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft oder ein Antrag auf Ehescheidung unvermeidbar, so hat der Pfarrer oder die Pfarrerin den Bischof oder die Bischöfin oder eine nach gliedkirchlichem Recht dazu beauftragte Person unverzüglich zu unterrichten. Im Gespräch soll erörtert werden, ob eine Aussöhnung möglich ist und welche Auswirkungen eine Trennung sowie der Umgang der Ehepartner miteinander auf den Dienst haben können. Der Pfarrer oder die Pfarrerin soll in dem Gespräch auf die Möglichkeit hingewiesen werden, sich seelsorgerlich begleiten zu lassen.

(2) Wird in einer Pfarrerehe die häusliche Gemeinschaft aufgehoben oder ein Antrag auf Ehescheidung gestellt, so hat der Pfarrer oder die Pfarrerin dieses auf dem Dienstweg unverzüglich anzuzeigen.

(3) Soweit es zur Beurteilung der Auswirkungen auf den Dienst erforderlich erscheint, können Auskünfte eingeholt und Unterlagen angefordert werden. Der Pfarrer oder die Pfarrerin ist insbesondere verpflichtet,

1. wesentliche gerichtliche Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft

und dem Ehescheidungsverfahren ergehen, auf dem Dienstweg vorzulegen und

2. alle Auskünfte zu erteilen und alle Unterlagen vorzulegen, die der Dienstherr im Rahmen seiner Beteiligung am Ehescheidungsverfahren benötigt.

Die Bestimmungen des kirchlichen Disziplinarrechts über das Recht, Auskünfte zu verweigern, gelten entsprechend.

(4) Wird in einer Pfarrerehe die häusliche Gemeinschaft aufgehoben und ist aus den Umständen zu schließen, dass die Ehegatten nicht beabsichtigen, die häusliche Gemeinschaft wieder herzustellen, so kann dem Pfarrer oder der Pfarrerin von diesem Zeitpunkt an die Ausübung des Dienstes vorläufig ganz oder teilweise untersagt werden. Unter denselben Voraussetzungen kann der Pfarrer oder die Pfarrerin in den Wartestand versetzt werden, wenn die Glaubwürdigkeit des Dienstes gefährdet oder der Frieden in der Gemeinde oder allgemeinkirchlichen Aufgabe gestört ist. § 84 Absatz 4 bleibt unberührt.

(5) Wenn dem Pfarrer oder der Pfarrerin nach Absatz 4 die Ausübung des Dienstes untersagt ist oder er oder sie sich im Wartestand befindet, kann ein anderer angemessener Auftrag erteilt werden. Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen nach Absatz 4 haben keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann die aufschiebende Wirkung nach den allgemeinen Vorschriften des in der Vereinigten Kirche und den Gliedkirchen jeweils geltenden Rechts angeordnet werden.

§ 55

Wird die Auflösung einer Ehe im Wege der Nichtigkeits- oder Aufhebungsklage angestrebt oder durchgeführt, so gilt § 54 sinngemäß.

4. In der Öffentlichkeit

§ 56

Pfarrer und Pfarrerinnen dürfen eine Nebentätigkeit (Nebenamt, Nebenbeschäftigung oder ein öffentliches oder kirchliches Ehrenamt) nur übernehmen, wenn dies mit ihrem Amt und mit der gewissenhaften Erfüllung ihrer Dienstpflichten vereinbar ist und kirchliche Interessen nicht entgegenstehen.

§ 56 a

(1) Pfarrer und Pfarrerinnen sind verpflichtet, auf Verlangen der Vereinigten Kirche oder ihrer Gliedkirche eine Nebentätigkeit im kirchlichen Interesse auch ohne Vergütung zu übernehmen, soweit sie die erforderliche Eignung dafür besitzen und ihnen die Übernahme zugemutet werden kann.

(2) Mit dem Beginn des Ruhestandes oder des Wartestanddes oder mit der Beendigung des Pfarrerdienstverhältnisses endet die Nebentätigkeit nach Absatz 1, wenn im Einzelfall nichts anderes bestimmt wird.

(3) Pfarrer und Pfarrerinnen, die aus einer auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung übernommenen Tätigkeit in einem Leitungs- oder Aufsichtsorgan einer juristischen Person haftbar gemacht werden, haben gegen die Vereinigte Kirche oder ihre Gliedkirche Anspruch auf Ersatz eines ihnen entstandenen Schadens. Hat der Pfarrer oder die Pfarrerin den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt, so besteht eine Ersatzpflicht nur, wenn der Pfarrer oder die Pfarrerin auf Verlangen einer Person oder Stelle gehandelt hat, deren Dienstaufsicht er oder sie untersteht.

§ 56 b

(1) Die Übernahme einer Nebentätigkeit bedarf der Einwilligung. Das gilt auch, wenn die Nebentätigkeit unentgeltlich

wahrgenommen wird. Die Einwilligung kann bedingt, befristet, widerruflich oder mit Auflagen versehen erteilt werden. Jede wesentliche Änderung der Nebentätigkeit ist unverzüglich anzuzeigen.

(2) Die Einwilligung ist zu versagen oder zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nach § 56 nicht oder nicht mehr vorliegen. Ein Versagungs- oder Widerrufsgrund liegt insbesondere vor, wenn zu besorgen ist, dass die Nebentätigkeit

1. nach Art und Umfang die Arbeitskraft des Pfarrers oder der Pfarrerin so stark in Anspruch nimmt, dass die gewissenhafte Erfüllung der Dienstpflichten behindert werden kann,
2. den Pfarrer oder die Pfarrerin in einen Widerstreit mit den Dienstpflichten bringen kann oder
3. geeignet ist, dem Ansehen der Kirche oder der Glaubwürdigkeit ihres Dienstes zu schaden.

§ 56 c

(1) Keiner Einwilligung und keiner Anzeige bedürfen folgende Nebentätigkeiten:

1. die unentgeltliche Vormundschaft, Betreuung oder Pflugschaft bei Angehörigen,
2. eine Testamentsvollstreckung nach dem Tod von Angehörigen,
3. die Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Pfarrers oder der Pfarrerin unterliegenden Vermögens,
4. die Tätigkeit in Pfarrvereinen oder anderen Berufsverbänden,
5. die Übernahme von Ehrenämtern,
6. eine nur gelegentlich ausgeübte schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit,
7. eine nur gelegentlich ausgeübte selbstständige Gutachterstätigkeit.

(2) Keiner Einwilligung, aber einer Anzeige bedürfen Nebentätigkeiten nach Absatz 1 Ziffern 6 und 7, wenn sie nicht nur gelegentlich ausgeübt werden.

(3) Aus begründetem Anlass kann verlangt werden, dass der Pfarrer oder die Pfarrerin über eine Nebentätigkeit nach Absatz 1 oder 2, insbesondere über deren Art und Umfang, schriftlich Auskunft erteilt.

(4) Die Übernahme oder Fortführung einer Nebentätigkeit nach Absatz 1 oder 2 ist zu untersagen, wenn ein Versagungsgrund nach § 56 b Abs. 2 gegeben ist. Sofern es zur sachgerechten und gewissenhaften Erfüllung des Dienstes erforderlich ist, kann die Nebentätigkeit auch bedingt, befristet, widerruflich oder mit Auflagen gestattet werden.

§ 56 d

(1) Die zur Ausführung der §§ 56 bis 56 c notwendigen Regelungen können die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich durch Rechtsverordnung erlassen.

(2) In der Rechtsverordnung kann auch bestimmt werden,

1. dass Pfarrer und Pfarrerrinnen verpflichtet sind, unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres eine Abrechnung über die Vergütungen und geldwerten Vorteile aus Nebentätigkeiten vorzulegen,
2. ob und inwieweit Pfarrer und Pfarrerrinnen verpflichtet sind, die Vergütung aus einer Nebentätigkeit an die Vereinigte Kirche oder ihre Gliedkirche abzuführen, und
3. unter welchen Voraussetzungen ein Pfarrer oder eine Pfarrerin zur Ausübung von Nebentätigkeiten Einrichtungen,

Personal oder Material der Vereinigten Kirche oder ihrer Gliedkirche in Anspruch nehmen darf und in welcher Höhe ein Entgelt hierfür zu entrichten ist.

§ 57

Pfarrer und Pfarrerrinnen dürfen eine Körperschaft oder Vereinigung nicht unterstützen, wenn sie dadurch in Widerspruch zu ihrem Auftrag treten oder wenn sie durch die Unterstützung in der Ausübung ihres Dienstes wesentlich behindert werden.

§ 58

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind auch bei politischer Betätigung ihrem Auftrag verpflichtet; sie sind ihren Dienst allen Gemeindegliedern ohne Ansehen ihrer politischen Einstellung schuldig. Sie haben die Grenzen zu beachten, die sich hieraus für Art und Maß ihres politischen Handelns ergeben.

(2) Wollen Pfarrer und Pfarrerrinnen bei der Wahl zu einer politischen Körperschaft kandidieren, so haben sie dies unverzüglich anzuzeigen.

(3) Ob und unter welchen Rechtsfolgen Pfarrer und Pfarrerrinnen beurlaubt werden oder in den Warte- oder Ruhestand treten, wenn sie bei der Wahl zu einer politischen Körperschaft kandidieren oder eine auf sie fallende Wahl angenommen haben, ist durch Kirchengesetz zu regeln.

§ 59

Die freiwillige Meldung eines Pfarrers zum Wehrdienst bedarf der vorherigen Zustimmung.

§ 60

Pfarrer und Pfarrerrinnen bedürfen zur Annahme staatlicher Orden und Ehrenzeichen der vorherigen Zustimmung. Zur Amtskleidung dürfen sie sie nicht tragen.

VII. Abschnitt

Visitation und Dienstaufsicht

1. Visitation

§ 61

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind verpflichtet, sich visitieren zu lassen (§ 3 Abs. 3 Satz 2). Sie haben Anspruch auf die Hilfe der Visitation.

(2) In der Visitation leistet die Kirche durch die Inhaber und Inhaberinnen der geistlichen Leitungs- und Aufsichtsämter den Pfarrern und Pfarrerrinnen und der Gemeinde einen besonderen Dienst. Die Visitation erstreckt sich auf Amtsführung und Verhalten der Pfarrer und Pfarrerrinnen und das Leben der Gemeinde. Sie soll dazu helfen, das geistliche Leben der besuchten Gemeinde zu fördern, die Pfarrer und Pfarrerrinnen zu beraten und zu stärken, die kirchliche Ordnung zu sichern und die Einheit der Kirche zu festigen.

(3) Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

2. Dienstaufsicht

§ 62

Sinn und Zweck der Dienstaufsicht über die Pfarrer und Pfarrerrinnen ist es, sie bei der Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben zu beraten, sie anzuleiten, zu ermahnen und notfalls zu rügen.

§ 63

Pfarrern und Pfarrerninnen, die in der Erledigung von Verwaltungsaufgaben säumig sind, kann nach vergeblicher Ermahnung eine Hilfskraft beigegeben werden. Diese Aufgaben können auch durch Beauftragte ausgeführt werden. Entstehende Kosten können dem Pfarrer oder der Pfarrerin auferlegt werden.

§ 64

(1) Pfarrern und Pfarrerninnen kann im Wege der Dienstaufsicht die Ausübung des Dienstes ganz oder teilweise bis zur Dauer von drei Monaten untersagt werden, wenn es um des Amtes willen dringend geboten erscheint. Der Pfarrer oder die Pfarrerin ist vorher zu hören. Eine Nachprüfung nach § 78 hat keine aufschiebende Wirkung.

(2) Die Möglichkeit, aufgrund anderer kirchengesetzlicher Vorschriften die Ausübung des Dienstes zu untersagen, bleibt unberührt.

§ 65

(1) Verletzen Pfarrer und Pfarrerninnen vorsätzlich oder grob fahrlässig die ihnen obliegenden Pflichten, so haben sie dem kirchlichen Rechtsträger, dessen Aufgaben sie wahrgenommen haben, den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen. Haben mehrere in einem Pfarrerdienstverhältnis stehende Personen den Schaden gemeinsam verursacht, so haften sie gesamtschuldnerisch.

(2) Die Ansprüche verjähren in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der kirchliche Rechtsträger von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat, ohne Rücksicht auf diese Kenntnis in zehn Jahren von der Begehung der Handlung an.

(3) Leistet der Pfarrer oder die Pfarrerin dem kirchlichen Rechtsträger Ersatz und hat dieser einen Ersatzanspruch gegen Dritte, so ist dem Pfarrer oder der Pfarrerin dieser Anspruch abzutreten.

VIII. Abschnitt

Verletzung von Pflichten

§ 66

(1) Pfarrer und Pfarrerninnen verletzen die Lehrverpflichtung, wenn sie öffentlich durch Wort oder Schrift in der Darbietung der christlichen Lehre oder in ihrem gottesdienstlichen Handeln in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche treten.

(2) Pfarrer und Pfarrerninnen verletzen ihre Amtspflicht, wenn sie auf andere Weise schuldhaft gegen die in der Ordination begründeten Pflichten oder sonstige Pflichten, die sich aus ihrem Dienst- und Treueverhältnis ergeben, verstoßen.

§ 67

(1) Betrifft die Verletzung der Lehrverpflichtung entscheidende Punkte des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses und hält der Pfarrer oder die Pfarrerin daran beharrlich fest, so bestimmen sich Verfahren und Rechtsfolgen nach den Vorschriften über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen.

(2) Das Verfahren und die Rechtsfolgen bei Verletzung der Amtspflicht regeln sich nach den Vorschriften des Disziplinargesetzes.

§ 68

Die Verletzung der Lehrverpflichtung gemäß § 66 Abs. 1 kann als solche nicht Gegenstand eines Verfahrens nach § 67

Abs. 2 sein; handelt der Pfarrer oder die Pfarrerin jedoch in verletzender oder sonst dem Auftrag nicht angemessener Weise, so bleibt die Möglichkeit, aus diesem Grunde ein Disziplinarverfahren durchzuführen, unberührt.

IX. Abschnitt

Schutz, Fürsorge, Beteiligung der Gesamtpfarrervertretung

§ 69

Pfarrer und Pfarrerninnen sind gegen Behinderung ihres Dienstes und ungerechtfertigte Angriffe auf ihre Person in Schutz zu nehmen.

§ 70

(1) Pfarrer und Pfarrerninnen haben Anspruch auf angemessenen Unterhalt für sich und ihre Familie, insbesondere durch Gewährung von Besoldung und Versorgung.

(2) Die Besoldung und Versorgung der Pfarrer und Pfarrerninnen sowie die Versorgung der Hinterbliebenen sind durch Kirchengesetz zu regeln.

(3) Pfarrer und Pfarrerninnen erhalten Umzugskosten- und Reisekostenvergütungen nach kirchlichen Bestimmungen. Krankheits- und Notstandsbeihilfen werden im Rahmen der allgemeinen Sorge für das Wohl des Pfarrers und der Pfarrerin und deren Familie gewährt.

§ 71

(1) Auf Pfarrerninnen ist das für die Kirchenbeamtinnen geltende Mutterschutzrecht entsprechend anzuwenden.

(2) Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 72

(1) Pfarrer und Pfarrerninnen erhalten Elternzeit entsprechend den für die Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen geltenden Bestimmungen nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6.

(2) Der Pfarrer oder die Pfarrerin behält die Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe nur dann, wenn Elternzeit für nicht länger als 18 Monate in Anspruch genommen wird. Eine Verlängerung der zunächst beantragten Elternzeit von nicht mehr als 18 Monaten innerhalb der 18-Monatsfrist muss spätestens bis zum Ablauf von 12 Monaten nach Antritt der Elternzeit beantragt werden. Wird Elternzeit beantragt, der über den Zeitraum von 18 Monaten hinausgeht, verliert der Pfarrer oder die Pfarrerin die übertragene Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe zum Zeitpunkt des Antritts der Elternzeit. Wird nach Satz 2 eine Verlängerung der Elternzeit beantragt, die insgesamt über die Zeit von 18 Monaten hinausgeht, verliert der Pfarrer oder die Pfarrerin die übertragene Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe mit Ablauf des Monats, in dem die ursprünglich genehmigte Elternzeit geendet hätte.

(3) Auf Antrag kann während der Elternzeit Teildienst bis zu drei Vierteln eines vollen Dienstumfangs gewährt werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Nimmt der Pfarrer oder die Pfarrerin während der Elternzeit Teildienst in der Pfarrstelle oder in einer allgemeinkirchlichen Aufgabe wahr, so kann ihm oder ihr die Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe abweichend von Absatz 2 belassen werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(4) Die Gliedkirchen können je für ihren Bereich durch Kirchengesetz von Absatz 2 Sätze 2 bis 4 und Absatz 3 abweichende Regelungen treffen.

(5) Die Gliedkirchen können je für ihren Bereich regeln, wie die Kirchengemeinden und Träger allgemeinkirchlicher Aufgaben vor der Entscheidung über den Antrag auf Elternzeit zu beteiligen sind.

(6) Behält der Pfarrer oder die Pfarrerin die Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe nicht, so gilt § 93 Abs. 2 entsprechend.

§ 73

(1) Sind bei Ausübung des Dienstes, ohne dass ein Dienstunfall eingetreten ist, Kleidungsstücke oder sonstige Gegenstände, die üblicherweise bei Wahrnehmung des Dienstes mitgeführt werden, beschädigt oder zerstört worden oder abhanden gekommen, so kann gegen Abtretung etwaiger Ersatzansprüche Ersatz geleistet werden.

(2) Ersatz wird nicht gewährt, wenn der Schaden durch ein vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten des Pfarrers oder der Pfarrerin herbeigeführt worden ist.

(3) Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 74

(1) Pfarrern und Pfarrerninnen steht jährlich Erholungsurlaub unter Fortzahlung der Dienstbezüge zu.

(2) Pfarrern und Pfarrerninnen kann aus wichtigen Gründen Sonderurlaub gewährt werden. Dabei können ihnen die Dienstbezüge belassen werden, wenn ein besonderes dienstliches Interesse besteht.

(3) Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 75

(1) Über jeden Pfarrer und jede Pfarrerin ist eine Personalakte zu führen. Sie ist vertraulich zu behandeln und vor unbefugter Einsicht zu schützen.

(2) Zur Personalakte gehören alle Unterlagen, die den Pfarrer oder die Pfarrerin betreffen, soweit sie mit seinem oder ihrem Dienstverhältnis in einem unmittelbaren inneren Zusammenhang stehen; hierzu gehören auch in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten (Personalaktendaten). Unterlagen, die besonderen, von der Person und dem Pfarrerdienstverhältnis sachlich zu trennenden Zwecken dienen, insbesondere Prüfungsakten, sind nicht Bestandteil der Personalakten. Wird die Personalakte in Grund- und Teilakten gegliedert, so ist in die Grundakte ein vollständiges Verzeichnis aller Teilakten aufzunehmen. Ist die Führung von Nebenakten erforderlich, ist auch dies in der Grundakte zu vermerken.

(3) Personalaktendaten dürfen nur für Zwecke der Personalverwaltung oder Personalwirtschaft verwendet werden. Soweit in diesem Kirchengesetz nichts anderes bestimmt ist, richten sich Verarbeitung und Nutzung sowie die Übermittlung der Personalaktendaten nach den kirchengesetzlichen Vorschriften über den Datenschutz.

(4) Pfarrer und Pfarrerninnen sind zu Beschwerden, Behauptungen und Bewertungen, die für sie ungünstig sind oder ihnen nachteilig werden können, vor deren Aufnahme in die Personalakte zu hören. Die Äußerung des Pfarrers oder der Pfarrerin ist zur Personalakte zu nehmen. Anonyme Schreiben dürfen nicht in die Personalakte aufgenommen werden.

(5) Unterlagen über Beschwerden, Behauptungen und Bewertungen sind, falls sie

1. sich als unbegründet oder falsch erwiesen haben, mit Zustimmung des Pfarrers oder der Pfarrerin unverzüglich

aus der Personalakte zu entfernen und zu vernichten,

2. für den Pfarrer oder die Pfarrerin ungünstig sind oder ihm oder ihr nachteilig werden können, auf Antrag des Pfarrers oder der Pfarrerin nach fünf Jahren zu entfernen und zu vernichten; dies gilt nicht für dienstliche Beurteilungen.

Die Frist nach Satz 1 Nr. 2 wird durch erneute Vorwürfe zur selben Sache im Sinne dieser Vorschrift oder durch die Einleitung eines Straf-, Disziplinar- oder Lehrbeanstandungsverfahren unterbrochen. Stellt sich der erneute Vorwurf als unbegründet oder falsch heraus, gilt die Frist als nicht unterbrochen.

(6) Mitteilungen in Strafsachen, soweit sie nicht Bestandteil einer Disziplinarakte sind, sowie Auskünfte aus dem Bundeszentralregister sind mit Zustimmung des Pfarrers oder der Pfarrerin nach drei Jahren zu entfernen und zu vernichten. Absatz 5 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(7) Die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen werden ermächtigt, je für ihren Bereich die Fristen des Absatzes 5 Satz 1 Nr. 2 und des Absatzes 6 Satz 1 durch kirchengesetzliche Regelungen zu verkürzen oder zu verlängern.

§ 76

(1) Pfarrer und Pfarrerninnen haben, auch nach Beendigung des Pfarrerdienstverhältnisses, ein Recht auf Einsicht in ihre vollständige Personalakte. Dies gilt ebenso für die von ihnen beauftragten Ehegatten, Kinder oder Eltern.

(2) Bevollmächtigten eines Pfarrers oder einer Pfarrerin ist Einsicht zu gewähren, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Dies gilt auch für Hinterbliebene, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird, und für deren Bevollmächtigte. Bevollmächtigt werden kann nur, wer einem in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnis angehört und zu kirchlichen Ämtern wählbar ist.

(3) Pfarrer und Pfarrerninnen haben ein Recht auf Einsicht auch in andere Schriftstücke, die personenbezogene Daten über sie enthalten und für ihr Dienstverhältnis verarbeitet und genutzt werden, soweit kirchengesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn die Daten der Betroffenen mit Daten Dritter oder Daten, die nicht personenbezogen sind, und deren Kenntnis die Wahrnehmung des kirchlichen Auftrags gefährden könnte, derart verbunden sind, dass ihre Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist. In diesem Fall ist den Betroffenen Auskunft zu erteilen. Das Recht auf Einsicht in die Ausbildungs- und Prüfungsakten regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

(4) Das Recht auf Auskunft steht dem Recht auf Einsicht gleich; insoweit gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

(5) Werden in einem Erhebungsverfahren nach § 87 Abs. 1 Teilakten geführt, so haben Pfarrer und Pfarrerninnen ein Recht auf Einsicht in diese Teilakten und ein Recht auf Unterrichtung über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten für diese Akten nur, soweit dies ohne Gefährdung des Erhebungszwecks möglich ist. Die Bestimmungen des Disziplinargesetzes über die Einsicht in Ermittlungsakten bleiben unberührt.

(6) Kenntnisse, die durch Akteneinsicht erlangt sind, unterliegen der Dienstverschwiegenheit gemäß § 42.

§ 77

(1) Pfarrer und Pfarrerninnen können gegen die Entscheidung einer übergeordneten Stelle bei dieser Gegenvorstellung erheben. Sie ist auf dem Dienstwege vorzubringen. Un-

berührt bleiben besondere Bestimmungen, nach denen ein Rechtsmittel eingelegt werden kann.

(2) Pfarrern oder Pfarrerinnen bleibt es unbenommen, sich, wenn sie der seelsorgerlichen Beratung bedürfen, unmittelbar an den Bischof oder die Bischöfin oder an andere ordinierte Inhaber und Inhaberinnen eines kirchenleitenden Amtes zu wenden.

§ 78

(1) Für Rechtsstreitigkeiten aus dem Pfarrerdienstverhältnis ist nach Maßgabe des in der Vereinigten Kirche und den Gliedkirchen jeweils geltenden Rechts der Rechtsweg zu den kirchlichen Verwaltungsgerichten oder einer Schlichtungsstelle eröffnet.

(2) Die Vereinigte Kirche und die Gliedkirchen regeln je für ihren Bereich, ob vor Eröffnung des Rechtsweges ein kirchliches Vorverfahren erforderlich ist.

(3) Die in der Anlage zu diesem Kirchengesetz geregelte Ordnung für das Schlichtungsverfahren ist Bestandteil dieses Kirchengesetzes.

§ 79

(weggefallen)

§ 80

Bei der Vorbereitung allgemeiner dienstrechtlicher Vorschriften, die die Vereinigte Kirche mit Wirkung für die Gliedkirchen erlässt, ist die bei der Vereinigten Kirche bestehende Pfarrergesamtvertretung zu beteiligen. Das Nähere über die Bildung und Zusammensetzung der Pfarrergesamtvertretung sowie die Form der Beteiligung nach Satz 1 regelt die Vereinigte Kirche durch Rechtsverordnung.

X. Abschnitt

Veränderungen des Pfarrerdienstverhältnisses

1. Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe, Abordnung, Beurlaubung, Freistellung vom Dienst aus familiären oder anderen Gründen, Übernahme, Zuweisung und Umwandlung eines Dienstverhältnisses

a) Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe

aa) Allgemeines

§ 81

(1) Inhaber und Inhaberinnen von Pfarrstellen sind grundsätzlich unversetzbar. Eine andere Pfarrstelle oder eine allgemeinkirchliche Aufgabe kann übertragen werden, wenn der Pfarrer oder die Pfarrerin

1. sich um die andere Verwendung nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen bewirbt,
2. der Übertragung zustimmt,
3. nach Maßgabe des § 83 auf eine andere Pfarrstelle versetzt wird.

(2) Pfarrern und Pfarrerinnen ist eine andere Pfarrstelle oder eine allgemeinkirchliche Aufgabe zu übertragen, wenn die Übertragung der bisherigen Pfarrstelle nach Maßgabe der §§ 86 und 87 aufgehoben wird.

(3) Die Versetzung aus einer allgemeinkirchlichen Aufgabe richtet sich nach den §§ 89 und 90.

bb) Übertragung einer anderen Pfarrstelle auf Bewerbung oder mit Zustimmung

§ 82

Wird dem Pfarrer oder der Pfarrerin aufgrund einer Bewerbung oder mit eigener Zustimmung eine andere Pfarrstelle übertragen, so gelten die §§ 24 und 25 entsprechend. Wird dem Pfarrer oder der Pfarrerin eine andere Pfarrstelle in der bisherigen Gemeinde übertragen, so findet in der Regel keine gottesdienstliche Einführung statt.

cc) Versetzung aus allgemeinen Gründen

§ 83

(1) Ohne Bewerbung und ohne ihre Zustimmung können Inhaber und Inhaberinnen einer Pfarrstelle vorbehaltlich weiterer kirchengesetzlicher Regelungen versetzt werden, wenn

1. sie mindestens zehn Jahre in derselben Gemeinde beschäftigt waren und das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
2. die Wahrnehmung eines mit der Pfarrstelle verbundenen Aufsichtsamtes endet,
3. die Pfarrstelle aufgehoben wird oder unbesetzt sein soll oder für die Pfarrstelle ein anderer Dienstumfang festgelegt wird,
4. ihre Ehe rechtskräftig geschieden worden ist oder die Eheleute getrennt leben und aus den Umständen zu schließen ist, dass ein Ehegatte nicht beabsichtigt, zu seinem Ehegatten zurückzukehren,
5. sie wegen ihres Gesundheitszustandes in der Ausübung ihres Dienstes erheblich behindert sind,
6. ein Fall des § 53 Abs. 2 Satz 1 vorliegt.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 beginnt eine neue Frist von zehn Jahren, wenn nicht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Frist ein Antrag vom Kirchenvorstand oder von dem Visitator oder der Visitatorin gestellt oder das Versetzungsverfahren von Amts wegen eingeleitet worden ist.

(3) Die Gliedkirchen können je für ihren Bereich durch Kirchengesetz die Anwendung von Absatz 1 Nr. 1 ausschließen oder Regelungen treffen, die von Absatz 1 Nr. 1 und Absatz 2 abweichen.

(4) Vor einer Versetzung sind der Pfarrer oder die Pfarrerin, der Kirchenvorstand, eine Vertretung der Pfarrerschaft und der Visitator oder die Visitatorin zu hören.

(5) Bei der Versetzung sollen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten die persönlichen Verhältnisse des Pfarrers oder der Pfarrerin berücksichtigt werden.

(6) Die Umzugskosten sind zu ersetzen.

(7) Sind mehrere selbständige Gemeinden unter einem gemeinsamen Pfarramt verbunden, so regeln die Gliedkirchen die Zuständigkeiten nach den Absätzen 2 und 4.

§ 84

(1) Vor einer Versetzung nach § 83 soll dem Pfarrer oder der Pfarrerin Gelegenheit gegeben werden, sich innerhalb einer Frist von bis zu sechs Monaten um eine andere Pfarrstelle oder um eine allgemeinkirchliche Aufgabe zu bewerben.

(2) Ist die Versetzung nach § 83 aus Gründen, die der Pfarrer oder die Pfarrerin nicht zu vertreten hat, binnen Jahresfrist nicht durchführbar, so ist er oder sie in den Wartestand zu versetzen.

(3) Weigert sich der Pfarrer oder die Pfarrerin, der Versetzung nach § 83 Folge zu leisten, so ist er oder sie in den Ruhestand zu versetzen.

(4) An Stelle einer Versetzung nach § 83 kann der Pfarrer oder die Pfarrerin auf eigenen Antrag in den Wartestand versetzt werden.

§ 85

(1) Über die Versetzung sowie über die Versetzung in den Wartestand nach § 84 Abs. 3 und über die Versetzung in den Ruhestand nach § 84 Abs. 4 ist dem Pfarrer oder der Pfarrerin ein schriftlicher Bescheid zuzustellen.

(2) Bei der Versetzung gilt § 82 entsprechend.

dd) Aufhebung der Übertragung einer Pfarrstelle mangels gedeihlichen Wirkens und Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder einer allgemeinkirchlichen Aufgabe

§ 86

(1) Die Übertragung einer Pfarrstelle ist ohne Zustimmung des Pfarrers oder der Pfarrerin aufzuheben, wenn ein gedeihliches Wirken auf der bisherigen Pfarrstelle oder in einem mit der Pfarrstelle verbundenen Aufsichtsamt nicht mehr gewährleistet ist. Der Grund braucht dabei nicht in dem Verhalten des Pfarrers oder der Pfarrerin zu liegen.

(2) Die Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe nach Aufhebung der Übertragung der bisherigen Pfarrstelle nach Absatz 1 richtet sich nach Maßgabe des § 88 nach den allgemeinen Vorschriften.

§ 87

(1) Zur Feststellung des Sachverhalts im Falle des § 86 Abs. 1 sind die erforderlichen Erhebungen durchzuführen. Vor Einleitung der Erhebungen ist der Pfarrer oder die Pfarrerin zu hören. Der Kirchenvorstand, der Visitator oder die Visitatorin sind während der Erhebungen zu hören. Die Vertretung der Pfarrerschaft ist zu hören, sofern der Pfarrer oder die Pfarrerin nicht widerspricht. Untersuchungen nach § 105 Abs. 3 können angeordnet werden. Liegt der Grund zu dem Verfahren nach Satz 1 in dem Verhalten des Pfarrers oder der Pfarrerin, so bleibt die Möglichkeit, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, unberührt.

(2) Für die Dauer der Erhebungen nach Absatz 1 nimmt der Pfarrer oder die Pfarrerin den Dienst in der ihm oder ihr übertragenen Pfarrstelle nicht wahr. Während dieser Zeit soll eine angemessene Aufgabe übertragen werden. Es kann auch bestimmt werden, dass der Dienst in der übertragenen Pfarrstelle fortgeführt wird.

(3) Ergeben die Erhebungen, dass ein gedeihliches Wirken auf der bisherigen Pfarrstelle oder in einem mit der Pfarrstelle verbundenen Aufsichtsamt nicht mehr gewährleistet ist, so ist die Übertragung der Pfarrstelle aufzuheben und der Pfarrer oder die Pfarrerin in den Wartestand zu versetzen. Er oder sie ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn nach dem Ergebnis der Erhebungen auch in einer anderen als der bisherigen Gemeinde oder in einer anderen allgemeinkirchlichen Aufgabe kein gedeihliches Wirken zu erwarten ist.

(4) Rechtsbehelfe gegen die in Absatz 3 genannten Maßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann die aufschiebende Wirkung nach den allgemeinen Vorschriften des in der Vereinigten Kirche und den Gliedkirchen jeweils geltenden Rechts angeordnet werden. Die Pfarrstelle kann einem anderen Pfarrer oder einer anderen Pfarrerin erst

übertragen werden, wenn die in Absatz 3 genannten Maßnahmen bestandskräftig geworden sind.

§ 88

(1) Werden Pfarrer oder Pfarrerrinnen nach § 87 Abs. 3 Satz 1 in den Wartestand versetzt, so richtet sich ihr Rechtsstatus nach den allgemeinen Bestimmungen über den Wartestand, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt wird.

(2) Abweichend von § 102 Abs. 1 ist dem Pfarrer oder der Pfarrerin Gelegenheit zu geben, sich innerhalb einer bestimmten Frist um eine andere Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe zu bewerben; dabei kann die Bewerbungsmöglichkeit beschränkt werden. Die Bewerbung um eine Pfarrstelle der bisherigen Gemeinde ist ausgeschlossen.

(3) Unterlässt der Pfarrer oder die Pfarrerin eine Bewerbung oder führt sie innerhalb der gesetzten Frist nicht zum Erfolg, so kann dem Pfarrer oder der Pfarrerin eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen werden. Bei der Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder einer allgemeinkirchlichen Aufgabe sollen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten die persönlichen Verhältnisse des Pfarrers oder der Pfarrerin berücksichtigt werden.

(4) Abweichend von § 108 Abs. 2 ist der Pfarrer oder die Pfarrerin nach dreijähriger Dauer des Wartestandes in den Ruhestand zu versetzen. § 108 Abs. 3 gilt entsprechend.

(5) Der Pfarrer oder die Pfarrerin kann auch während der Dauer des Wartestandes in den Ruhestand versetzt werden, wenn neue Tatsachen festgestellt werden, die erkennen lassen, dass ein gedeihliches Wirken in einer Gemeinde oder einer allgemeinkirchlichen Aufgabe nicht zu erwarten ist.

(6) Das Wartegeld wird für die Dauer von sechs Monaten von der Bestandskraft der Versetzung in den Wartestand an in Höhe der bisherigen Besoldung gewährt, längstens jedoch für die Dauer von einem Jahr nach Erlass der Entscheidung nach § 87 Abs. 3 Satz 1. Die Gliedkirchen werden ermächtigt, die Frist nach Satz 1 durch kirchengesetzliche Regelung zu verkürzen.

ee) Änderung und Aufhebung der Übertragung einer allgemeinkirchlichen Aufgabe

§ 89

(1) Pfarrern und Pfarrerrinnen, denen eine allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen ist, kann eine andere allgemeinkirchliche Aufgabe oder eine Pfarrstelle übertragen werden, wenn dafür ein kirchliches Interesse besteht; sie sind vorher zu hören.

(2) Das Recht, sich um eine Pfarrstelle zu bewerben, bleibt unberührt.

(3) Die §§ 82, 83 Abs. 5 und 6 sowie die §§ 84 Abs. 3 und 4 und 85 Abs. 1 gelten entsprechend.

§ 90

Die Übertragung einer allgemeinkirchlichen Aufgabe ist aufzuheben, wenn ein gedeihliches Wirken in dieser Aufgabe nicht mehr gewährleistet ist. Die §§ 86 Abs. 2, 87 und 88 gelten entsprechend.

b) Abordnung

§ 91

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen können zur vorübergehenden Beschäftigung oder zur Wahrnehmung besonderer kirchlicher Aufgaben unter Fortzahlung ihrer Dienstbezüge abgeordnet werden.

(2) Die Abordnung kann ohne Zustimmung des Pfarrers oder der Pfarrerin bis zur Dauer von sechs Monaten ausgesprochen werden. Die Abordnung kann ohne Zustimmung bis zur Dauer von sechs Monaten verlängert werden. § 83 Abs. 4 gilt entsprechend.

c) Beurlaubung

§ 92

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen können auf ihren Antrag oder mit ihrer Zustimmung zur Wahrnehmung eines anderen kirchlichen Dienstes sowie zur Übernahme von Aufgaben, die im kirchlichen Interesse liegen, beurlaubt werden. Die Beurlaubung kann befristet oder unbefristet ausgesprochen werden.

(2) Bei der Beurlaubung ist gleichzeitig zu entscheiden, ob die zu Beurlaubenden die Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe sowie für die Dauer der Beurlaubung die Dienstbezüge behalten oder verlieren. Die im Zeitpunkt der Beurlaubung erworbenen Rechte und Anwartschaften bleiben gewahrt.

(3) Bei Rückkehr werden Pfarrer und Pfarrerrinnen nach Möglichkeit ihrer früheren Tätigkeit entsprechend verwendet. Die während der Beurlaubung geleistete Dienstzeit wird auf die Besoldung und Versorgung angerechnet.

(4) Beurlaubte unterstehen, unbeschadet ihres neu eingegangenen Dienstverhältnisses, in ihrer Lehre und Amts- und Lebensordnung der Aufsicht derjenigen Kirche, die sie beurlaubt hat.

(5) Ist in Kirchengesetzen eine Freistellung vorgesehen, so gilt diese als Beurlaubung, soweit nicht die Entlassung aus dem Dienst nach den §§ 112 bis 115 vorgesehen ist.

d) Freistellung vom Dienst aus familiären oder anderen Gründen

§ 93

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen können auf ihren Antrag bis zur Dauer von drei Jahren unter Verlust der Pfarrstelle ohne Dienstbezüge beurlaubt werden, wenn

1. sie mit einem Kind unter sechs Jahren oder mindestens zwei Kindern unter zehn Jahren in häuslicher Gemeinschaft leben und diese Kinder auch tatsächlich betreuen,
2. andere wichtige familiäre Gründe vorliegen.

Die Beurlaubung nach Satz 1 kann auf Antrag verlängert werden. Der Antrag auf Verlängerung der Beurlaubung muss spätestens sechs Monate vor Ablauf der Beurlaubung gestellt werden. Vor der Beurlaubung soll auf die Rechtsfolgen nach den Absätzen 2 und 3 hingewiesen werden.

(2) Nach Absatz 1 Beurlaubte sind verpflichtet, sich rechtzeitig vor Ablauf der Beurlaubung um eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe zu bewerben. Führt die Bewerbung vor dem Ende der Beurlaubung nicht zum Erfolg, so kann ihnen von Amts wegen eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen werden; bei der Übertragung sollen die persönlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Tritt ein Pfarrer oder eine Pfarrerin den Dienst in einer übertragenen Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe nicht an oder unterlässt er oder sie die Bewerbung, so scheidet er oder sie mit dem Ende der Beurlaubung aus dem Dienst aus.

(3) Steht einem Pfarrer oder einer Pfarrerin keine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe zur Verfügung, so wird die Beurlaubung nach Absatz 1 um die Zeit verlängert, die erforderlich ist, um ihm oder ihr eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe zu übertragen. Die Verlängerung erfolgt

für höchstens ein Jahr. Ist diese Frist erfolglos abgelaufen, so ist der Pfarrer oder die Pfarrerin in den Wartestand zu versetzen. Der Pfarrer oder die Pfarrerin ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn der Wartestand nicht binnen dreier Jahre durch Übertragung einer Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe endet.

(4) Bei Maßnahmen nach Absatz 1 sind der Kirchenvorstand und der Visitor oder die Visitorin, bei Maßnahmen nach Absatz 2 Satz 2 ist der Pfarrer oder die Pfarrerin zu hören.

(5) Nach Absatz 1 Beurlaubte unterstehen in ihrer Lehre und Amts- und Lebensführung der Aufsicht der Kirche, die sie beurlaubt hat; sie sollen an Fortbildungsveranstaltungen nach § 39 Abs. 3 teilnehmen. Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

(6) Die Gliedkirchen können die Anwendung der Absätze 1 bis 3 durch Kirchengesetz ausschließen oder abweichende Regelungen treffen.

§ 94

(1) Unter den Voraussetzungen des § 93 Abs. 1 Satz 1 kann das Dienstverhältnis der Pfarrer und Pfarrerrinnen auf ihren Antrag oder mit ihrer Zustimmung in ein Dienstverhältnis mit eingeschränkter Aufgabe umgewandelt werden, wenn dafür ein kirchliches Bedürfnis besteht. Diese Aufgabe muss mindestens die Hälfte eines vollen Dienstes umfassen und darf nur erteilt werden, wenn es sich hierbei um arbeitsmäßig abgrenzbare Teilbereiche aus der Tätigkeit des Inhabers oder der Inhaberin einer Pfarrstelle oder eines Pfarrers oder einer Pfarrerin mit allgemeinkirchlicher Aufgabe handelt. Vor der Umwandlung des Dienstverhältnisses soll auf die Rechtsfolgen nach den Absätzen 2 und 3 hingewiesen werden.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen mit eingeschränkter Aufgabe nach Absatz 1 sind verpflichtet, sich rechtzeitig vor dem Ende dieser Aufgabe um eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe zu bewerben. Führt die Bewerbung vor dem Ende der Aufgabe nicht zum Erfolg, so kann ihnen von Amts wegen eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen werden; bei der Übertragung sollen die persönlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Tritt ein Pfarrer oder eine Pfarrerin den Dienst in einer übertragenen Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe nicht an oder unterlässt er oder sie die Bewerbung, so scheidet er oder sie mit dem Ende der Aufgabe aus dem Dienst aus.

(3) Steht einem Pfarrer oder einer Pfarrerin keine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe zur Verfügung, so wird die eingeschränkte Aufgabe nach Absatz 1 um die Zeit verlängert, die erforderlich ist, um eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe zu übertragen. Die Verlängerung erfolgt für höchstens ein Jahr. Ist diese Frist erfolglos abgelaufen, so ist der Pfarrer oder die Pfarrerin in den Wartestand zu versetzen. Der Pfarrer oder die Pfarrerin ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn der Wartestand nicht binnen dreier Jahre durch Übertragung einer Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe endet.

(4) § 93 Abs. 4 und 6 gilt entsprechend.

§ 95

(1) Die Beurlaubung nach § 93 und die Verwendung in einem Dienstverhältnis mit eingeschränkter Aufgabe nach § 94 dürfen zusammen eine Dauer von zehn Jahren, die Beurlaubung allein eine Dauer von fünf Jahren nicht überschreiten. In Ausnahmefällen kann die Beurlaubung mit Zustimmung des Pfarrers oder der Pfarrerin verlängert werden, jedoch nur bis zur Höchstdauer von sieben Jahren. Während der Beurlaubung

bung und der Verwendung in einem Dienstverhältnis mit eingeschränkter Aufgabe dürfen nur solche Nebentätigkeiten gestattet werden, die dem Zweck der Maßnahmen nach den §§ 93 und 94 nicht zuwiderlaufen. Die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen können je für ihren Bereich die Fristen in den Sätzen 1 und 2 verlängern.

(2) Während der Beurlaubung nach § 93 Abs. 1 und 3 können Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung widerrufen belassen werden.

§ 95 a

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen können aus anderen als familiären Gründen auf ihren Antrag bis zur Dauer von fünf Jahren ohne Dienstbezüge beurlaubt werden, wenn kirchliche Interessen, bei Inhabern und Inhaberinnen von Pfarrstellen auch Interessen der Gemeinde, nicht entgegenstehen.

(2) Mit dem Beginn der Beurlaubung verlieren Pfarrer und Pfarrerrinnen die Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe. Die im Zeitpunkt der Beurlaubung erworbenen Rechte und Anwartschaften bleiben gewahrt. § 93 Abs. 2, 3 und 5 gilt entsprechend.

e) Übernahme

§ 96

(1) Werden Pfarrer und Pfarrerrinnen einer Gliedkirche auf eigenen Antrag oder mit ihrer Zustimmung von einer anderen Gliedkirche übernommen, so gilt das Pfarrerdienstverhältnis als fortgesetzt; gleiches gilt für Pfarrer und Pfarrerrinnen einer Gliedkirche, die von der Vereinigten Kirche übernommen werden und umgekehrt. An die Stelle der Rechte und Pflichten aus dem bisherigen Dienstverhältnis treten die Rechte und Pflichten nach dem Recht der übernehmenden Gliedkirche. Für die Übernahme gelten die §§ 24 und 25 entsprechend.

(2) Durch die Übernahme sollen die Pfarrer und Pfarrerrinnen in ihren bis zur Übernahme erworbenen Rechten nicht geschmälert werden.

(3) Durch Vereinbarung ist der Zeitpunkt der Übernahme und der Umfang der Beteiligung an der Versorgung des übernommenen Pfarrers oder der übernommenen Pfarrerin zu regeln.

(4) Für Pfarrer und Pfarrerrinnen einer anderen Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

f) Zuweisung

§ 97

(1) Pfarrern und Pfarrerrinnen kann im kirchlichen Interesse mit ihrer Zustimmung vorübergehend eine ihrem Amt entsprechende Tätigkeit bei einer Einrichtung oder einem Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches dieses Kirchengesetzes zugewiesen werden.

(2) Die Rechtsstellung des Pfarrers oder der Pfarrerin bleibt unberührt.

g) Umwandlung des Dienstverhältnisses

§ 98

Das Pfarrerdienstverhältnis kann in ein Kirchenbeamtenverhältnis im Bereich der Gliedkirche umgewandelt werden, wenn ein dienstliches Bedürfnis besteht. In diesem Fall wird das Pfarrerdienstverhältnis als Kirchenbeamtenverhältnis fortgesetzt. Hat der Pfarrer oder die Pfarrerin die Umwand-

lung nicht beantragt, so bedarf sie seiner oder ihrer Zustimmung.

2. Wartestand und Ruhestand

a) Allgemeines

§ 99

Pfarrer und Pfarrerrinnen können nur in den kirchengesetzlich vorgesehenen Fällen in den Warte- oder Ruhestand versetzt werden.

§ 100

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen erhalten über die Versetzung in den Warte- oder Ruhestand eine Urkunde, in der bestimmt wird, von welchem Zeitpunkt an diese Versetzung wirksam wird; dieser Zeitpunkt darf nicht vor dem Tag der Zustellung liegen. Satz 1 gilt nicht für den Fall des § 87 Abs. 3 und die kirchengesetzlich geregelten Fälle des Eintritts in den Warte- oder Ruhestand.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen im Warte- oder Ruhestand haben alles zu vermeiden, was den Dienst ihrer Amtsnachfolger und Amtsnachfolgerinnen erschweren kann.

(3) Pfarrern und Pfarrerrinnen im Warte- oder Ruhestand können Beschränkungen in der Ausübung von Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung, zum Führen der Amtsbezeichnung und etwaiger kirchlicher Titel und zum Tragen der Amtskleidung auferlegt werden, wenn die Rücksicht auf Amt und Gemeinde dies gebietet.

(4) Ist ein Pfarrer oder eine Pfarrerin durch rechtskräftiges Urteil eines Disziplinargerichts in den Warte- oder Ruhestand versetzt worden, so können in dem Urteil nicht vorgesehene Beschränkungen im Sinne des Absatzes 2 nur dann auferlegt werden, wenn

1. das Disziplinargericht solche Maßnahmen ausdrücklich deswegen nicht verhängt hat, weil es dies der für Maßnahmen nach Absatz 2 zuständigen Stelle überlassen wollte oder
2. nach Verkündung des Urteils Umstände bekannt geworden sind oder neue Gründe vorliegen, die eine solche Maßnahme rechtfertigen.

b) Wartestand

§ 101

(1) Das Pfarrerdienstverhältnis wird durch die Versetzung in den Wartestand nicht beendet. Pfarrer und Pfarrerrinnen verlieren jedoch mit dem Beginn des Wartestandes die übertragene Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe und, soweit nichts anderes bestimmt wird, die sonst übertragenen Aufgaben und Funktionen.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen im Wartestand erhalten Wartegeld, soweit kirchengesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(3) Für Pfarrer und Pfarrerrinnen im Wartestand gilt § 56 bis § 56 d entsprechend.

(4) Pfarrer und Pfarrerrinnen im Wartestand sind verpflichtet, an Fortbildungsveranstaltungen nach § 39 Abs. 3 teilzunehmen. Das Nähere regeln die Vereinigte Kirche und die Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 102

(1) Pfarrern und Pfarrerrinnen im Wartestand kann gestattet werden, sich um eine Pfarrstelle zu bewerben. Satz 1 gilt nicht für nach dem Disziplinargesetz in den Wartestand Versetzte.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen im Wartestand sind verpflichtet, Aufgaben, die ihnen zuzumuten sind, zu übernehmen. Dabei sollen die persönlichen Verhältnisse berücksichtigt werden.

(3) Erfüllen Pfarrer und Pfarrerrinnen im Wartestand ohne hinreichende Gründe die ihnen nach Absatz 2 obliegende Pflicht nicht, so verlieren sie für die Dauer der Weigerung ihren Anspruch auf Wartegeld; sie können auch in den Ruhestand versetzt werden. Die Möglichkeit, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

§ 103

Der Wartestand endet durch

1. erneute Übertragung einer Pfarrstelle oder allgemeiner kirchlichen Aufgabe,
2. Versetzung in den Ruhestand oder
3. Beendigung des Pfarrerdienstverhältnisses.

c) Ruhestand

§ 104

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen treten mit dem Ende des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, in den Ruhestand.

(2) Pfarrer und Pfarrerrinnen können auch ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie

1. das 62. Lebensjahr oder
2. als Schwerbehinderte im Sinne des § 1 des Schwerbehindertengesetzes das 60. Lebensjahr

vollendet haben.

Die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen können bestimmen, dass dem Antrag nach Satz 1 Nr. 2 nur entsprochen werden darf, wenn sich der Pfarrer oder die Pfarrerrin unwiderruflich dazu verpflichtet, zu einem von dem kirchlichen Rechtsträger zu bestimmenden Höchstbetrag aus Beschäftigungen oder Erwerbstätigkeiten nicht mehr hinzuzuverdienen.

(3) Mit Zustimmung des Pfarrers oder der Pfarrerrin kann der Eintritt in den Ruhestand bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres hinausgeschoben werden.

(4) Die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen können je für ihren Bereich durch Kirchengesetz von den in den Absätzen 1 bis 3 genannten Altersgrenzen abweichende Regelungen treffen; die Altersgrenzen nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 und Absatz 3 können jedoch nicht hinausgeschoben werden.

§ 105

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind auf ihren Antrag oder von Amts wegen vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie wegen ihres körperlichen Zustandes oder aus gesundheitlichen Gründen zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten dauernd unfähig (dienstunfähig) sind.

(2) Dienstunfähigkeit kann auch dann angenommen werden, wenn wegen Krankheit innerhalb von sechs Monaten mehr als drei Monate kein Dienst geleistet wurde und keine Aussicht besteht, dass innerhalb weiterer sechs Monate wieder volle Dienstfähigkeit erlangt wird.

(3) Bestehen Zweifel über die Dienstunfähigkeit, so ist der Pfarrer oder die Pfarrerrin verpflichtet, sich nach Weisung ärztlich oder fachärztlich untersuchen und begutachten zu lassen und die Ärzte oder Ärztinnen von ihrer Schweigepflicht zu entbinden. Die Vorlage eines amts- oder

vertrauensärztlichen Zeugnisses kann gefordert werden. Die anordnende Stelle trägt die dadurch entstandenen Kosten.

§ 106

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen sind zu entlassen, wenn sie zu dem für den Eintritt oder die Versetzung in den Ruhestand maßgebenden Zeitpunkt nach § 105 dienstunfähig sind und eine Dienstzeit von fünf Jahren (Wartezeit) nicht erfüllt haben. Satz 1 gilt nicht, wenn der Pfarrer oder die Pfarrerrin infolge Krankheit, Verletzung oder sonstiger Beschädigung, die er oder sie sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist.

(2) Die Berechnung der Wartezeit nach Absatz 1 Satz 1 regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

§ 107

(1) Sollen Pfarrer und Pfarrerrinnen von Amts wegen nach § 105 in den Ruhestand versetzt werden, so müssen sie unter Angabe der Gründe schriftlich aufgefordert werden, etwaige Einwendungen innerhalb einer Frist von mindestens vier Wochen zu erheben.

(2) Werden Einwendungen fristgemäß nicht erhoben, so kann der Pfarrer oder die Pfarrerrin in den Ruhestand versetzt werden. Werden Einwendungen fristgemäß erhoben, so werden die notwendigen Feststellungen in einem Verfahren getroffen, in dem ein amts- oder vertrauensärztliches Zeugnis eingeholt und dem Pfarrer oder der Pfarrerrin Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden muss. Außerdem sind der Kirchenvorstand, der Visitator oder die Visitatorin und eine Vertretung der Pfarrerschaft zu hören. Mit dem Ende der drei Monate, die auf den Monat der Anordnung der Feststellung nach Satz 2 folgen, sind die das Ruhegehalt übersteigenden Dienstbezüge bis zum Beginn des Ruhestandes einzubehalten.

(3) Erscheint der Pfarrer oder die Pfarrerrin zur Wahrnehmung der Rechte infolge des körperlichen Zustandes oder aus gesundheitlichen Gründen außer Stande, so wird nach Möglichkeit im Einvernehmen mit der Familie ein Beistand für das Verfahren gestellt, solange keine Vertretung nach dem Betreuungsgesetz bestellt ist. Der Beistand wird auf Antrag der für die Versetzung in den Ruhestand zuständigen Stelle von dem erstinstanzlichen kirchlichen Verwaltungsgericht bestellt.

(4) Dem Pfarrer oder der Pfarrerrin kann die Ausübung des Dienstes für die Dauer des Verfahrens ganz oder teilweise untersagt werden, wenn dies um des Amtes willen dringend geboten erscheint. Die Nachprüfung dieser Anordnung nach § 78 hat keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann die aufschiebende Wirkung nach den allgemeinen Vorschriften angeordnet werden.

(5) Wird die Dienstfähigkeit des Pfarrers oder der Pfarrerrin festgestellt, so ist das Verfahren einzustellen. Die nach Absatz 2 Satz 4 einbehaltenen Beträge sind nachzuzahlen. Führt das Verfahren innerhalb einer Frist von drei Monaten, gerechnet vom Ablauf der in Absatz 1 bezeichneten Frist, zur Versetzung in den Ruhestand, so beginnt der Ruhestand mit dem Ende der dreimonatigen Frist. Dauert das Verfahren länger, so beginnt der Ruhestand mit dem in dem Bescheid bestimmten Zeitpunkt, spätestens mit dem Ende des Monats, in dem dem Pfarrer oder der Pfarrerrin der Bescheid zugestellt wird. Bei Versetzung in den Ruhestand werden die nach Absatz 2 Satz 4 einbehaltenen Beträge nicht nachgezahlt.

§ 107 a

(1) Die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen können je für ihren Bereich durch Kirchengesetz regeln, dass von der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit abgesehen werden soll, wenn der Pfarrer oder die Pfarrerin das 50. Lebensjahr vollendet hat und er oder sie noch mindestens die Hälfte eines vollen Dienstumfangs erfüllen kann (begrenzte Dienstfähigkeit).

(2) Hinsichtlich des Umfanges des Dienstes nach Absatz 1 darf über die Vorschriften des staatlichen Beamtenrechts zur begrenzten Dienstfähigkeit nicht hinausgegangen werden.

§ 108

(1) Für Pfarrer und Pfarrerrinnen im Wartestand gelten die §§ 104 bis 106 entsprechend.

(2) Im übrigen können Pfarrer und Pfarrerrinnen im Wartestand mit ihrer Zustimmung jederzeit, nach dreijähriger Wartestandszeit auch gegen ihren Willen, in den Ruhestand versetzt werden.

(3) Der Lauf der Frist nach Absatz 2 wird durch die Übertragung von Aufgaben nach § 102 Abs. 2, die im wesentlichen einem vollen Dienst entsprechen, gehemmt.

§ 109

(1) Mit dem Beginn des Ruhestandes sind Pfarrer und Pfarrerrinnen unter Aufrechterhaltung des Pfarrerdienstverhältnisses der Pflicht zur Dienstleistung enthoben. Im übrigen unterstehen sie weiter der Lehrverpflichtung und der Amtspflicht (§§ 66 bis 68) und damit der Lehraufsicht und der Disziplinalgewalt.

(2) Für Pfarrer und Pfarrerrinnen im Ruhestand gilt § 56 entsprechend.

(3) Pfarrer und Pfarrerrinnen im Ruhestand erhalten Versorgungsbezüge.

§ 110

Pfarrern und Pfarrerrinnen im Ruhestand kann, wenn sie dienstfähig sind, vor Vollendung des 62. Lebensjahres, als Schwerbehinderte im Sinne von § 1 des Schwerbehindertengesetzes des 60. Lebensjahres, jederzeit wieder eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen werden. Sie sind verpflichtet, dem Folge zu leisten. Sie erhalten mindestens die Besoldung aus ihrer letzten Verwendung, wenn die Versetzung in den Ruhestand ohne ihr Verschulden veranlasst war. Die Umzugskosten werden ersetzt.

XI. Abschnitt

Beendigung des Pfarrerdienstverhältnisses

1. Allgemeines

§ 111

Das Pfarrerdienstverhältnis endet bei Lebzeiten durch

1. Entlassung aus dem Dienst,
2. Ausscheiden aus dem Dienst oder
3. Entfernung aus dem Dienst nach dem Disziplinalgesetz.

2. Entlassung aus dem Dienst

§ 112

(1) Pfarrer und Pfarrerrinnen können ihre Entlassung aus dem Dienst beantragen. Der Antrag ist auf dem Dienstwege schriftlich einzureichen.

(2) Dem Antrag muss vorbehaltlich des § 117 entsprochen werden. Die Entlassung kann jedoch solange hinausgeschoben werden, bis die Dienstgeschäfte ordnungsgemäß übergeben sind und der Pfarrer oder die Pfarrerin über die Verwaltung des anvertrauten kirchlichen oder sonstigen öffentlichen Vermögens Rechenschaft abgelegt hat.

(3) Der Pfarrer oder die Pfarrerin erhält eine Entlassungsurkunde. Die Entlassung wird mit dem in der Urkunde angegebenen Zeitpunkt, jedoch frühestens mit der Zustellung, rechtswirksam. Zugleich sind die Rechtsfolgen der Entlassung mitzuteilen.

(4) Der Antrag auf Entlassung kann zurückgenommen werden, solange die Urkunde noch nicht zugegangen ist.

§ 113

(1) Mit der Entlassung verliert der Pfarrer oder die Pfarrerin alle in dem bisherigen Dienstverhältnis begründeten Rechte, insbesondere die besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften für sich und die Familie, soweit nicht durch Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist. Ein Unterhaltsbeitrag kann widerruflich, befristet oder unter Auflagen gewährt werden. Er wird als laufende Zahlung oder als Einmalzahlung gewährt.

(2) Mit der Entlassung verliert der Pfarrer oder die Pfarrerin vorbehaltlich des § 114 Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung sowie das Recht zum Führen der Amtsbezeichnung und etwaiger kirchlicher Titel und zum Tragen der Amtskleidung.

§ 114

(1) Hat der Pfarrer oder die Pfarrerin die Entlassung beantragt, um eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe außerhalb der Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen zu übernehmen, so können bei der Entlassung Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung belassen werden. Außerdem kann gestattet werden, die bisherige Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a.D.“) und etwaige kirchliche Titel weiterzuführen und die Amtskleidung zu tragen.

(2) Hat der Pfarrer oder die Pfarrerin die Entlassung aus anderen Gründen beantragt, so können bei der Entlassung auf eigenen Antrag oder mit Zustimmung die in Absatz 1 genannten Rechte belassen werden, wenn dies bei Berücksichtigung der Vorschriften des II. Abschnittes im kirchlichen Interesse liegt.

(3) Behalten Pfarrer und Pfarrerrinnen bei der Entlassung Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung, so unterstehen sie weiter der Lehrverpflichtung und der Amtspflicht (§§ 66 bis 68) und damit der bisherigen Lehraufsicht und Disziplinalgewalt. Dies gilt nicht, wenn sie in dem neuen Dienstverhältnis auch der Lehraufsicht und Disziplinalgewalt nach kirchlichem Recht unterstellt sind.

(4) Der Verlust von Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung richtet sich nach den Vorschriften des II. Abschnittes. Mit dem Verlust von Auftrag und Recht entfallen auch die in Absatz 1 Satz 2 genannten Rechte.

§ 115

(1) Hat der Pfarrer oder die Pfarrerin die Entlassung beantragt, um eine überwiegend im kirchlichen Interesse liegende Aufgabe zu übernehmen, so kann auf Antrag bei der Entlassung die erneute Begründung eines Pfarrerdienstverhältnisses zugesagt werden. Diese Zusage kann befristet werden; sie kann widerrufen werden, wenn die in Satz 1 genannte Vor-

aussetzung nicht eingetreten oder wenn sie entfallen ist oder wenn die für die Ausübung des pfarramtlichen Dienstes erforderlichen persönlichen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.

(2) Für die erneute Begründung des Pfarrerdienstverhältnisses nach Absatz 1 gilt § 93 Abs. 2, 3 und 6 sinngemäß.

§ 116

Pfarrer und Pfarrerrinnen sind zu entlassen, wenn sie die Altersgrenze erreicht haben oder dienstunfähig geworden sind und nach den §§ 104 bis 106 ein Eintritt oder eine Versetzung in den Ruhestand nicht in Betracht kommt. § 113 gilt entsprechend.

3. Ausscheiden aus dem Dienst

§ 117

(1) Aus dem Dienst scheidet aus,

1. wer die evangelisch-lutherische Kirche durch Austrittserklärung oder durch Übertritt zu einer anderen Religionsgemeinschaft verlässt,
2. wer auf Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung verzichtet,
3. wer den Dienst unter Umständen aufgibt, aus denen zu entnehmen ist, dass er ihn nicht wieder aufnehmen will,
4. bei wem die Voraussetzungen des § 93 Abs. 2 Satz 3 und des § 94 Abs. 2 Satz 3 erfüllt sind,
5. wer, ohne entlassen zu sein, in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis zu einem anderen kirchlichen oder sonstigen Dienstherrn tritt, sofern kirchengesetzlich nichts anderes bestimmt ist; dies gilt nicht, wenn im Einvernehmen mit dem neuen Dienstherrn die Fortdauer des Pfarrerdienstverhältnisses neben dem neuen Dienstverhältnis angeordnet wird.

(2) Mit dem Ausscheiden aus dem Dienst nach Absatz 1 verliert der Pfarrer oder die Pfarrerrin Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung, das Recht zum Führen der Amtsbezeichnung und etwaiger kirchlicher Titel, das Recht zum Tragen der Amtskleidung und alle in dem bisherigen Pfarrerdienstverhältnis begründeten Rechte, insbesondere die besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften für sich und die Familie. Ein Unterhaltsbeitrag kann widerrechtlich gewährt werden.

(3) Das Ausscheiden ist in einem schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid festzustellen. In diesem ist auch der Zeitpunkt des Ausscheidens zu bestimmen und auf die Rechtsfolgen hinzuweisen. Der Bescheid ist zuzustellen.

§ 117 a

(1) Ein Pfarrer oder eine Pfarrerrin scheidet nach Maßgabe von Absatz 2 aus dem Dienst aus, wenn er oder sie in einem ordentlichen Strafverfahren durch Urteil eines deutschen Gerichts wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden ist.

(2) Das Ausscheiden aus dem Dienst wird rechtswirksam einen Monat nach amtlicher Kenntnis der einleitenden Stelle von der Rechtskraft des strafgerichtlichen Urteils, spätestens einen Monat nach Zugang der amtlichen Mitteilung bei der einleitenden Stelle, wenn nicht die einleitende Stelle nach den Bestimmungen des Disziplinargesetzes vor Ablauf dieser Frist aus kirchlichem Interesse das förmliche Verfahren eingeleitet hat oder die Fortsetzung eines bereits eingeleiteten

förmlichen Verfahrens beantragt oder beschlossen worden ist. Der Pfarrer oder die Pfarrerrin hat keinen Anspruch auf Einleitung oder Fortsetzung eines förmlichen Verfahrens.

(3) Wird ein förmliches Verfahren eingeleitet oder fortgesetzt, so tritt der Pfarrer oder die Pfarrerrin mit der Einleitung oder Fortsetzung dieses Verfahrens in den Wartestand, soweit er oder sie sich nicht bereits auf Grund anderer Regelungen im Warte- oder Ruhestand befindet.

(4) Die Bestimmungen des Disziplinargesetzes über die Gewährung eines Unterhaltsbeitrags im Gnadenweg finden entsprechende Anwendung.

(5) Die Gliedkirchen können durch Kirchengesetz eine von dem Verfahren über das Ausscheiden nach Absatz 2 Satz 1 abweichende Regelung treffen.

§ 117 b

(1) Wird eine Entscheidung, durch die das Ausscheiden aus dem Dienst nach § 117 a bewirkt worden ist, in einem strafgerichtlichen Wiederaufnahmeverfahren rechtskräftig durch eine Entscheidung ersetzt, die diese Wirkung nicht hat, so gilt das Pfarrerdienstverhältnis als nicht unterbrochen. Der Pfarrer oder die Pfarrerrin wird, sofern er oder sie die Altersgrenze noch nicht erreicht hat und zumindest begrenzt dienstfähig ist, nach Möglichkeit entsprechend seiner oder ihrer früheren Tätigkeit verwendet. Bis zur Übertragung einer Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe erhält er oder sie die Dienstbezüge, die ihm oder ihr zugestanden hätten.

(2) Ist auf Grund des im Wiederaufnahmeverfahren festgestellten Sachverhaltes ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, so verliert der Pfarrer oder die Pfarrerrin den Anspruch auf Dienstbezüge nach Absatz 1, wenn auf Entfernung aus dem Dienst erkannt wird. Bis zur Rechtskraft des Disziplinarurteils können die Ansprüche nicht geltend gemacht werden.

(3) Der Pfarrer oder die Pfarrerrin muss sich auf die ihm oder ihr nach Absatz 1 zustehenden Dienstbezüge ein anderes Arbeitseinkommen oder einen Unterhaltsbeitrag anrechnen lassen; er oder sie ist zur Auskunft hierüber verpflichtet.

§ 118

Pfarrer und Pfarrerrinnen scheidet ferner aus dem Dienst aus, wenn sie nach den Vorschriften über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen die ihnen aus der Ordination und aus dem kirchlichen Amt oder dem Auftrag zustehenden Rechte verlieren. Das Nähere regelt das Kirchengesetz über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen.

4. Entfernung aus dem Dienst

§ 119

Die Entfernung aus dem Dienst wird durch das Disziplinargesetz geregelt.

XII. Abschnitt

Nichtöffentlich-rechtliches Dienstverhältnis

§ 120

(1) Schafft eine Gliedkirche für Ausnahmefälle oder zur Erprobung Regelungen, nach denen Ordinierte in einem anderen als einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis beschäftigt werden können, so ist zu bestimmen, dass die den pfarramtlichen Dienst betreffenden Vorschriften dieses Kirchengesetzes sinngemäß gelten, soweit diese Vorschriften nicht das Bestehen eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses voraussetzen.

(2) Über Regelungen nach Absatz 1 ist das Benehmen mit der Vereinigten Kirche herzustellen.

XIII. Abschnitt

Öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis mit eingeschränktem Umfang

§ 121

(1) Wenn dringende kirchliche Belange es erfordern, kann der Umfang des Dienstes der Pfarrer und Pfarrerinnen auf Antrag oder von Amts wegen mit deren Zustimmung eingeschränkt werden. Der Umfang des Dienstes von Pfarrern und Pfarrerinnen muss mindestens die Hälfte eines vergleichbaren vollen Dienstes umfassen und darf nur für bestimmte Stellen vorgesehen werden. § 94 bleibt unberührt.

(2) Das Nähere, insbesondere über Art, Besetzung und Umfang entsprechender Pfarrstellen oder allgemeinkirchlicher Aufgaben, regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

XIV. Abschnitt

Dienstverhältnis auf Zeit bei Beurlaubung

§ 121 a

(1) Mit Pfarrern und Pfarrerinnen, die von einer anderen Kirche aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis auf Lebenszeit beurlaubt worden sind, kann im Einvernehmen mit dieser Kirche für die Dauer der Beurlaubung ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis auf Zeit begründet werden. Für das Dienstverhältnis auf Zeit gelten die Vorschriften über das Pfarrerdienstverhältnis auf Lebenszeit entsprechend, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.

(2) Das Dienstverhältnis auf Zeit endet bei Lebzeiten durch

1. Zeitablauf,
2. Aufhebung der Beurlaubung,
3. Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand oder
4. Verlust der Pfarrstelle oder allgemeinkirchlichen Aufgabe auf Grund einer Disziplinaentscheidung.

(3) Eine Maßnahme nach Absatz 2 Nr. 2 kann nur im Einvernehmen mit der beurlaubenden Kirche erfolgen.

(4) Für die Versetzung in den Ruhestand nach Absatz 2 Nr. 3 ist die beurlaubende Kirche zuständig; sie hat das Einvernehmen mit der Kirche herzustellen, zu der das Dienstverhältnis auf Zeit besteht.

(5) Pfarrer und Pfarrerinnen auf Zeit unterstehen, unbeschadet des Dienstverhältnisses auf Zeit, in ihrer Lehre und Amts- und Lebensführung der Aufsicht der Kirche, die sie beurlaubt hat.

XV. Abschnitt

Schluss- und Übergangsvorschriften

§ 122

(1) Gliedkirchen, deren bisheriges Personalaktenrecht wesentlich von den Bestimmungen dieses Kirchengesetzes abweicht, können für ihren Bereich Sonderregelungen darüber treffen, in welchem Umfang das Recht auf Einsicht in die bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Kirchengesetzes geführten Personalakten eingeschränkt wird.

(2) Die Entfernung und Vernichtung von Unterlagen, die nach den Bestimmungen dieses Kirchengesetzes nicht in die Personalakte gehören und die sich zum Zeitpunkt des In-

krafttretens dieses Kirchengesetzes länger als drei Jahre in der Personalakte befinden, erfolgen nur, soweit Gliedkirchen eine Regelung hierüber treffen; befinden sich solche Unterlagen vom vorgenannten Zeitpunkt an noch nicht drei Jahre in der Personalakte, so erfolgen Entfernung und Vernichtung nur auf Antrag des Pfarrers oder der Pfarrerin.

§ 123

(1) Besondere Bestimmungen in Verträgen mit dem Staat werden durch dieses Kirchengesetz nicht berührt.

(2) Soweit für ordinierte Inhaber und Inhaberinnen von theologischen Lehrämtern an staatlichen Hochschulen oder für Pfarrer und Pfarrerinnen in einem staatlichen oder sonstigen öffentlichen Dienst besondere Rechtsverhältnisse bestehen, bleiben diese unberührt.

§ 124

(1) Die Vereinigte Kirche und die Gliedkirchen erlassen, soweit nichts anderes bestimmt ist, je für ihren Bereich die für die Ergänzung und Anwendung dieses Kirchengesetzes erforderlichen Bestimmungen. Für die Vereinigte Kirche ist dafür die Kirchenleitung zuständig.

(2) Bestimmungen der Gliedkirchen, die sich mit dem Gegenstand dieses Kirchengesetzes befassen, bleiben in Kraft, soweit sie die Bestimmungen dieses Kirchengesetzes ergänzen; dies gilt insbesondere für die Regelung der Zuständigkeiten und des Verfahrens.

§ 125

Bei Erlass oder Änderung der in § 124 genannten Bestimmungen ist Rechtsgleichheit anzustreben. Die Gliedkirchen erlassen deshalb diese Bestimmungen nach vorheriger Fühlungnahme mit der Kirchenleitung der Vereinigten Kirche.

§ 126

(1) Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes tritt das Kirchengesetz zur Regelung des Dienstes von Pfarrerinnen und Pfarrern in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (Pfarrergesetz – PFG) vom 4. April 1989 (ABl. Bd. VI, S. 82), zuletzt geändert durch das Kirchengesetz zur Änderung des Pfarrergesetzes vom 6. November 1993 (ABl. Bd. VI, S. 212) außer Kraft.

Anlage

Ordnung für die Schlichtungsstelle

Anlage zu § 78 Abs. 3 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

§ 1

(1) Der Antrag auf Nachprüfung durch die Schlichtungsstelle kann nur damit begründet werden, dass eine Entscheidung

1. den Pfarrer oder die Pfarrerin in einem eigenen Recht verletzt oder
2. unterlassen worden ist, auf die der Pfarrer oder die Pfarrerin ein Recht zu haben behauptet.

(2) Der Antrag nach Absatz 1 ist binnen eines Monats nach der Eröffnung oder der Unterlassung der Entscheidung zu stellen.

(3) Die Entscheidung gilt als unterlassen, wenn sie innerhalb von zwei Monaten nach Stellung des Antrages auf Ent-

scheidung nicht ergangen ist und nach Wiederholung des Antrages weitere zwei Monate ohne Entscheidung vergangen sind. Der Wiederholungsantrag muss binnen Jahresfrist nach dem ersten Antrag gestellt werden.

(4) Gegen die Versäumung der zur Stellung des Antrages auf Nachprüfung gesetzten Frist von einem Monat kann die Schlichtungsstelle Nachsicht gewähren, wenn die Ablehnung des Antrages wegen Fristversäumung eine unbillige Härte bedeuten würde. Nachsicht kann nicht mehr gewährt werden, wenn bei Stellung des Antrages vier Monate vergangen sind, seitdem die Frist zu laufen begonnen hat.

(5) Der Antrag auf Nachprüfung hat aufschiebende Wirkung, es sei denn, der sofortige Vollzug ist wegen eines besonderen kirchlichen Interesses angeordnet. Die Schlichtungsstelle kann auf Antrag des Antragstellers oder der Antragstellerin die aufschiebende Wirkung wiederherstellen, wenn sie es im überwiegenden Interesse eines Beteiligten für geboten hält. Der Antragsteller oder die Antragstellerin und das Organ der kirchlichen Verwaltung, dessen Entscheidung nachgeprüft werden soll, ist vorher zu hören.

§ 2

(1) Der Schlichtungsstelle gehören an:

1. ein von einem obersten synodalen Organ bestimmtes Mitglied, das die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben soll oder das mit den kirchlichen Bestimmungen besonders vertraut ist als Vorsitzende oder Vorsitzender,
2. ein von einem kirchenleitenden Organ bestelltes und
3. ein von der Vertretung der Pfarrerschaft aus ihrer Mitte bestelltes Mitglied als Beisitzer oder Beisitzerin.

(2) Die Mitglieder werden je auf die Dauer von sechs Jahren bestellt. Für die Mitglieder sind Stellvertreter oder Stellvertreterinnen zu bestellen.

§ 3

Die Mitglieder der Schlichtungsstelle entscheiden in richterlicher Unabhängigkeit, sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sie werden nach ihrer Bestellung vom Bischof oder der Bischöfin hierauf besonders hingewiesen und verpflichtet, ihr kirchliches Ehrenamt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

§ 4

(1) Die Schlichtungsstelle hat das Verfahren mit Rücksicht auf Amt, Gemeinde und Kirche sowie die Person des Pfarrers oder der Pfarrerin beschleunigt durchzuführen.

(2) Die Schlichtungsstelle klärt den Sachverhalt von Amts wegen. Die Beteiligten sind zu hören. Beteiligte im Sinne dieser Ordnung sind der Antragsteller oder die Antragstellerin und das Organ der kirchlichen Verwaltung, dessen Entscheidung nachgeprüft wird.

(3) Nach schriftlicher Vorbereitung sind vor der Entscheidung die Beteiligten zu einer mündlichen Aussprache zu laden und zu hören. Die Verhandlung ist nicht öffentlich.

(4) Im übrigen gestaltet die Schlichtungsstelle das Verfahren im Rahmen dieser Ordnung und der in § 9 vorbehaltenen Bestimmungen in Verantwortung für einen geordneten Ablauf und den geistlichen Charakter des Verfahrens selbst.

§ 5

Der Antragsteller oder die Antragstellerin kann sich eines Beistandes bedienen. Der Beistand muss einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland angehören und zu kirchlichen Ämtern wählbar sein; er kann zurückgewiesen werden, wenn er nicht die erforderliche Sachkenntnis oder Eignung besitzt.

§ 6

(1) Die Schlichtungsstelle entscheidet mit einfacher Mehrheit.

(2) Die Entscheidung ist schriftlich abzufassen und zu begründen; sie muss den Beteiligten binnen sechs Wochen nach der mündlichen Aussprache zugestellt werden.

§ 7

Das Verfahren ist kosten- und gebührenfrei. Wird dem Antrag des Antragstellers oder der Antragstellerin ganz oder teilweise entsprochen, so kann in der Entscheidung festgelegt werden, dass ihm oder ihr die notwendigen Auslagen ganz oder teilweise zu erstatten sind.

§ 8

(1) Gegen die Entscheidung ist die Revision an das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands gegeben, wenn die Verletzung des von der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands gesetzten Rechts oder wesentlicher Verfahrensvorschriften gerügt wird.

(2) Die Revision ist zuzulassen, wenn

1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat,
2. die Entscheidung von einer solchen des Revisionsgerichts abweicht und auf der Abweichung beruhen kann.

Die Nichtzulassung der Revision kann selbständig durch Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung angefochten werden. Sie ist schriftlich bei der Schlichtungsstelle einzulegen. Die Einlegung der Beschwerde hemmt die Rechtskraft der Entscheidung. Hilft die Schlichtungsstelle der Beschwerde nicht ab, entscheidet das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

§ 9

Im übrigen kann das Verfahren im Rahmen der §§ 124 und 125 des Pfarrergesetzes durch Verordnung geregelt werden.

II. Bekanntmachungen

Finanzsatzung des Ev.-Luth. Kirchenkreises Flensburg

Vom 21. Juni 2004

Präambel

Der besondere Einnahmeverlust aufgrund zurückgehender Kirchensteuerzuweisungen erfordert eine Beschränkung der Ausgaben der kirchlichen Körperschaften des Ev.-Luth. Kirchenkreises Flensburg. Durch Zusammenarbeit der Kirchengemeinden in Regionen und Konzentration bestimmter gemeinschaftlicher Aufgaben an zentraler Stelle soll das Grundangebot kirchlichen Wirkens in seiner Vielfalt erhalten und die Arbeit der kirchlichen Körperschaften gesichert werden. Diesem Ziel dient diese Finanzsatzung.

Abschnitt I: Allgemeines

§ 1 Aufgabe der Finanzsatzung

(1) Nach Artikel 113 der Verfassung der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche erhält der Kirchenkreis Flensburg unabhängig vom örtlichen Aufkommen einen Anteil am Kirchensteueraufkommen durch Schlüsselzuweisung der Nordelbischen Kirche (Kirchensteuerzuweisung). Diese Finanzsatzung wird nach § 11 des Kirchengesetzes über die Finanzverteilung in der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche von der Kirchenkreissynode des Ev.-Luth. Kirchenkreises Flensburg gemäß Artikel 30 Abs. 1 Buchstabe h der Verfassung der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche erlassen und bestimmt die Grundsätze und Maßstäbe für die jährliche Verteilung der Kirchensteuerzuweisungen und der sonstigen Finanzzuweisungen der Nordelbischen Kirche zur Wahrnehmung der gemeindlichen und regionalen Aufgaben der Kirchengemeinden und der Gemeinschaftsaufgaben des Kirchenkreises.

(2) In die Finanzverteilung können die Zinserträge aus gemeinsamen Rücklagen, soweit diese nicht zweckgebundenen Rücklagen wieder zugeführt werden, sowie Entnahmen aus gemeinsamen Rücklagen und Sonderzuweisungen der Nordelbischen Kirche einbezogen werden.

(3) Die Einnahmen nach den Absätzen 1 und 2 bilden zusammen die Finanzverteilmasse eines Haushaltsjahres.

§ 2 Eigene Einnahmen der kirchlichen Körperschaften, Pfarrlanderträge

(1) Eigene Einnahmen der kirchlichen Körperschaften, wie Zuschüsse Dritter, Erstattungsleistungen, Gebühren und Beiträge, Zinserträge aus eigenen Rücklagen, freiwilliges Kirchgeld u.a. werden bei der Finanzverteilung grundsätzlich nicht angerechnet. Dies gilt nicht im Falle beantragter Sonderzuweisungen oder Unterstützungen zu Lasten der gemeinsamen Finanzverteilmasse.

(2) Die Widmung des Pfarrvermögens zur Mitfinanzierung der Besoldungsaufwendungen für die Pfarrstellen bleibt von Abs. 1 unberührt. Erträge des Pfarrvermögens aus Verpachtung und Veräußerung werden nach Abzug der Aufwendungen für die Verwaltung und Unterhaltung des Pfarrvermögens zur Mitfinanzierung der Pfarrstellen aller Körperschaften verwandt.

Abschnitt II: Grundsätze der Finanzverteilung

§ 3 Grundsätze der Finanzverteilung

- (1) Die Finanzverteilmasse wird verteilt für
 - a) Aufwendungen für den Gemeindepfarrdienst und die übergemeindlichen Pfarrstellen,
 - b) gemeindliche und regionale Aufgaben,
 - c) Gemeinschaftsaufgaben.

(2) Die gemeindlichen und regionalen Aufgaben nehmen die Kirchengemeinden in eigener Verantwortung wahr. Sie kooperieren dabei auf der Grundlage von Vereinbarungen in Regionen und finanzieren regionale Aufgaben gemeinsam.

(3) Die gemeinschaftlichen Aufgaben nach dieser Finanzsatzung nimmt der Kirchenkreis wahr. Er kann dabei im Einvernehmen mit den betroffenen Kirchengemeinden gemeinschaftliche Aufgaben auf Kirchengemeinden und Regionen als Auftragsangelegenheit übertragen. Die Zuordnung und Finanzierung als gemeinsame Aufgabe bleibt davon unberührt.

§ 4 Zuordnung und Finanzierung des Pfarrdienstes

(1) Die Höhe der Ausgaben für die gemeindlichen, regional zugeordneten und übergemeindlichen Pfarrstellen bestimmt der von der Kirchenkreissynode festzusetzende Pfarrstellenplan. Erstattungen Dritter und Pfarrlanderträge mindern die jeweiligen Aufwendungen.

(2) Der Kirchenkreisvorstand überprüft im Benehmen mit dem Finanzausschuss der Kirchenkreissynode (Finanzausschuss) den Pfarrstellenplan bei Vorlage des Haushaltsplanes und berichtet hierzu der Kirchenkreissynode.

(3) Bei Beschlüssen über den Pfarrstellenplan und die Finanzierung von Pfarrstellen sind Genehmigungen (Artikel 38 Buchstabe a der Verfassung und Auflagen der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche zu berücksichtigen.

Abschnitt III: Finanzanteile der Kirchengemeinden und Regionen

§ 5 Zuweisung für die Unterhaltung der Gebäude in den Kirchengemeinden und Regionen, Investitionen

(1) Die Kirchengemeinden erhalten eine zweckgebundene Zuweisung für die Unterhaltung ihrer Gebäude und Anlagen in Höhe von insgesamt 210.000 Euro. Die Zuweisung wird um eine Rückstellung zur zentralen Bewirtschaftung gemindert. Der verbleibende Betrag wird nach Maßgabe der bis zum Inkrafttreten dieser Finanzsatzung zugewiesenen Bauunterhaltungsanteile an die Kirchengemeinden zugewiesen. Die Höhe der in Satz 1 festgelegten Zuweisung geht davon aus, dass sich der für kirchliche Zwecke notwendige Gebäudebestand insgesamt verringert und Formen einer effektiven Gebäudeverwaltung und -bewirtschaftung gefunden werden.

(2) Über die Höhe der Zuweisungen im Einzelnen und die Höhe der Rückstellung entscheidet die Kirchenkreissynode auf Vorschlag des Finanzausschusses mit dem Beschluss über den Haushaltsplan des Kirchenkreises.

(3) Der Betrag der Rückstellung wird einem Bauunterhaltungsfonds zugeführt, aus dem die Kirchengemeinden im

Verlauf des Haushaltsjahres im Falle besonderer unabweisbarer Ausgaben eine weitere Zuweisung erhalten können. Über eine Zuweisung entscheidet der Kirchenkreisvorstand auf Antrag einer Kirchengemeinde. Der Kirchenkreisvorstand berücksichtigt dabei die Notwendigkeit der Maßnahme und die eigene Finanzkraft der Kirchengemeinde.

(4) Neben der Zuweisung nach Abs. 2 sind die Einnahmen der Kirchengemeinden aus Dienstwohnungsvergütungen und Vermietung und Verpachtung in Höhe von 50 v.H. für die Bauunterhaltungsaufwendungen aller Gebäude und Anlagen der Gemeinde zweckgebunden.

(5) Der bei Inkrafttreten dieser Finanzsatzung bestehende Investitionsfonds wird fortgeführt. Er kann bei Bedarf durch Mittel nach § 9 Abs. 3 aufgefüllt werden.

§ 6

Schlüsselanteil der Kirchengemeinden

(1) Die Kirchengemeinden erhalten einen Schlüsselanteil von 9 v.H. der dem Kirchenkreis zufließenden Kirchensteuerzuweisungen.

(2) Der Anteil wird im Verhältnis der Anzahl der Gemeindeglieder nach dem Stand zum 1. April des dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahres verteilt. Der Kirchenkreisvorstand stellt den Stand der Gemeindeglieder auf der Grundlage der zentral geführten Daten des Nordelbischen Rechenzentrums durch Beschluss fest.

§ 7

Weitere Zuweisungen an die Kirchengemeinden und Regionen

(1) Die Kirchengemeinden erhalten folgende nicht zweckgebundene Zuweisungen:

- a) einen Grundbetrag in Höhe von 4.000 Euro,
- b) einen Zuschuss für die Kosten des Orgeldienstes,
- c) einen Zuschuss für die Personalkosten der Gemeindesekretariate,
- d) einen Zuschuss für die Personalkosten des Küster- und Reinigungsdienstes,

(2) Der Zuschuss für die Kosten des Orgeldienstes bemisst sich nach den Aufwendungen für nebenamtlichen Organistendienst (C-Musiker). Der Zuschuss wird denjenigen Kirchengemeinden nicht gewährt, bei denen hauptamtliche Kirchenmusiker mit gemeinschaftlichen Aufgaben angebunden sind. Es wird ein Gesamtbetrag von 107.000 € bereitgestellt, aus dem den Kirchengemeinden ein Abschlag zugewiesen wird. Über weitere Zuweisungen entscheidet der Kirchenkreisvorstand auf Antrag einer Kirchengemeinde unter Berücksichtigung des Bedarfs aller Kirchengemeinden.

(3) Als Zuschuss für die Personalkosten der Sekretariate in den Gemeinden wird der Durchschnittsbetrag der Vergütung für eine volle Sekretariatsstellen auf 12.000 € Gemeindeglieder gewährt. Der Betrag pro Planstelle wird im ersten Haushaltsjahr der Anwendung dieser Finanzsatzung auf 36.000 € Euro festgelegt.

(4) Als Zuschuss für die Personalkosten des Küster- und Reinigungsdienstes wird der Durchschnittsbetrag der Vergütung für zehn volle Stellen gewährt. Der Gesamtbetrag wird im ersten Haushaltsjahr der Anwendung dieser Finanzsatzung auf 360.000 € Euro festgelegt. Die Verteilung der Mittel richtet sich nach den vor Inkrafttreten dieser Finanzsatzung entstandenen Bewirtschaftungskosten und den Bauunterhaltungszuweisungen für die Kirchen und Gemeindehäuser.

(5) Die Kirchenkreissynode legt die Zuschüsse nach den Absätzen 2 bis 4 auf Vorschlag des Finanzausschusses mit dem Beschluss über den Kirchenkreishaushalt fest und berücksichtigt dabei in den Haushaltsjahren nach der erstmaliger Anwendung dieser Finanzsatzung Veränderungen, die aufgrund tariflicher oder gesetzlicher Regelungen eingetreten sind.

(6) Im Falle von Gemeindefusionen werden Anteile der fusionierten Gemeinden nach Abs. 1 der neuen Kirchengemeinde nach dem Stand des Haushaltsjahres, in dem über die Fusion rechtskräftig beschlossen wurde, fortgewährt. Abs. 5 bleibt unberührt.

§ 8

Sonderzuweisungen an die Kirchengemeinden und Regionen

(1) Für besondere Zuweisungen an die Kirchengemeinden und Regionen wird ein jährlicher Sonderfonds in Höhe von 80.000 € gebildet. Aus dem Fonds erhalten die Kirchengemeinden und Regionen auf Antrag Zuweisungen für unabweisbare und auf andere Weise nicht zu deckende Ausgaben eines Haushaltsjahres. Für die ersten drei Haushaltsjahre nach Inkrafttreten dieser Finanzsatzung können nach der Maßgabe des Satzes 1 auch Übergangsbeihilfen zur Anpassung an die neue Finanzverteilung gewährt werden. Die Kirchengemeinden sind gehalten, ihren Bedarf an Sonderzuweisungen abzubauen.

(2) Für besondere Projekte in den Regionen wird ein jährlicher Sonderfonds in Höhe von 20.000 € gebildet. Zuweisungen hieraus können nur von allen Kirchengemeinden einer Region gemeinsam beantragt werden.

(3) Über die Zuweisungen nach den Absätzen 1 und 2 entscheidet die Kirchenkreissynode auf Vorschlag des Finanzausschusses mit Beschluss über den Haushaltsplan des Kirchenkreises. In besonderen Fällen kann der Kirchenkreisvorstand im Einvernehmen mit dem Finanzausschuss im Rahmen verfügbarer Mittel weitere Zuweisungen im Verlauf eines Haushaltsjahres gewähren.

(4) Der Finanzausschuss entscheidet, ob am Jahresende nicht verbrauchte Mittel der Fonds nach den Absätzen 1 bis 3 zur Erhöhung der Schlüsselzuweisungen nach § 6 verwendet oder für denselben Zweck in das Folgejahr übertragen werden.

Abschnitt IV:

Umfang und Finanzierung der gemeinschaftlichen Aufgaben

§ 9

Bestimmung der Gemeinschaftsaufgaben

(1) Zu den vom Kirchenkreis wahrzunehmenden gemeinschaftlichen Aufgaben zählen

- a) der Betrieb des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises,
- b) der Betrieb des Kindertagesstättenwerkes des Kirchenkreises,
- c) die hauptamtliche Kirchenmusik,
- d) die hauptamtliche Jugendarbeit,
- e) die hauptamtliche Frauen- und Seniorenarbeit,
- f) die Öffentlichkeitsarbeit des für den Kirchenkreis und die Kirchengemeinden und Regionen,
- g) die Kirchenkreisverwaltung,
- h) sonstige gemeinschaftlich wahrzunehmende Aufgaben wie Leitung und Gremien, Konvente, Mitarbeitervertretung, Krankenhauseelsorge, Partnerschaften, Ökumene,

Kirchenkreisarchiv, Bauunterhaltung der Kirchenkreisgebäude und andere Aufgaben, die für die Gemeinschaft von Kirchenkreis und Kirchengemeinden wahrzunehmen sind.

(2) Neben den Kosten der Aufgaben nach Abs. 1 sind die Aufwendungen, die dem Kirchenkreis aufgrund rechtlicher Verpflichtungen oder durch Umlagen der Nordelbischen Kirche entstehen, den Gemeinschaftsaufwendungen zuzurechnen. Hierzu zählen auch die Kosten der elektronischen Datenverarbeitung für Personal-, Haushalts- und Gemeindegliederverwaltung sowie Zinsaufwendungen für die gemeinsame Kassenführung.

(3) In besonderen Fällen, in denen einer Kirchengemeinde oder dem Kirchenkreis unabwendbare Ausgaben entstehen, die die Finanzkraft der Körperschaft überschreiten und eine Finanzierung aus Mitteln der Gemeinschaft erfordern, können diese den Gemeinschaftsaufwendungen hinzugerechnet werden. Dies gilt insbesondere für Investitionsmaßnahmen und den Schuldendienst für aus Darlehen finanzierte Maßnahmen nach Satz 1. Die Kirchenkreissynode entscheidet über die Zuordnung als Gemeinschaftsaufgabe auf Vorschlag des Finanzausschusses mit dem Beschluss über den Kirchenkreishaushalt.

§ 10

Diakonisches Werk und Kindertagesstättenwerk des Kirchenkreises

(1) Das Diakonische Werk des Kirchenkreises erhält zur Wahrnehmung seiner Aufgaben einen Anteil von 5 v.H. der Kirchensteuerzuweisungen.

(2) Die evangelischen Kindertagesstätten im Kirchenkreis Flensburg sind im Kindertagesstättenwerk des Kirchenkreises vereint und werden als Gemeinschaftsaufgabe geführt. Die Kindertagesstätten bleiben jedoch Teil der Gemeindegliederarbeit und des Gemeindelebens ihrer örtlichen Kirchengemeinde.

(3) Der Zuschuss zu den Betriebskosten einer Kindertagesstätte des Kindertagesstättenwerkes aus kirchlichen Eigenmitteln wird auf höchstens 5 v.H. der notwendigen Betriebskosten der bei Inkrafttreten dieser Finanzsatzung vorhandenen Einrichtungen begrenzt. Daneben werden die notwendigen Aufwendungen des Kindertagesstättenwerkes als Gemeinschaftsaufgabe finanziert. Der für die Finanzierung des Kindertagesstättenwerkes aufzuwendende Gesamtbetrag berücksichtigt Finanzierungsvereinbarungen, die bereits der Vorgabe nach Satz 1 nachkommen und legt für die übrigen Einrichtungen einen Anteil von maximal 5 v.H. der notwendigen Betriebskosten zugrunde.

(4) Ist eine Finanzierung nach Abs. 3 nicht zu erreichen, muss das Angebot an Kindertagesstättenplätzen entsprechend der nach Abs. 3 bereitzustellenden Gesamtsumme reduziert werden. Ein Zwei-Gruppen-Kindergarten darf dabei einen kirchlichen Eigenanteil an der Betriebskostenfinanzierung von 16.000 Euro nicht überschreiten.

§ 11

Hauptamtliche Kirchenmusik

(1) Für die hauptamtliche Kirchenmusik als Gemeinschaftsaufgabe werden die Personalkosten für zwei A-Musiker-Stellen und eine B-Musiker-Stelle bereitgestellt. Die Mittel für eine A-Musiker-Stelle entfallen bei Ausscheiden eines Stelleninhabers.

(2) Die Stelleninhaber sind zu einem Teil ihrer Tätigkeit kirchengemeindlich angebunden. Die Dienstaufsicht über den übergemeindlichen Teil der Tätigkeit der hauptamtlichen

Kirchenmusiker obliegt dem Kirchenkreisvorstand. Über die Zuordnung der Planstellen können Vereinbarungen nach § 3 Abs. 3 getroffen werden.

§ 12

Hauptamtliche Jugendarbeit

(1) Die hauptamtliche kirchliche Jugendarbeit wird als Gemeinschaftsaufgabe des Kirchenkreises wahrgenommen. Hierfür werden die Mittel für je zwei Planstellen in den Kirchengemeinden und Regionen auf dem Gebiet der Stadt Flensburg und in den ländlichen Regionen des Kirchenkreises bereitgestellt. Daneben werden die Kosten einer Planstelle für Leitungs- und Koordinierungsaufgaben, die Aufwendungen für Sekretariatsarbeiten im Umfang von 10 Wochenstunden und die notwendigen Sachkosten finanziert. Die Stelleninhaberinnen / Stelleninhaber leisten ihren Dienst in enger Abstimmung mit den Kirchenvorständen in den Regionen.

(2) Einrichtungen der Jugendarbeit in kirchlicher Trägerschaft, die nicht überwiegend unmittelbare kirchliche Jugendarbeit leisten (Häuser der offenen Tür), sind aus den Zuwendungen Dritter in gemeinsamer Bewirtschaftung kostendeckend zu führen.

(3) Im Falle einer kommunalen Mitfinanzierung können die Mittel nach Abs. 1 für die Einrichtung von weiteren Stellen verwendet werden. Die Mittel können auch dafür verwendet werden, Planstellen in kommunaler Trägerschaft mitzufinanzieren, wenn der kirchliche Charakter der Jugendarbeit in verbindlichen Vereinbarungen festgeschrieben wird.

(4) Die Regelungen nach den Absätzen 1 bis 3 gelten für die Haushaltsjahre 2005 bis 2007.

§ 13

Frauenarbeit und Seniorenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit

(1) Für die Frauenarbeit wird eine Planstelle im Umfang von 50 v.H., für die Seniorenarbeit eine Planstelle im Umfang von 10 % der tariflichen Wochenarbeitszeit als Gemeinschaftsaufgabe finanziert. Daneben werden die notwendigen Sachkosten bereitgestellt.

(2) Die hauptamtliche Öffentlichkeitsarbeit für den Kirchenkreis und die Kirchengemeinden ist den Gemeinschaftsaufgaben zuzurechnen. Dabei werden die Kosten einer Planstelle im Umfang von 75 v.H. der tariflichen Wochenarbeitszeit sowie die notwendigen Sachkosten finanziert.

§ 14

Kirchenkreisverwaltung

(1) Die Aufwendungen für eine gemeinsame Verwaltung sollen nach Gegenrechnung der eigenen Einnahmen der Verwaltung 12,5 % der Kirchensteuerzuweisung nicht überschreiten. Der Kirchenkreisvorstand trägt dafür Sorge, die Verwaltungsaufgaben auf ein Mindestmaß zu begrenzen und die gemeinsame Verwaltung effizient zu gestalten.

(2) Die Auftragsverwaltung für Aufgaben der Kirchengemeinden und des Kirchenkreises wird für die verwalteten Körperschaften grundsätzlich unentgeltlich vorgenommen. Für Auftragsverwaltungen von Einrichtungen und Liegenschaften (Kindertagesstätten, Friedhöfe, Pachtländereien) mit wesentlichen eigenen Einnahmen werden Verwaltungskosten erhoben.

§ 15

Sonstige Gemeinschaftsaufgaben

(1) Mit der Aufstellung des Haushaltsplans wird festgestellt, welche sonstigen gemeinschaftlichen Ausgaben in welcher Höhe nach § 9 Abs. 1 Buchstabe h voraussichtlich zu leisten sind.

Abschnitt V:
Haushaltsvorbehalt, Verfahren zur Aufstellung
des Kirchenkreishaushaltes, Jahresrechnung

§ 16
Haushaltsvorbehalt

(1) Die Zuweisungen an die Kirchengemeinden und Regionen nach den §§ 7 und 8 sowie Umfang und Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben nach § 9 Abs. 1 stehen unter dem Vorbehalt ausreichender Haushaltsmittel (§ 17 Abs. 5 bis 8).

(2) Können die Gemeinschaftsaufgaben nach Art und Umfang dauerhaft nicht mehr mit den verfügbaren Haushaltsmitteln wahrgenommen werden, schlägt der Kirchenkreisvorstand mit Vorlage des Haushaltsplans der Kirchenkreissynode Veränderungen vor. Der Finanzausschuss nimmt hierzu Stellung.

§ 17
Haushaltsaufstellung

(1) Der Finanzausschuss stellt rechtzeitig vor Beginn des Haushaltsjahres die voraussichtliche Finanzverteilmasse nach § 1 Abs. 3 aufgrund der Kirchensteuerschätzung des Nordelbischen Kirchenamtes fest.

(2) Von der festgestellten Verteilmasse werden abgesetzt

- a) die Netto-Aufwendungen für den Pfarrdienst (§ 4 Abs. 1),
- b) unabweisbare Aufwendungen nach § 9 Abs. 2 und 3,
- c) die nach einem Vom-Hundert-Satz der Kirchensteuerzuweisung bemessenen Schlüsselzuweisungen an die Kirchengemeinden und an das Diakonische Werk des Kirchenkreises (§ 6 Abs. 1 und § 10 Abs. 1),
- d) die Aufwendungen für die Bauunterhaltung (§ 5 Abs. 1).

(4) Die danach verbleibende Verteilmasse dient insgesamt zur Deckung der Zuweisungen nach den §§ 7 und 8 und 11 bis 15. Der Finanzausschuss stellt fest, ob die verbleibende Verteilmasse hierfür hinreichend ist.

(5) Reicht die verbleibende Verteilmasse nicht aus, die Zuweisungen nach Abs. 4 zu decken, führt ein Anteil von 45,6 v.H. des Fehlbetrages zur Kürzung der Zuweisungen nach Abs. 4 an die Kirchengemeinden und Regionen und zu 54,4 v.H. zur Kürzung der Zuweisungen für die gemeinschaftlichen Aufgaben. Übersteigt die verbleibende Verteilmasse den Bedarf der Zuweisungen nach Abs. 4, dient der Überschuss nach den Anteilen in Satz 1 zu Mehrzuweisungen an die Kirchengemeinden und Regionen und für die gemeinschaftlichen Aufgaben.

(6) Der auf die Kirchengemeinden entfallende Fehlbetrag oder Überschuss nach Abs. 5 wird im Verhältnis der Zuweisungen nach § 7 an die Kirchengemeinden wie folgt verteilt:

- a) 7 v.H. Minderung/Mehrzuweisung:
Kirchengemeinden Mürwik und St. Nikolai
- b) 6 v.H. Minderung/Mehrzuweisung:
Kirchengemeinden St. Jürgen, St. Petri, St. Marien
- c) 5 v.H. Minderung/Mehrzuweisung:
Kirchengemeinden Engelsby, St. Johannes, Harrislee, Handewitt, Eggebek-Jörl
- d) 4 v.H. Minderung/Mehrzuweisung:
Kirchengemeinden Fruerlund, Adelby, Gemeinde der Friedenskirche Weiche, St. Michael, Oeversee, Tarp
- e) 3 v.H. Minderung/Mehrzuweisung:
Kirchengemeinden Paulus, St. Gertrud, Nordhackstedt, Großenwiehe, Sieverstedt
- f) 2 v.H. Minderung/Mehrzuweisung:
Kirchengemeinden Wallsbüll, Wanderup.

Verändern sich die Zuweisungen nach § 7 wesentlich, schlägt der Finanzausschuss der Kirchenkreissynode mit Vorlage des Haushaltsplans eine entsprechende Anpassung der Anteile nach Satz 1 vor.

(7) Eine Mehrzuweisung soll von den Kirchengemeinden in der Regel einer Ausgleichsrücklage zugeführt werden, um mögliche Minderzuweisungen in kommenden Jahren auszugleichen. Im Falle dauerhafter oder beträchtlicher Minderzuweisungen treffen die Kirchengemeinden und Regionen weitgehende Strukturentscheidungen.

(8) Abs. 7 gilt entsprechend für den Kirchenkreis bei den von ihm zu bewirtschaftenden gemeinschaftlichen Aufgaben.

§ 18
Jahresrechnung

(1) Die Bestimmungen nach § 17 gelten für die Jahresrechnung des Kirchenkreises entsprechend.

(2) Ein Fehlbetrag in der Jahresrechnung einer Körperschaft ist unverzüglich durch Entnahme aus Rücklagen auszugleichen. Sind Rücklagen nicht vorhanden, kann der Fehlbetrag in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden und ist dort durch Ausgabekürzungen zu erwirtschaften. Ein noch vorhandener Fehlbetrag wird von den Zuweisungen im zweiten Haushaltsjahr nach seiner Entstehung abgesetzt. Ein Überschuss in der Jahresrechnung soll zum Ausgleich künftiger Fehlbeträge verwendet werden.

Abschnitt VI:
Strukturrücklage und Strukturhaushalt

§ 19
Strukturhaushalt

(1) Die bei Inkrafttreten dieser Finanzsatzung vorhandene gemeinsame Strukturrücklage wird fortgeführt und dient der Finanzierung des als Sonderhaushalt auszuweisenden Strukturhaushaltes.

(2) Die kirchlichen Körperschaften können auf Antrag eine Zuweisung aus dem Sonderhaushalt erhalten, wenn sie ihre Haushalte nicht aus eigenen Mitteln ausgleichen können. Voraussetzung ist ferner, dass die zuständigen Gremien verbindlich über den künftigen Entfall von Ausgaben oder Planstellen beschlossen haben, den Zeitpunkt des Entfalls bestimmt haben und die beschlossene Strukturmaßnahme innerhalb eines vertretbaren Zeitraumes wirksam wird.

(3) Eine Strukturzuweisung kann bis zur Höhe der künftig entfallenden Ausgaben gewährt werden. Eine Strukturzuweisung kann auch für einmalige Aufwendungen gewährt werden, die zu unmittelbar wirksam werdenden Ausgabeminderungen führen, wie Abfindungen an ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(4) Strukturzuweisungen sind zurückzuzahlen, wenn der Strukturbeschluss nicht vollzogen wird oder die Ausgabeminderung auf andere Weise nicht erreicht wird.

(5) Über Strukturzuweisungen entscheidet die Kirchenkreissynode auf Vorschlag des Finanzausschusses mit Beschluss über den Kirchenkreishaushalt. Über Strukturzuweisungen im Verlauf des Haushaltsjahres entscheidet der Finanzausschuss.

Abschnitt VII:
Sonstige Vorschriften

§ 20
Rücklagen

(1) Als gemeinsame Rücklagen des Kirchenkreises und der Kirchengemeinden werden geführt:

- a) Eine Betriebsmittelrücklage,
- b) der Bauunterhaltungsfonds und eine Investitionsrücklage (§ 5),
- c) die Strukturrücklage (§ 19),
- d) eine Ausgleichsrücklage,
- e) weitere Rücklagen nach Beschlüssen des Kirchenkreisvorstandes.

Der Kirchenkreisvorstand bewirtschaftet die Rücklagen soweit diese Finanzsatzung keine andere Regelung vorsieht und entscheidet in besonderen Fällen im Einvernehmen mit dem Finanzausschuss.

(2) Kirchenkreis und Kirchengemeinden führen daneben eigene Rücklagen, insbesondere Ausgleichsrücklagen nach § 17 Abs. 7 und 8.

§ 21

Aufstellung und Bewirtschaftung der Haushalte

(1) Die Kirchenkreisverwaltung erstellt vor Beginn des Haushaltsjahres die Voranschläge zu den Haushaltsplänen der Kirchengemeinden und des Kirchenkreises. Die Kirchenvorstände und der Kirchenkreisvorstand beschließen auf dieser Grundlage über den Entwurf zum Haushaltsplan ihrer Körperschaft. Der Kirchenkreisvorstand kann den Haushaltsentwurf einer Kirchengemeinde beanstanden, wenn dieser keinen Haushaltsausgleich erwarten lässt.

(2) Der Entwurf zum Haushaltsplan des Kirchenkreises wird vom Finanzausschuss mitberaten. Über das Ergebnis seiner Mitberatung berichtet der Finanzausschuss der Kirchenkreissynode nachdem der Entwurf zum Haushaltsplan vom Kirchenkreisvorstand oder einer beauftragten Person zur Beschlussfassung in die Kirchenkreissynode eingebracht wurde.

(3) Der Kirchenkreisvorstand kann im Einvernehmen mit dem Finanzausschuss jährliche Richtlinien für die Aufstellung der Haushaltspläne erlassen und allgemeine Anordnungen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs treffen.

§ 22

Genehmigungsvorbehalte

(1) Satzungen der Kirchengemeinde, Ordnungen über Gebühren und Entgelte, Miet- und Pachtverträge und Vereinbarungen mit Dritten über den Betrieb und die Finanzierung kirchlicher Einrichtungen oder die finanzielle Beteiligung kirchlicher Körperschaften an Einrichtungen Dritter bedürfen der kirchenaufsichtlichen Genehmigung durch den Kirchenkreisvorstand.

(2) Die Aufnahme von Darlehen durch die Kirchengemeinden bedarf der kirchenaufsichtlichen Genehmigung des Kirchenkreisvorstandes. Für Darlehen des Kirchenkreises ist nach § 23 Abs. 3 das Einvernehmen mit dem Finanzausschuss herzustellen.

§ 23

Finanzausschuss

Dem Finanzausschuss nach Artikel 30 Abs. 2 der Verfassung der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche (NEK) gehören sieben Mitglieder und vier stellvertretende Mitglieder an. Sie werden aus der Mitte der Kirchenkreissynode für die Dauer der Amtszeit der Synode gewählt. Zu Mitgliedern des Finanzausschusses dürfen zusammen maximal drei Pastorinnen oder Pastoren und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewählt werden. Bei den stellvertretenden Mitgliedern des Finanzausschusses ist die Zahl der Pastorinnen oder Pastoren und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter auf zwei zu begrenzen. Die stellvertretenden Mitglieder nehmen die Vertretung jeweils in der Reihenfolge ihrer Wahl wahr und rücken bei Ausscheiden eines Mitglieds in dieser Reihenfolge in den Finanzausschuss nach.

(2) Der Finanzausschuss wählt die Vorsitzende oder den Vorsitzenden aus der Reihe der ordentlichen Mitglieder des Ausschusses. Der Finanzausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder anwesend sind. Die Einschränkungen nach den Sätzen 3 und 4 des Abs. 1 gelten ausschließlich für die Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Finanzausschusses, nicht aber für Sitzungen und Abstimmungen des Finanzausschusses. Die Pröpstin oder der Propst sowie die Vertreterin oder der Vertreter in diesem Amt sowie die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Kirchenkreisvorstandes und die Verwaltungsleiterin oder der Verwaltungsleiter nehmen an den Sitzungen des Finanzausschusses mit beratender Stimme teil.

(3) Der Finanzausschuss nimmt neben seinen Aufgaben nach Artikel 30 Abs. 2 der Verfassung der NEK die ihm nach dieser Finanzsatzung zugewiesenen Aufgaben wahr. Er wirkt daneben an der Finanzplanung des Kirchenkreises mit und berät die Kirchenvorstände in Fragen der Haushaltsaufstellung und Finanzplanung. Der Kirchenkreisvorstand stellt das Einvernehmen mit dem Finanzausschuss her, wenn er beabsichtigt, vertragliche Verpflichtungen mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen auf künftige Haushaltsjahre einzugehen.

§ 24

Rechtsmittel

(1) Entscheidungen des Kirchenkreisvorstandes und des Finanzausschusses nach dieser Finanzsatzung sind dem Kirchenvorstand der betroffenen Kirchengemeinde schriftlich mitzuteilen und in der Regel zu begründen. Der Kirchenvorstand kann innerhalb von drei Wochen nach Eingang der Entscheidung Einspruch bei der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Kirchenkreisvorstandes einlegen. Der Einspruch ist schriftlich zu erheben und zu begründen.

(2) Der Kirchenkreisvorstand berät über den Einspruch nach Anhörung eines Vertreters des Kirchenvorstandes. Bei Einsprüchen gegen Entscheidungen des Finanzausschusses ist vor der Entscheidung über den Einspruch ferner die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Finanzausschusses oder ein vom Finanzausschuss beauftragtes Mitglied des Ausschusses zu hören. Gibt der Kirchenkreisvorstand dem Einspruch nicht statt, kann der Kirchenvorstand eine Entscheidung der Kirchenkreissynode verlangen. Eine Entscheidung der Synode ist schriftlich zu beantragen und zu begründen. Dabei gelten die Fristen der Geschäftsordnung der Kirchenkreissynode.

§ 25

Inkrafttreten

Diese Satzung bedarf der kirchenaufsichtlichen Genehmigung durch das Nordelbische Kirchenamt. Sie tritt nach Bekanntgabe im Gesetz- und Verordnungsblatt der Nordelbischen Kirche mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Finanzsatzung vom 8. November 2000 (GVOBl. 2001 S. 8) außer Kraft.

Ausgefertigt Flensburg, den 21. Juni 2004

Jutta Gross-Ricker
Vorsitzende des
Kirchenkreisvorstandes

Gerd Nielsen
Mitglied des
Kirchenkreisvorstandes

*

Die vorstehend abgedruckte Satzung ist durch das Nordelbische Kirchenamt gemäß Artikel 38 Buchstabe p der Verfassung mit Schreiben vom 15. Dezember 2004, Az. 10.8 KK Flensburg – R Hr, kirchenaufsichtlich genehmigt worden.

Kiel, den 14. März 2005

Nordelbisches Kirchenamt

Im Auftrage

Heuer

Az.: 10.8 KK Flensburg

Kirchengericht für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten nach § 9 KGMVG-NEK

Hier: Beschluss des Kollegiums des Nordelbischen Kirchenamtes vom 15. Februar 2005

Im Nachgang zur Veröffentlichung der Besetzung des Kirchengerichts für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten im GVOBl. 2002, S. 329, geben wir Ihnen nachfolgend die Namen der vom Kollegium des Nordelbischen Kirchenamtes gewählten Stellvertreterinnen des Beisitzers des Kirchengerichts für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten bekannt. Die Wahl erfolgt jeweils mit Wirkung vom 1. März 2005 bis zum 31. Dezember 2007.

Für das Kollegium des Nordelbischen Kirchenamtes:

1. Beisitzer:

Herr Wichard von Heyden
Nordelbisches Kirchenamt
Dänische Straße 21/35
24103 Kiel

2. 1. Stellvertreterin des Beisitzers:

Frau Corry Platzek
Nordelbisches Kirchenamt
Dänische Straße 21/35
24103 Kiel

3. 2. Stellvertreterin des Beisitzers:

Frau Dr. Elisabeth Chowaniec
Landeskirchliche Beauftragte Hamburg
Esplanade 14
20354 Hamburg

Görlitz
Oberkirchenrätin

Az.: 3765 – LDA Gö

Ungültigkeitserklärung eines Kirchensiegels

Der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Hohenhorn, Kirchenkreis Herzogtum Lauenburg, ist, wie uns im März 2005 gemeldet wurde, durch Einbruchdiebstahl bereits im Oktober 2004 ein Siegelstempel abhanden gekommen.

Form und Größe: spitzoval, 30 : 40 mm

Umschrift: „EV.-LUTH. KIRCHENGEMEINDE HOHENHORN“

Beschreibung des Siegelbildes: Ein großes griechisches Kreuz über den Buchstaben Alpha und Omega

Beizeichen: ein Rautenpunkt im Scheitelpunkt des Siegels

Das vorstehend beschriebene und unten abgedruckte Kirchensiegel wird hiermit gemäß § 19 Abs. 1 Siegelordnung außer Kraft gesetzt.



Kiel, den 8. März 2005

Nordelbisches Kirchenamt

Im Auftrag

Ballhorn

Az. 10.9 – Hohenhorn – R Bal

Pfarrstellenerrichtung

Die Pfarrstelle des Kirchenkreises Eckernförde für die Leitung des Zentrums für kirchliche Dienste im Kirchenkreis wird mit Wirkung vom 1. März 2005 errichtet.

Az.: 20 Kkr. Eckernförde Leitung des Zentrums für kirchliche Dienste im Kirchenkreis - P Vo/P Ha

III. Pfarrstellenausschreibungen der Landeskirchen Nordelbiens, Mecklenburgs und Pommerns

In der **Missionsakademie des Evangelischen Missionswerkes an der Universität Hamburg** ist die folgende Stelle zu besetzen:

Die Missionsakademie an der Universität Hamburg ist eine Stiftung, die vom Evangelischen Missionswerk in Deutschland (EMW), der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Universität Hamburg getragen wird. Sie ist eine Einrichtung nach dem Hamburger Hochschulgesetz (§ 109) und dem Institut für Missions-, Ökumene- und Religionswissenschaften des Fachbereichs Evangelische Theologie der Universität Hamburg verbunden. Einer ökumenisch ausgerichteten Missionstheologie und dem Interreligiösen Dialog verpflichtet, ist sie eine Stätte der Begegnung und des Austausches für Theologinnen und Theologen verschiedener Kulturen und versteht sich als eine ökumenische Lebens- und Lerngemeinschaft auf Zeit.

An der Missionsakademie leben und promovieren Theologinnen und Theologen aus Übersee, zurzeit aus Süd-Korea, Indien, Tansania, Togo und Costa Rica, zum Teil mit ihren Familien. Die Missionsakademie ist damit einer der wenigen Orte in Deutschland, wo die Chancen und Herausforderungen der Kirchen in Übersee und ihrer theologischen Ausbildung diskutiert werden können.

Die Missionsakademie sucht zum 1. Januar 2006

eine Studienleiterin oder einen Studienleiter.

Aufgaben der Studienleitung sind:

- Fortbildungsseminare, vorwiegend für kirchliche Gruppen in den Bereichen Ökumene, Mission, Interreligiöser Dialog und entwicklungsbezogene Bildungsfragen,
 - tutorielle Begleitung von überseeischen Promovierenden,
 - Mitgestaltung der vita communis in der Missionsakademie.
- Bewerberinnen und Bewerber sollten
- ordinierte(r) Pastorin oder Pastor einer Gliedkirche der EKD oder anderen Mitgliedskirchen der ACK in Deutschland e.V. sein,
 - theologische Kompetenz mit Bezug auf Afrika vorweisen können,
 - vorzugsweise promoviert oder durch Publikationen wissenschaftlich ausgewiesen sein,
 - in Englisch in Wort und Schrift und vorzugsweise in einer weiteren Sprache kommunizieren können (z.B. Französisch oder Spanisch).

Die Tätigkeit ist auf fünf Jahre befristet, die Vergütung erfolgt entsprechend A13/14.

Auskünfte unter Tel. 040/8231610 erteilen Dr. Michael Biehl, Geschäftsführender Studienleiter, oder Prof. Dr. Theodor Ahrens, Vorstandsvorsitzender der Missionsakademie.

Bewerbungen sind **bis zum 30. April 2005** zu richten an den Vorstandsvorsitzenden der Missionsakademie, Prof. Dr. Theodor Ahrens, Rupertstraße 67, 22609 Hamburg.

Az.: 2020-3 – P Kä

*

In der **Kirchengemeinde Mölln** im Kirchenkreis Herzogtum Lauenburg ist die 2. Pfarrstelle vakant und ist zum 1. Oktober 2005 mit einem Pastor oder einer Pastorin zu besetzen. Die Be-

setzung erfolgt durch Berufung durch den Kirchenpatron und bischöfliche Bestätigung.

Die Stadt Mölln hat ca. 18.500 Einwohner und liegt 30 km von Lübeck und 50 km von Hamburg entfernt in landschaftlich reizvoller Umgebung. Als Mittelzentrum sind alle Versorgungseinrichtungen sowie alle Schularten vorhanden.

Die Kirchengemeinde Mölln ist mit ca. 11.000 Gemeindegliedern die größte Kirchengemeinde im Kirchenkreis Herzogtum Lauenburg. Das kirchliche Leben wird getragen von einer Vielzahl engagierter Ehrenamtlicher, vier Pastoren an drei Predigtstätten, einer Diakonin für Jugend- und Seniorenarbeit, zwei hauptamtlichen Kirchenmusikern und weiteren Mitarbeiter/innen im Kindergarten, in der Verwaltung und auf den Friedhöfen.

Die Hauptpredigtstätte der ausgeschriebenen Stelle befindet sich in der historischen und reichhaltig ausgestatteten St. Nicolai-Kirche im Herzen der Stadt.

Der A-Kirchenmusiker an St. Nicolai gestaltet vielfältige Formen der Chorarbeit – von Choralschola bis Gospelchor – mit 200 Sängern und Sängerinnen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Trägerschaft der Kindertagesstätten mit 180 Kindern.

In unmittelbarer Nähe zum Pastorat (Dienstwohnsitz) wird ein neues Gemeindezentrum im Laufe dieses Jahres fertig gestellt.

Die Gemeinde befindet sich in einem fortgeschrittenen, umfassenden Gemeindeentwicklungsprozess, der vor dem Hintergrund der großen uns bevorstehenden Aufgaben verfolgt wird.

Leitgedanke ist die Einheit unserer Gemeinde.

Erwartungsprofil:

- klares geistliches Profil zeigen und geistliche Leitung ausüben,
- Freude an der Gestaltung des gottesdienstlichen Lebens auch in alternativen Formen,
- Verkündigung in zeitgemäßer Sprache,
- die besondere Situation der Stadtkirche als Herausforderung annehmen, z. B. den theologischen Bildungsauftrag im Erwachsenenbereich realisieren,
- religionspädagogische Begleitung unserer Kindertagesstätten,
- Fähigkeit im Team mit 4 Kolleginnen/Kollegen, vielen haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen konstruktiv zusammenzuarbeiten,
- Einsatzfreude, zielorientierte Entscheidungsfähigkeit und Umsetzungsbereitschaft.

Ausführliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den Herrn Propst des Kirchenkreises Herzogtum Lauenburg, Herrn Propst Peter Godzik, Kirchenkreis Herzogtum Lauenburg, Am Markt 7, 23909 Ratzeburg.

Bewerberinnen und Bewerber aus Mecklenburg und Pommern richten ihre Bewerbung über das dortige Kirchenamt an das Personaldezernat des Nordelbischen Kirchenamts, Dänische Str. 21-35, 24103 Kiel.

Auskünfte erteilen die stellvertretenden Vorsitzenden des Kirchenvorstandes, Thomas Zeller, Mobil-Telefon 0163-7200343, und Wolfgang Hünneke, Tel. 04542-835339.

Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 30. April 2005**.

Diese Frist ist eine Ausschlussfrist. Entscheidend ist nicht der Poststempel, sondern der rechtzeitige Zugang bei der angegebenen Adresse. Verspätet eingegangene Bewerbungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Az.: 20 Mölln (2) – P Kä

*

Die Stelle einer/eines **Nordelbischen Ökumenebeauftragten in Hamburg** der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche ist zum 01.06.2005 mit einer Pastorin/einem Pastor im Dienstumfang von 75 % zu besetzen.

Die Besetzung erfolgt durch Berufung der Kirchenleitung auf die Dauer von fünf Jahren. Dienstsitz ist Hamburg.

Die Nordelbische Ökumenebeauftragte/der Ökumenebeauftragte in Hamburg hat folgende Aufgaben:

- Er/sie fördert die Integration von Christinnen und Christen anderer oder gleicher Konfession, die als Zuwanderer oder Flüchtlinge zu uns kommen;
- er/sie fördert die Integration der Gemeinden anderer Sprache und Herkunft und unterstützt die Gemeinden in Schleswig-Holstein und Hamburg beim Aufbau ihres Gemeindelebens;
- er/sie fördert die Sammlung von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener ausländischer Kirchen in einer eigenen Interessenvertretung;
- er/sie organisiert die theologische Fortbildung speziell afrikanischer Gemeindeleiterinnen und -leitern in Zusammenarbeit mit dem EMW und der Missionsakademie in Hamburg;
- sie/er arbeitet eng mit der ACK Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen und fördert die nordelbischen Gemeinden und Kirchenkreise bei der Gestaltung ihrer ökumenischen Kontakte;
- sie/er arbeitet im Ausschuss der Kirchenleitung der NEK für Ökumene, Mission und Entwicklung mit;
- sie/er hält Kontakt zu den PastorInnen und anderen Mitarbeitenden im Bereich der EKD, die mit der Zusammenarbeit ausländischer Gemeinden beauftragt sind.
- sie/er ist Geschäftsführerin der ACK in Hamburg.

Erwartet wird von der Stelleninhaberin/dem Stelleninhaber ökumenische und diakonisch-seelsorgerliche Kompetenz, Freude an und Engagement für die Belange der Gemeinden, Zusammenarbeit mit der Flüchtlingsbeauftragten der NEK und der Migrationsabteilung der Diakonischen Werke. Englischkenntnisse sind erforderlich, andere Fremdsprachenkenntnisse wünschenswert.

Nähere Auskünfte erteilt OKR Wolfgang Vogelmann (0431-9797-800).

Bewerbungen mit ausführlichem Lebenslauf sind zu richten an das Dezernat M des Nordelbischen Kirchenamtes, Dänische Str. 21-35, 24103 Kiel.

Bewerberinnen und Bewerber aus Mecklenburg und Pommern richten ihre Bewerbung über das dortige Kirchenamt an das Personaldezernat des Nordelbischen Kirchenamts, Dänische Str. 21-35, 24103 Kiel.

Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 30. April 2005, 24.00 Uhr**.

Diese Frist ist eine Ausschlussfrist. Entscheidend ist nicht der Poststempel, sondern der rechtzeitige Zugang bei der an-

gegebenen Adresse. Verspätet eingegangene Bewerbungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Az.: 20 Ökumenebeauftragte/r – P Na

*

Das Amt des **Direktors/der Direktorin des Prediger- und Studienseminars** der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche ist vakant und ist zum 1. August 2005 zu besetzen. Dienst- und Wohnsitz sind derzeit **Preetz**. Die Besetzung erfolgt durch Berufung der Kirchenleitung auf Zeit.

Der Direktor/die Direktorin hat die Leitungsverantwortung für die Durchführung des Vikariats. Er/sie gehört zum Team der Studienleiter/Studienleiterinnen am Predigerseminar und arbeitet zusammen mit den Regionalmentoren/Regionalmentorinnen. Die Leitung von Kursen im Seminar bildet einen besonderen Schwerpunkt seiner/ihrer Arbeit. Darüber hinaus gehört zu seinen/ihren Aufgaben:

- Leitung des Prediger- und Studienseminars im Dietrich-Bonhoeffer-Haus
- konzeptionelle Weiterentwicklung des Curriculums, auch im Verbund mit dem Predigerseminar Ludwigslust
- Begleitung und Förderung der Vikare und Vikarinnen in der Ausbildung ihrer pastoralen Identität
- Vertretung der Ausbildung in verschiedenen Bereichen der Nordelbischen Kirche.

Besonders erwünscht sind Fähigkeiten zur theologischen Reflexion pastoraler Praxis sowie die Bereitschaft und Kompetenz zum Dialog mit den Humanwissenschaften. Darüber hinaus werden Erfahrungen in der Gemeindearbeit und in der Arbeit mit Gruppen erwartet.

Aufgrund des gegenwärtigen Reformprozesses in der NEK ist es möglich, dass es zu Veränderungen in der Struktur und auch hinsichtlich des Ortes des Predigerseminars kommen kann. Deshalb wird bei den Bewerberinnen und Bewerbern auch in dieser Hinsicht große Flexibilität vorausgesetzt. Auskünfte erteilt Herr OKR Gothart Magaard, Nordelbisches Kirchenamt, Dänische Strasse 21-35, 24103 Kiel, Telefon: 0431/9797-820. Weitere Informationen auch unter: www.dbh-preetz.de.

Die Stelleninhaberin/der Stelleninhaber erhält eine Besoldung nach Besoldungsgruppe A 13/A 14. Für die Dauer der Wahrnehmung der Stelle wird eine Zulage im Rahmen der kirchenbeamtenrechtlichen Vorschriften in Höhe des Unterschiedes zur Besoldungsgruppe A 16 gewährt.

Bewerbungen sind zu richten an den Vorsitzenden der Kirchenleitung der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche, Herrn Bischof Dr. Knuth, Dänische Straße 21/35, 24103 Kiel.

Bewerberinnen und Bewerber aus Mecklenburg und Pommern richten ihre Bewerbung über das dortige Kirchenamt an das Personaldezernat des Nordelbischen Kirchenamts, Dänische Str. 21-35, 24103 Kiel.

Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 15. Mai 2005, 24.00 Uhr**.

Diese Frist ist eine Ausschlussfrist. Entscheidend ist nicht der Poststempel, sondern der rechtzeitige Zugang bei der angegebenen Adresse. Verspätet eingegangene Bewerbungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Az.: 20 Predigerseminar Preetz (1) – P Vo/P Na

*

In der **Kirchengemeinde Schmalfeld** im Kirchenkreis Neumünster ist die Pfarrstelle ab dem 1. Juni 2005 mit einem Pastor/einer Pastorin oder einem Pastorenehepaar in einem je-

weils eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %) zu besetzen. Die Besetzung erfolgt durch bischöfliche Ernennung.

Die Kirchengemeinde Schmalfeld umfasst das Dorf Schmalfeld mit 1860 Einwohnern in ländlicher Umgebung zwischen den Städten Bad Bramstedt und Kaltenkirchen. Außerdem gehören die Dörfer Lentförden, Hasenmoor und Struvenhütten mit insgesamt 3323 Gemeindegliedern zur Gemeinde. Schmalfeld ist der zentrale Kirchort mit Kirche (erbaut 1970), Gemeinderäumen, einem separaten Pastorat dicht bei der Kirche und angrenzender Gästewohnung sowie Kirchenbüro. In Schmalfeld gibt es eine Grundschule und einen Kindergarten. Weiterführende Schulen sind gut zu erreichen.

Wir möchten mit unserer Arbeit Menschen den Glauben an Jesus Christus nahe bringen. Eine missionarische, an der Bibel orientierte Verkündigung ist unser Anliegen. Unser Leitbild ist geprägt vom auferstandenen Sohn Gottes. Ein dahingehend engagierter Kirchenvorstand ist als Team zur aktiven Mitarbeit und Unterstützung bereit.

Wir wünschen uns eine Pastorin/einen Pastor

- die/der durch den lebendigen Glauben an Jesus Christus geprägt ist;
- der/dem die Verbreitung des Glaubens an Jesus Christus und ein intensives geistliches Leben am Herzen liegt;
- die/der teamfähig ist, eine verbindende Art und ein seelsorgerliches Gespür hat;
- die/der Kreativität mitbringt für den Gottesdienst und die Verkündigung in zeitgemäßer Sprache;
- der/dem die Jugendlichen und Konfirmanden am Herzen liegen;
- die/der Impulse für die Menschen gibt, die der Kirche fern stehen;
- die/der die Gemeinde seelsorgerlich begleitet und im Glauben weiterführt;
- die/der offen für Weltmission ist.

Eine vollzeitliche Gemeindepädagogin versieht u.a. den Kindergottesdienst, Kinderkirche, Konfirmandenunterricht in Lentförden sowie die Jugendarbeit und organisiert/führt Freizeiten durch. Weiter sind Mitarbeiter für Küsterdienst, Kirchenmusik und Grundstückspflege angestellt.

Viele ehrenamtliche Mitarbeiter arbeiten im Gemeindegemeinschaftsteam, Kindergottesdienst-Team, Missionsteam, Teestube, Pfadfindergruppe, Chor, Posaunenchor, Hauskreisen, Gebetskreisen und Krabbelgruppe mit.

Die Gottesdienste finden jeweils sonntags in der Gnadenkirche in Schmalfeld, zusätzlich zweimal im Monat im Kulturzentrum in Lentförden, sowie monatlich im Seniorenheim Lentförden statt. Gelegentliche Gottesdienste in den Gemeinden Hasenmoor und Struvenhütten sind erwünscht.

Die Bibelstunde findet wöchentlich im Gemeindegemeinschaftssaal statt. Missionsfest, Bibelwoche, Missionarsbesuche, Einschulungs- und Familiengottesdienste und Andachten bei den Senioren sind feste Bestandteile des Gemeindelebens. Mit anderen Gemeinden der Umgebung bestehen Verbindungen im Rahmen der evangelischen Allianz.

Bewerbungen mit ausführlichem handgeschriebenen Lebenslauf sind zu richten an die Frau Bischöfin für den Sprengel Holstein-Lübeck über den Herrn Propst des Kirchenkreises Neumünster, Am Alten Kirchhof 5, 24534 Neumünster.

Bewerberinnen und Bewerber aus Mecklenburg und Pommern richten ihre Bewerbung über das dortige Kirchenamt an

das Personaldezernat des Nordelbischen Kirchenamts, Dänische Str. 21-35, 24103 Kiel.

Auskünfte erteilen Propst Stefan Block, Tel. 04321/498-133 oder -134, oder der Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Rudolf Naujack, Tel. 04191/2045.

Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 31. Mai 2005.

Diese Frist ist eine Ausschlussfrist. Entscheidend ist nicht der Poststempel, sondern der rechtzeitige Zugang bei der angegebenen Adresse. Verspätet eingegangene Bewerbungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Az.: 20 Schmalfeld – P Kä

*

In der Kirchengemeinde Schulensee im Kirchenkreis Neumünster ist die Pfarrstelle vakant und ist zum 1. November 2005 mit einem Pastor/einer Pastorin oder einem Pastorenehepaar in einem jeweils eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %) zu besetzen. Die Besetzung erfolgt durch bischöfliche Ernennung.

Die Kirchengemeinde Schulensee umfasst die Ortsteile Schulensee, Rammsee, einen Teil des alten Dorfes Molfsee und das Gebiet der politischen Gemeinde Mielkendorf. Dieses Gebiet ist weitgehend durch Einfamilienhausbebauung geprägt und gehört zu einer beliebten Wohnlage am Stadtrand der Landeshauptstadt Kiel im landschaftlich reizvollen Eidertal. Im Bereich der Gemeinde leben gut 5.000 Einwohner, davon sind ca. 3.000 evangelische Gemeindeglieder. Alle Altersstufen sind ausgewogen vertreten.

Im Gemeindegebiet liegen ein Pflegeheim und eine diakonische Einrichtung der Kieler Stadtmission sowie eine Seniorenwohnanlage. Kindergärten und Grundschule sind am Ort, alle anderen weiterführenden Schulen sind in Flintbek bzw. Kiel gut zu erreichen.

Mittelpunkt des kirchlichen Gemeindelebens ist die unter Denkmalschutz stehende, architektonisch reizvolle Thomaskirche, Baujahr 1959. Um die Kirche gruppieren sich das Gemeindehaus mit Kindergarten und Küsterhaus sowie das geräumige, jüngst unter Energiespargesichtspunkten modernisierte Pastorat mit großem Garten.

Einige Arbeitsbereiche der Kirchengemeinde stellen sich wie folgt dar:

- Der Kindergarten (zwei Gruppen, vier Mitarbeiterinnen) ist gut in das Gemeindeleben integriert. Die Mitarbeiterinnen beteiligen sich an Familiengottesdiensten, Kinderbibelwochen und anderen gemeindlichen Veranstaltungen. Die Finanzierung des Kindergartens ist über öffentliche Mittel, Elternbeiträge und die Zinserträge einer kirchengemeindeeigenen Stiftung gesichert.
- Die B-Kirchenmusikerin der Gemeinde (75 %-Stelle) pflegt intensive kirchenmusikalische Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Sie wirkt über die musikalische Begleitung der Gottesdienste und Amtshandlungen hinaus auch bei anderen Gemeindeveranstaltungen mit. Ihr steht ein Förderverein zur Seite, der größere, gut besuchte Konzertveranstaltungen finanziell ermöglicht.
- Der Küster (100 %-Stelle) nimmt neben der klassischen Küstertätigkeit auch kleinere Reparaturen mit handwerklichem Geschick wahr.
- Der Friedhof wird über einen Werkvertrag von einem selbständigen Friedhofsgärtner bewirtschaftet und verwaltet. Er trägt sich seit Jahrzehnten ohne Zuschüsse aus Kirchensteuermitteln. Für die Urlaubszeiten besteht eine gegenseitige Vertretung zwischen Küster und Friedhofsgärtner.

- Die Kirchenrechnungsführung wird zusammen mit den Kirchengemeinden Flintbek und Kirchbarkau in Flintbek erledigt.
- Ein Kirchenbüro besteht nicht. Die Kindergartenleiterin, die Kirchenmusikerin und der/die Pastor/in erledigen ihre Organisations- und Schreibarbeiten selbsttätig und in Absprache miteinander. Kenntnisse in der Handhabung entsprechender PC-Programme und Bereitschaft zur Nutzung anderer elektronischer Hilfsmittel sind unbedingt notwendig.
- Für die Gemeindegemeinschaft steht ein großer Kreis engagierter ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit, der die Kinderbibelwoche, die Geburtstagerinnerungsfeiern für Senioren und andere gemeindliche Unternehmungen mitgestaltet, aber auch wichtige Bereiche des Gemeindelebens eigenverantwortlich trägt, z.B. die Kinderkirche, die Mutter-Kind-Gruppe, die Jugendarbeit, einen Familiengesprächskreis, eine Frauengesprächsrunde, den Seniorenclub und den Basarkreis.

Die Gemeinde wünscht sich einen Pastor/eine Pastorin der/die,

- Gemeindegemeinschaft hat und sich längerfristig voll in die Gemeinde einbringen möchte,
- Freude hat an der Gestaltung des Gottesdienstes in der vertrauten Form, aber auch offen ist für die vielfältigen Möglichkeiten, die Verkündigung des Wortes Gottes mit den Ereignissen in der Gemeinde zu verbinden,
- gerne mit Kindern arbeitet und die Konfirmandenarbeit mit gemeindenahen Projekten verbindet,
- Hilfe leistet bei der Intensivierung der Jugendarbeit,
- Lust zur Gestaltung eines gern gelesenen Gemeindebriefes hat,
- zu seelsorgerlicher Besuchstätigkeit in der Gemeinde bereit ist,
- der erfolgreichen kirchenmusikalischen Arbeit Raum geben wird,
- vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kirchenvorstand sowie den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wahrnimmt und an der Gewinnung und Motivation von ehrenamtlichen Mitarbeitern mitwirkt,
- offen auf das außerkirchliche Gemeindeleben zugeht.

Bewerbungen mit ausführlichem Lebenslauf sind zu richten an die Frau Bischöfin für den Sprengel Holstein-Lübeck, Frau Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter, Bischofskanzlei, Bäckerstr. 3 - 5, 23564 Lübeck, über den Herrn Propst des Kirchenkreises Neumünster, Am Alten Kirchhof 5, 24534 Neumünster.

Bewerberinnen und Bewerber aus Mecklenburg und Pommern richten ihre Bewerbung über das dortige Kirchenamt an das Personaldezernat des Nordelbischen Kirchenamts, Dänische Str. 21-35, 24103 Kiel.

Auskünfte erteilen Herr Propst Block, Am Alten Kirchhof 5, 24354 Neumünster, Tel. 04321/498133 u. 134 und der stellvertretende Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Herr Albat, Im Stillen Winkel 3, 24247 Mielkendorf, Tel. 0431/6596760.

Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 30. Mai 2005**.

Diese Frist ist eine Ausschlussfrist. Entscheidend ist nicht der Poststempel, sondern der rechtzeitige Zugang bei der angegebenen Adresse. Verspätet eingegangene Bewerbungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Az.: 20 Schulensee - P Kä

*

In der **St. Lorenz-Kirchengemeinde Travemünde** im Kirchenkreis Lübeck ist die 2. Pfarrstelle vakant und zum schnellstmöglichen Zeitpunkt mit einem Pastor oder einer Pastorin zu besetzen. Die Besetzung erfolgt durch bischöfliche Ernennung.

Travemünde ist ein Stadtteil Lübecks und mit vier umliegenden Dörfern Zuhause für etwa 13.000 Menschen, davon gehören 7.600 zu unserer Kirchengemeinde. Es ist ein Seebad von internationalem Rang sowie ein beliebter Altersruhesitz. Im großen Neubaugebiet „Gneversdorfer Berg“ leben aber auch viele junge Familien. Travemünde liegt ca. 15 Kilometer vor den Toren der Stadt Lübeck und bietet eine gute Infrastruktur. Kindergärten, Grund-, Haupt- und Realschule sind vorhanden.

Die historische St. Lorenzkirche im Ortskern Travemündes ist eine bekannte Touristenkirche. Neben dieser Predigtstätte gibt es eine zweite, die Versöhnungskirche im Pommernzentrum. Für das Gemeindeleben und die Verwaltung stehen zwei Gemeindehäuser, das Jugendhaus „JuKo“, die Altentagesstätte „Altenclub“ und ein Zentralbüro zur Verfügung. Darüber hinaus ist die Gemeinde Trägerin eines Kindergartens sowie einer Seniorenwohnanlage. Auch unterhält sie einen Friedhof.

Seit 01.01.2005 bildet die Kirchengemeinde einen Gemeindeverband mit der Nachbargemeinde in Lübeck-Kücknitz, die ca. 11.000 Mitglieder hat.

- Die St. Lorenzgemeinde wird von einem engagierten Kirchenvorstand mit kompetenten Ausschüssen geleitet. Zahlreiche Ehrenamtliche gestalten das gemeindliche Leben und engagieren sich in rund 30 Gruppen.
- Zu den haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter/innen gehören der Kirchenmusiker, der Küster, eine Gemeindepädagogin für die Arbeit mit Kindern, eine Sekretärin und eine Kassenführerin sowie die Teams im Kindergarten und auf dem Friedhof.
- Die pastorale Arbeit ist in drei Seelsorge- und Amtshandlungsbezirken organisiert. Darüber hinaus nehmen die Pfarrstelleninhaber/innen jeweils unterschiedliche gesamtgemeindliche Aufgaben wahr.
- Das reiche gottesdienstliche Leben mit zahlreichen Amtshandlungen, die Kirchenmusik und die lebensbegleitende Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Senior/innen bilden Schwerpunkte.

Der Pfarr- und Seelsorgebezirk der zweiten Pfarrstelle umfasst einen Bereich mit etwa 2.500 Gemeindegliedern und einem großen Neubaugebiet. Als besondere bezirksübergreifende Schwerpunkte sind der Pfarrstelle II folgende Arbeitsbereiche zugeordnet:

- die Konzeptionierung und Durchführung der Jugendarbeit im gemeindeeigenen Jugendhaus „JuKo“ sowie für den Gemeindeverband
- der Aufbau eines Fördervereins für die Jugendarbeit im Gemeindeverband
- die Entwicklung und Mitarbeit an einem Konzept für die Konfirmandenarbeit im Gemeindeverband mit zurzeit 420 Konfirmand/innen
- die Gewinnung und Begleitung von Ehrenamtlichen, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit.

Wir wünschen uns einen Pastor, eine Pastorin oder ein Pastorenehepaar (je 50 %) mit Freude an lebendiger und belebender, ansprechender und auch anspruchsvoller Arbeit. Wir erwarten:

- Freude daran, Gottes Wort und den christlichen Glauben den Menschen und besonders den Jugendlichen zu vermitteln.
- Die Wertschätzung des Bewährten in der Gemeinde und das Einbringen von neuen Impulsen.
- Die Bereitschaft, unsere Gemeinde und den Gemeindeverband in gemeinsamer geistlicher Verantwortung zu leiten und zu profilieren.
- Gute Kommunikation und Einsatzbereitschaft im Team.
- Die Bereitschaft zu Vertretungsdiensten im Kollegium des Verbandes.
- Belastbarkeit im Umgang und in der Arbeit mit Jugendlichen sowie in einer Gemeinde mit vielen Amtshandlungen.

Als Wohnsitz dient ein vor drei Jahren neu erbautes Pastorat mit Garten in der Nähe der Kirche und in unmittelbarer Nähe zum Haus für Jugendliche „JuKo“.

Bewerbungen mit ausführlichem Lebenslauf sind zu richten an die Frau Bischöfin für den Sprengel Holstein-Lübeck,

Frau Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter, Bäckerstraße 3-5, 23564 Lübeck, über den Herrn Propst des Kirchenkreises Lübeck, Bäckerstraße 3-5, 23564 Lübeck.

Bewerberinnen und Bewerber aus Mecklenburg und Pommern richten ihre Bewerbung über das dortige Kirchenamt an das Personaldezernat des Nordelbischen Kirchenamts, Dänische Str. 21-35, 24103 Kiel .

Auskünfte erteilen Propst Ralf Meister unter Tel. 0451-7902-104, die Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Frau Brigitte Braasch unter Tel. 04502-6443, Pastorin Astrid Baar unter Tel. 04502-3578 und Pastorin Anja Möller unter Tel. 04502-889450.

Die Bewerbungsfrist endet **mit Ablauf des 30. April 2005**.

Diese Frist ist eine Ausschlussfrist. Entscheidend ist nicht der Poststempel, sondern der rechtzeitige Zugang bei der angegebenen Adresse. Verspätet eingegangene Bewerbungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Az.: 20 St. Lorenz Lübeck-Travemünde (2) – P Kä

IV. Stellenausschreibungen

Die Ev.-Luth. Kirchengemeinde **Kaltenkirchen** sucht zum nächstmöglichen Termin

**eine Diakonin/einen Diakon oder
eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter
mit vergleichbarer Ausbildung**

für eine auf zwei Jahre befristete halbe Stelle (50%) in der Jugendarbeit.

Die Kirchengemeinde Kaltenkirchen mit drei umliegenden Dörfern hat ca. 10600 Gemeindeglieder, die von drei Pastoren betreut werden. Des Weiteren sind vorhanden: zwei Kindertagesstätten, ein Friedhof, drei Kirchen, vier Gemeindehäuser und eine eigene Verwaltung.

Unsere Kirchengemeinde befindet sich in einer Aufbruchsituation. Eine der vier Pfarrstellen ist jetzt weggefallen. Eine weitere Pfarrstelle wird voraussichtlich im Oktober neu besetzt. Eine Neustrukturierung der Pfarrbezirke ist erforderlich. Wir beraten darüber zur Zeit in einem extern begleiteten Gemeindeentwicklungsprozess.

Ehrenamtlich Mitarbeitende gibt es in der Pfadfinderarbeit, im Jugendgottesdienstteam, im Kindergottesdienst, in der Kinderkirche, im Bibelkreis, bei Freizeiten.

Arbeitsschwerpunkte:

- Leitung der Pfadfinderarbeit in Kaltenkirchen, die bei uns auch den Charakter von Sozialarbeit trägt
- Aufbau einer Pfadfindergruppe im Gemeindeteil Alveslohe
- Begleitung und Förderung der ehrenamtlich Mitarbeitenden
- Koordination der Aktivitäten in den verschiedenen Gemeindebezirken im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit
- Entwicklung von gesamtgemeindlichen Projekten

Wir wünschen uns eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter, der/die

- vorrangig unsere Pfadfinderarbeit voran bringt;
- sich auf die Arbeit an vier Gemeindebezirkszentren einstellen kann;
- die Unabhängigkeit besitzt, bei den unterschiedlichen Bedürfnissen der Jugendlichen und den Erwartungen der Verantwortlichen in den Gemeindebezirken einen klaren Weg zu beschreiten;
- offen ist für den laufenden Gemeindentwicklungsprozess;
- die Bereitschaft mitbringt, gemeindebezogen zu arbeiten;
- die Fähigkeit besitzt, im Team Konzeptionen zu entwickeln.

Die Vergütung erfolgt nach dem KAT-NEK.

Bewerbungen sind **bis zum 30.04.2005** zu richten an die Ev.-Luth. Kirchengemeinde Kaltenkirchen, Kieler Str. 7, 24568 Kaltenkirchen, E-Mail: mail@kirche-kaltenkirchen.de. Auskünfte erteilen Herr Pastor Martin Goetz-Schuirmann/Frau Silke Jäger, Tel.: 04191/9375-11.

*

Im Rahmen ihrer Kooperation möchten der **Kirchenkreis Lübeck und der Kirchenkreis Herzogtum Lauenburg** die

Stelle eines Verwaltungsleiters / einer Verwaltungsleiterin

zum 1. August 2005 für vorerst 5 Jahre – mit der Möglichkeit der Verlängerung – gemeinsam neu besetzen. Anstellungsträger ist der Kirchenkreis Lübeck.

Wir sind zwei Kirchenkreise mit insgesamt 58 Kirchengemeinden und beschäftigen 1.000 Mitarbeiter/innen. Zu uns gehören 80 Kindertagesstätten und 27 übergemeindliche Einrichtungen.

Aufgaben:

Die wichtigste Funktion wird die Zusammenführung zweier bisher eigenständiger Verwaltungen zu einer gemeinsamen Verwaltung sein. Damit verbunden ist die Einführung neuer Verwaltungsziele, effektiver Strukturen und kaufmännischer Buchführung. Wir verstehen Verwaltung als serviceorientierte Unterstützung der kirchlichen Aufgaben in den Kirchengemeinden und des kirchlichen Auftrags an den Menschen unserer beiden Kirchenkreise.

Die Leitungsaufgabe umfaßt u.a.:

- strategische Planung;
- Personalmanagement und Mitarbeiterführung;
- Finanz- und Haushaltsplanung;
- Vermögens- und Gebäudemanagement;
- Verhandlungen mit kommunalen und staatlichen Stellen;
- Beratung der Leitungsorgane, Einrichtungen und Gemeinden beider Kirchenkreise;
- Repräsentation der kirchlichen Verwaltung nach außen.

Voraussetzungen:

Wir erwarten:

- engagierte Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche;
- profunde juristische und betriebswirtschaftliche Kompetenz, die sich durch Ausbildung und Berufserfahrung nachweisen lässt;
- Leitungserfahrung und Teamfähigkeit;
- die Bereitschaft und Fähigkeit, sich in komplexe Strukturen schnell einzuarbeiten;
- Freude an der Gestaltung von Veränderungen;
- eine hohe Koordinations- und Kommunikationsfähigkeit;
- sicherer Umgang mit EDV (MS Office).

Angebot:

Wir bieten Ihnen

- eine herausfordernde Aufgabe mit großen Gestaltungsmöglichkeiten;
- Mitarbeit in einem innovativen und motivierten Leitungsteam;
- eine leistungsgerechte Vergütung (entsprechend A 14).

Bewerbungen erbitten wir **bis einschließlich 31.4.2005** an Propst Ralf Meister, Bäckerstr. 3-5, 23564 Lübeck, Tel. 0451/7902104

Weitere Informationen über unsere Kirchenkreise: www.kirchenkreise-luebeck.de und www.kirche-im-lauenburgischen.de

V. Personalnachrichten

Ernannt wurden:

- mit Wirkung vom 1. März 2005 der Pastor Matthias Corves, St. Peter-Ording, zum Pastor der Kirchengemeinde Süderlügum-Humstrup, Kirchenkreis Südtondern;
- mit Wirkung vom 1. März 2005 bei gleichzeitiger Begründung des Pfarrerdienstverhältnisses auf Lebenszeit der Pastor z.A. Ole Cramer, Heikendorf, zum Pastor der Kirchengemeinde Heikendorf – 2. Pfarrstelle –, Kirchenkreis Kiel;
- mit Wirkung vom 1. März 2005 die Pastorin im Probedienst Susanne Jensen, Osdorf, zur Pastorin der Vater-Unser Kirchengemeinde Osdorf-Felm-Lindhöft, Kirchenkreis Eckernförde.

Berufen wurden:

- mit Wirkung vom 1. April 2005 bei gleichzeitiger Begründung des Pfarrerdienstverhältnisses auf Lebenszeit die Pastorin z. A. Dr. Wiebke Bähnk, Hamburg, auf die Dauer von 5 Jahren in die 4. Pfarrstelle des Kirchenkreises Alt-Hamburg zur Dienstleistung mit besonderem Auftrag;
- mit Wirkung vom 1. Juli 2005 erneut die Pastorin Kirsten Fehrs, Hohenwestedt, bis zum 31. Dezember 2008 zur Pastorin der 2. Pfarrstelle des Kirchenkreises Rendsburg für Personal- und Gemeindeentwicklung;
- mit Wirkung vom 1. April 2005 die Pastorin Ulrike Lindemann-Tauscher, Böklund, auf die Dauer von fünf Jahren zur Pastorin der Pfarrstelle des Kirchenkreises Angeln zur Dienstleistung in der Region 2;
- mit Wirkung vom 16. Februar 2005 der Pastor Reinhart Pawelitzki, Kiel, auf die Dauer von 2 Jahren in die 31. Pfarrstelle der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche zur Dienstleistung mit besonderem Auftrag – Dienstleistung im Personaldezernat des Nordelbischen Kirchenamtes und im Prediger- und Studienseminar Preetz;
- mit Wirkung vom 1. März 2005 auf die Dauer von einem Jahr die Pastorin Ursula Sieg in die 39. Pfarrstelle der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche zur Dienstleistung mit besonderem Auftrag, verbunden mit dem Dienstauftrag „Erstellung von Unterrichtsmaterial zu den Bereichen Ethik für Rettungsassistenten sowie Stress und Stressbewältigung nach belastenden Einsätzen“;
- mit Wirkung vom 1. Mai 2005 der Pastor Reinhard Stender, Hamburg, auf die Dauer von zwei Jahren zum Pastor der Pfarrstelle des Kirchenkreises Süderdithmarschen für Religionsgespräche in der Berufsschule in Meldorf;
- mit Wirkung vom 1. März 2005 bis einschließlich 28. Februar 2006 die Pastorin Rosemarie Wulf in die 42. Pfarrstelle der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche zur Dienstleistung mit besonderem Auftrag.

Eingeführt wurden:

- am 23. Januar 2005 der Pastor Stefan Bemmé in die 1. Pfarrstelle der St. Nikolai-Kirchengemeinde Elmshorn, Kirchenkreis Rantzaup;
- am 13. Februar 2005 der Pastor Martin Gregor in die 1. Pfarrstelle der Luther-Kirchengemeinde Kiel, Kirchenkreis Kiel;
- am 20. Februar 2005 die Pastorin Elisabeth Hartmann-Runge in die Pfarrstelle des Kirchenkreises Lübeck für ökumenische Beziehungen;
- am 27. Februar 2005 die Pastorin Susanne Jensen in die Pfarrstelle der Vater-Unser-Kirchengemeinde Osdorf-Felm-Lindhöft, Kirchenkreis Eckernförde;
- am 13. Februar 2005 die Pastorin Petra Kallies in die 1. Pfarrstelle der Kirchengemeinde Luther-Melanchthon zu Lübeck, Kirchenkreis Lübeck;
- am 19. Dezember 2004 der Pastor Matthias Lage in die 2. Pfarrstelle der Kirchengemeinde Krummesse, Kirchenkreis Herzogtum Lauenburg;
- am 6. Februar 2005 die Pastorin Dr. Barbara Schiffer in die Pfarrstelle der Paul-Gerhardt Kirchengemeinde Altona, Kirchenkreis Altona.

Verlängert wurde:

- die Beurlaubung der Pastorin Gisela Andresen für das Amt einer theologischen Referentin bei den Nordelbischen Bibelgesellschaften e.V., Schleswig – über den 31. Mai 2005 hinaus bis einschließlich 31. Dezember 2005;
- die Beurlaubung der Pastorin Dr. Christine Globig gemäß § 92 Pfarrergesetz der VELKD über den 31. März 2005 hinaus bis einschließlich 31. März 2008;
- die Amtszeit der Pastorin Maike Windhorn-Stolte als Inhaberin der 26. Pfarrstelle der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche zur Dienstleistung mit besonderem Auftrag um 18 Monate über den 28. Februar 2005 hinaus bis einschließlich 31. August 2006.

Entlassen wurde:

- mit Wirkung vom 1. März 2005 die Pastorin Judith Haargeißlinger, Lübeck, auf ihren Antrag nach den Bestimmungen der §§ 112 und 113 Abs. 1 des Pfarrergesetzes der VELKD aus dem Dienst der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche.

Verstorben im Ruhestand:



Pastor i. R.

Ulrich Walther Otto Theodor Böhme

geboren am 5. April 1921 in Leipzig

gestorben am 30. Januar 2005
in Riehen/Schweiz

Der Verstorbene wurde am 19. Dezember 1952 in Köchingen ordiniert.

Nach seiner Übernahme in den Dienst der evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck war er vom 1. November 1958 bis zum Eintritt in den Ruhestand zum 1. Januar 1987 Religionslehrer am Gymnasium Katharineum in Lübeck.

Die Nordelbische Ev.-Luth. Kirche erinnert sich dankbar an den Dienst von Pastor Böhme.

Jesus Christus lasse ihn die ewige Herrlichkeit schauen.



Pastor i. R.

Gottfried Leich

geboren am 3. Januar 1929 in Bielefeld

gestorben am 4. Februar 2005
in Berlin-Mitte

Der Verstorbene wurde am 2. Februar 1958 in Drewer, Ev. Landeskirche von Westfalen, ordiniert.

Für die Zeit vom 11. November 1957 bis 18. April 1959 war er als Hilfsgeistlicher, anschließend als Pastor vom 19. April 1959 bis 31. August 1966 in Drewer tätig.

Vom 1. September 1966 bis 31. März 1969 war er als Pastor in Dortmund und anschließend ab 1. April 1969 bis zum 31. März 1976 als Geschäftsführer des Struktur-ausschusses der Landessynode Hagen – Gnaden 1 – tätig.

Pastor Gottfried Leich wurde durch die Kirchenleitung des Nordelbischen Kirchenamtes mit Wirkung vom 1. November 1977 zum Pastor der 1. Pfarrstelle in der Region Hamburg des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt berufen.

Bis zum Eintritt in den Ruhestand am 1. Juli 1991 war Pastor Gottfried Leich im Amt des Leiters der Region Hamburg des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt tätig.

Die Nordelbische Ev.-Luth. Kirche erinnert sich dankbar an den Dienst von Pastor Gottfried Leich.

Jesus Christus lasse ihn die ewige Herrlichkeit schauen.



Pastor i. R.

Jens-Uwe Flügel

geboren am 4. April 1943 in Itzehoe

gestorben am 26. Dezember 2004 in Hamburg

Der Verstorbene wurde am 11. April 1971 in Hamburg ordiniert.

Für die Zeit vom 11. April 1971 bis 30. April 1972 war er als Hilfsgeistlicher und anschließend als Pastor in Hamburg, Kirchengemeinde St. Thomas, bis zum 31. Januar 1975 tätig.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1975 übernahm Pastor Jens-Uwe Flügel eine Pfarrstelle in der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche, Kirchengemeinde Wohldorf-Ohlstedt. Vom 16. Juli 1980 bis 1. Januar 1989 wurde Pastor Jens-Uwe Flügel für den hauptamtlichen Dienst in der Militärseelsorge – Evangelischer Standortpfarrer Essen - freigestellt.

Vom 1. Juli 1988 wurde Pastor Jens-Uwe Flügel die 2. Pfarrstelle der Kirchengemeinde Sülldorf, Kirchenkreis Blankenese, übertragen

Am 1. Februar 1998 wurde ihm die 4. Pfarrstelle der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche zur Dienstleistung mit besonderem Auftrag – Kirche 2000 - übertragen.

Mit Wirkung vom 1. Februar 2002 wurde Pastor Jens-Uwe Flügel in den Ruhestand versetzt.

Die Nordelbische Ev.-Luth. Kirche erinnert sich dankbar an den Dienst von Pastor Jens-Uwe Flügel.

Jesus Christus lasse ihn die ewige Herrlichkeit schauen.

Herausgeber und Verlag: Nordelbisches Kirchenamt,
Postfach 3449, 24033 Kiel, Dänische Straße 21/35, 24103 Kiel.
Bezugspreis 16 € jährlich zuzüglich 3 € Zustellgebühr. –
Druck, fortlaufender Bezug und Nachbestellungen bei:
Druckerei: Schmidt & Klaunig, Postfach 3925, 24038 Kiel.
Mail: abo.gvo@schmidt-klaunig.de

Nordelbisches Kirchenamt
Postfach 3449 – 24033 Kiel

Postvertriebsstück – C 4193 B
Deutsche Post AG – Entgelt bezahlt